

ПОНЕДЕЛНИК 18 ФЕВРУАРИ 2008 Г.
LUNES 18 DE FEBRERO DE 2008
PONDĚLÍ, 18. ÚNORA 2008
MANDAG DEN 18. FEBRUAR 2008
MONTAG, 18. FEBRUAR 2008
ESMASPÄEV, 18. VEEBRUAR 2008
ΔΕΥΤΕΡΑ 18 ΦΕΒΡΟΥΑΡΙΟΥ 2008
MONDAY, 18 FEBRUARY 2008
LUNDI 18 FÉVRIER 2008
LUNEDI' 18 FEBBRAIO 2008
PIRMDIENA, 2008. GADA 18. FEBRUĀRIS
2008 M. VASARIO 18 D., PIRMADIENIS
2008. FEBRUÁR 18., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 18 TA' FRAR 2008
MAANDAG 18 FEBRUARI 2008
PONIEDZIAŁEK, 18 LUTEGO 2008
SEGUNDA-FEIRA, 18 DE FEVEREIRO DE 2008
LUNI 18 FEBRUARIE 2008
PONDELOK 18. FEBRUÁRA 2008
PONEDELJEK, 18. FEBRUAR 2008
MAANANTAI 18. HELMIKUUTA 2008
MÅNDAGEN DEN 18 FEBRUARI 2008

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING
Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1 - Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 31. Januar 2008, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2 - Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Parlament des Kosovo hat gestern die Unabhängigkeit des Kosovo proklamiert. Diese Entscheidung war erwartet worden und spiegelt den Willen der Bürgerinnen und Bürger in Kosovo wider, ihr politisches Schicksal und die institutionelle Gestaltung der Unabhängigkeit friedlich in die Hand zu nehmen.

Vor ungefähr einem Jahr hat sich das Europäische Parlament infolge des Ahtisaari-Berichts für eine durch die internationale Gemeinschaft überwachte Souveränität des Kosovo ausgesprochen. Die Verhandlungen zwischen Belgrad und Priština waren äußerst schwierig und haben bedauerlicherweise nicht zu einer Lösung geführt, die politisch für alle Beteiligten zufrieden stellend war. Wie oft in der Politik gab es keine Zauberformel. Die schwere Last der jüngsten

Geschichte hat hierzu beigetragen. Aber die Entwicklung im Kosovo ist kein Präzedenzfall. Die Situation des Kosovo als UN-Protectorat ist einzigartig und stellt einen unvergleichbaren Sonderfall dar.

Ich möchte alle Beteiligten in dieser Situation zu Besonnenheit und Ruhe aufrufen. Ich bin davon überzeugt, dass alle — Serben und Albaner — im Kosovo vor allem Stabilität und Wohlstand in ihrer Region verwirklichen möchten. Dies ist auch das vorrangige Ziel der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments. Es ist unsere Aufgabe und Verpflichtung, die politisch Verantwortlichen im Kosovo zu ermutigen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und demokratische politische Institutionen zu schaffen, die die Rechte und Freiheiten aller Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines multiethnischen Kosovo respektieren, das in gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit seinen Nachbarn lebt.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang auch die Entscheidung des Rates zur Entsendung der EULEX-Kosovo-Mission unter Leitung von Yves de Kermabon. Die Aufgabe dieser Mission wird es sein, den Kosovaren Hilfe im Bereich Recht und Polizei zu leisten, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Ich begrüße auch die Ernennung von Pieter Feith zum Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo. Dies macht das klare und einhellige Engagement der Europäischen Union und den Willen deutlich, konkret etwas für die dauerhafte Stabilität im Wahlkampf zu leisten.

Im Übrigen vertraue ich der Weisheit und Klugheit der Entscheidung, die der Allgemeine Rat bei seiner Sitzung heute Nachmittag treffen wird. Die Länder des westlichen Balkans haben eine europäische Perspektive. Ihr Beitritt wird nicht in naher Zukunft erfolgen können, aber jedes der Länder hat diese Perspektive. Unter diesem Aspekt sollten wir sowohl den Menschen in Serbien als auch im Kosovo dabei helfen, ihre Unterschiede unter dem Blickwinkel der europäischen Integration zu überwinden, so wie dies schon in anderen Teilen Europas geschehen ist. Die für Mittwoch vorgesehene Debatte ist eine erste Gelegenheit dazu.

1-007

3 - Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

1-008

4 - Anfechtung der Gültigkeit des Mandats eines Mitglieds des Europäischen Parlaments: siehe Protokoll

1-009

5 - Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

1-010

6 - Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

1-011

7 - Nichtständiger Ausschuss zum Klimawandel (Verlängerung des Mandats): siehe Protokoll

1-012

8 - Berichtigungen zu angenommenen Texten: siehe Protokoll

1-013

9 - Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

1-014

10 - Eventueller Machtmissbrauch durch große Supermarktketten, die in der Europäischen Union tätig sind (schriftliche Erklärung): siehe Protokoll

1-015

11 - Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

1-016

12 - Hinfallige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

1-017

13 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

1-018

14 - Mündliche Anfragen und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

1-019

15 - Petitionen: siehe Protokoll

1-020

16 - Mittelübertragungen: siehe Protokoll

1-021

17 - Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

1-022

18 - Arbeitsplan

1-023

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 14. Februar 2008, gemäß Artikel 130 und 131 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag/Dienstag:

Keine Änderungen.

Mittwoch:

Die IND/DEM-Fraktion hat beantragt, dass die Abstimmung über den Bericht der Herren Corbett und Méndez de Vigo über den Vertrag von Lissabon (A6-0013/2008) auf eine spätere Tagung verschoben werden soll.

1-024

Jens-Peter Bonde, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, it is your task to give this Parliament a good image as a serious scrutiniser of European affairs. I would therefore ask you to reschedule the vote on the Treaty.

The deadline for amendments to the report was set before we received the Treaty from the committee. We have still not received the consolidated version you promised. That runs contrary to a unanimous decision adopted in the Committee on Constitutional Affairs.

I started asking questions on the basis of a private consolidated version and have already found misleading mistakes in the translations.

For 29 years you and I have disagreed on constitutional matters, except for transparency. Our disagreements have always been dealt with in a serious way, after proper scrutiny in the Committee on Constitutional Affairs.

I fight for transferring competences from the non-elected Commission to this directly-elected Parliament. We have proposed that no EU law should be passed without the approval of this House. How can we defend this report to the European Parliament when you close our decision-making process before anyone in this House has read a readable version of the Treaty?

The last IGC represents the most secretive negotiations on a treaty we have ever seen. I urge you to keep the debate on Wednesday, but to move the vote so that we can be seen to be a serious parliament by all the citizens of Europe.

We are not part of the executive. We represent the voters.

1-025

Richard Corbett, rapporteur. – Mr President, what we are voting on is not the Consolidated Treaty, but the Treaty of Lisbon. That was published in the Official Journal on 17 December 2007. I have it here. We have all had it.

Admittedly, that is a text that amends the existing Treaties, and to work on it you need to look at the amendments contained in the Lisbon Treaty and also at the original Treaties. But that is exactly what we, as elected representatives, are paid to do: to look at the details, and to take the trouble to compare the texts and see what changes have been made.

It is true that it would also be helpful to have a consolidated treaty that shows what the Treaties will look like when this Treaty is ratified – I say ‘when’ it is ratified, because I am sure it will be – and which citizens will find much easier to read.

However, almost all our national governments have already published consolidated versions of the Treaty in their own language. I have here the English version of the consolidated Treaties, as they will look once the Lisbon Treaty has been adopted. I understand, furthermore, that one of the first governments to publish a consolidated version was the Danish Government – in Danish. So I am sure Mr Bonde has had no difficulty in finding a consolidated, readable version of the Treaties to help him in his work in the Committee on Constitutional Affairs.

(Applause)

1-026

Hannes Swoboda, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich will es sehr kurz machen. Ich wundere mich, wieso schon seit Wochen und Monaten aktiv und massiv und zum Teil aggressiv gegen einen Vertrag Stellung genommen wird, wenn der Vertrag den Kolleginnen und Kollegen gar nicht bekannt ist, die gegen diesen Vertrag Stellung nehmen.

(Beifall)

Kollege Corbett hat es im Wesentlichen gesagt: Es geht nicht um die konsolidierte Fassung, es geht um den Inhalt des Reformvertrags. Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Das ist ja in einer Demokratie zulässig, und es ist auch gut, dass es unterschiedliche Meinungen gibt und dass man eifrig darüber diskutiert. Aber jeder sollte auch die Meinung des anderen zur Kenntnis nehmen, und darüber sollte eine Abstimmung stattfinden.

Wir haben über Wochen und Monate sehr ernsthaft über diesen Vertrag diskutiert, und es ist Zeit, jetzt auch ein klares Signal zu geben, ob die Mehrheit dieses Hauses dafür oder dagegen ist. Demonstrationen und die Verhinderung von Reden, die wir hier erlebt haben, könnten nämlich ein falsches Bild in der Öffentlichkeit abgeben. Lassen Sie doch zu, dass die Mehrheit dieses Hauses diese Woche entscheidet, ob sie für oder gegen den Vertrag ist! Das entspricht der Demokratie!

(Beifall)

1-027

Jens-Peter Bonde (IND/DEM). – Mr President, in response to Mr Corbett, who says that a consolidated version is available in Danish, I can confirm that there is a version based on a draft from October 2007, but that no consolidated version is yet available based on what was approved in Lisbon on 13 December 2007. There are 7 000 more words in the new edition, and I would like Mr Swoboda – who seems to be the expert – to explain what the content of those 7 000 new words is.

(Laughter)

1-028

(Das Parlament lehnt den Antrag in namentlicher Abstimmung ab.)

Donnerstag:

Keine Änderungen

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

1-030

19 - Ausführungen von einer Minute (Artikel 144 GO)

1-031

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

1-032

Γεώργιος Παπαστάμκος (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, ως γνωστόν υφίσταται ο διακηρυγμένος στόχος να καλύπτει η χρήση βιοκαυσίμων το 10% του ποσοστού των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας.

Έχω την αίσθηση ότι παρατηρούνται αποκλίνουσες απόψεις μεταξύ των Επιτρόπων ενέργειας, περιβάλλοντος, βιομηχανίας και γεωργίας. Για λόγους οικονομίας χρόνου παραλείπω να αναφερθώ στις κατ' ιδίαν ανακοινώσεις. Τίθεται όμως το ερώτημα: 4 αρμόδιοι Επίτροποι, 4 αποκλίνουσες απόψεις;

Ποίο μήνυμα, κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, μπορώ να μεταφέρω στους Έλληνες αγρότες οι οποίοι έστρεψαν ή θέλουν να στρέψουν τις καλλιέργειές τους στην παραγωγή βιοκαυσίμων πρώτης γενιάς μετά την αναδιάρθρωση της Κοινής Οργάνωσης Ζάχαρης;

1-033

Ioan Mircea Pașcu (PSE). – Pentru apropiatul festival organizat de Parlamentul European în cadrul dialogului intercultural, fiecărei țări i-a fost solicitat un film pe această temă. Din câte am înțeles, propunerea inițială a României nu a fost acceptată pe considerentul că nu răspundea temei, numai că producția care o înlocuiește, respectiv filmul *California Dreaming*, are neajunsuri și mai mari.

Primul este că răspunde și mai puțin temei, în ciuda premierii la Cannes, mistificând realitatea și alterând imaginea țării mele. În timp ce toate celelalte filme transpun dialogul intercultural la nivel personal, uman, filmul *California Dreaming* relatează un caz imaginar al unui transport american prin România, oprit de autoritățile locale, care se termină printr-un război civil.

În plus, filmul este pigmentat cu limbaj obscen, scene de sex și violență explicite, caz singular în cadrul festivalului. Nu cred că acestea sunt virtuți ale dialogului intercultural. Dar cel mai mare neajuns este că, aparent, alegerea acestui film nu aparține părții române, ci funcționarilor Parlamentului European.

Dacă este adevărat, lucrurile sunt grave, întrucât un concept apolitic, cum este dialogul intercultural, este politizat conștient din rațiuni obscure, prejudiciind imaginea unei țări membre a Uniunii Europene. În consecință, solicit conducerei Parlamentului European să analizeze chestiunea.

1-034

Ignasi Guardans Cambó (ALDE). – Señor Presidente, la transparencia tiene que ser una de las bases de las Instituciones de la Unión. También para este Parlamento y aun más para la Comisión Europea, donde altos funcionarios gozan de un inmenso poder con apenas control político de ninguna clase.

Por eso, quiero denunciar en este plenario la práctica de la Comisión de responder a resoluciones políticas de este Pleno a través de mecanismos propios de tiempos del «Politburó» o de los «kremlimnólogos» que analizaban los documentos. Me refiero, por ejemplo –y es un ejemplo más–, al Acta de la sesión del día 13 de diciembre de 2007 de esta Casa donde se dice, en el epígrafe «Curso dado a las resoluciones del Parlamento», que se ha distribuido una comunicación de la Comisión en respuesta a una resolución votada por la Cámara.

Ese texto, señor Presidente, está publicado sólo en inglés y en francés, no en todas las lenguas oficiales, bajo el título SP/207/5401, en una *web* en la que he necesitado tres semanas, con el asesoramiento de la secretaria y de distintos funcionarios de la Casa, para encontrarlo. Sin transparencia no hay democracia; lo que hay es hipocresía en el discurso de la Comisión para pretender decir que ha consultado al Parlamento y después enterrar sus documentos y sus respuestas en la *web* sin darles ningún tipo de publicidad.

1-035

Jan Tadeusz Masiel (UEN). – Panie Przewodniczący! W ostatnich tygodniach ponownie ożywiła się debata na temat organizmów genetycznie modyfikowanych. Polscy rolnicy, mimo że mogliby dzięki ich wprowadzeniu obniżyć koszty produkcji, nie chcą GMO. Czynią to w imię obrony ochrony konsumentów europejskich i dla zachowania wartości zdrowotnych i smakowych polskich produktów rolno-spożywczych.

Niestety ograniczają ich unijne przepisy. Każdy z krajów Unii powinien mieć możliwość samostanowienia w kwestii wprowadzenia lub niewprowadzenia, na swoje terytorium organizmów genetycznie modyfikowanych. Jeżeli już tyle kosztuje europejskiego podatnika dotowanie rolnictwa, to niech przynajmniej będzie ono bezpieczne, zdrowe, smaczne, bez niespodzianek.

1-036

Claude Turmes (Verts/ALE). – Mr President, on Wednesday this week, Parliament will discuss the Lisbon Treaty, and citizens will watch this House on these institutional questions. But citizens are even more interested to see European institutions tackle the practical question of European policy-making. One of the most important issues is transparency and lobbying.

The EU Commission was well-advised, three years ago, to launch a so-called transparency initiative, but now we hear that the Commission wants to present a register in which no names of lobbyists would appear and no meaningful information on how much money is spent on lobbying would be available.

I warn the President of the Commission, Mr Barroso, and I also warn Mr Kallas not to undermine the credibility you have in Europe on the transparency initiative, but to come up with a meaningful register.

This is what citizens need, to believe in fair policy-making and decision-making in Brussels.

1-037

Daniel Stroj (GUE/NGL). – Původně jsem chtěl mluvit na úplně jiné téma. Okolnostmi jsem ale nucen vyjádřit se k mimořádně závažné události. Je jí vyhlášení nezávislosti Kosova ze strany albánských separatistů.

Jsem přesvědčen o tom, že tento krok, který je v rozporu s mezinárodním právem, bude mít tragické důsledky, které dopadnou na celou Evropu. Za obzvláště tragické pokládám to, že tento separatismus realizovaný na úkor těžce zkoušeného suverénního státu, kterým je Srbsko, hodlá Evropská unie podporovat. To je zásadně nepřijatelné.

Celý scénář tohoto separatismu mi až příliš připomíná události, ke kterým došlo v mé rodné zemi, Československu, v roce 1938. Tehdy následoval po separatistickém kroku německých nacionalistů podporovaných rovněž západními mocnostmi největší válečný konflikt, jaký kdy lidstvo zažilo. A jak známo, historie se opakuje buď jako fraška, nebo jako tragédie.

Nepřipusťme ani jedno z toho. Vyzývám proto, postavme se proti tomuto separatistickému kroku a nepřipusťme porušení suverenity Srbska.

1-038

Слави Бинев (NI). – Г-н председател, уважаеми колеги, вземам думата, подтикнат от един огромен социален, икономически, екологичен и морален проблем, който вече 18 години разяжда българското общество. И вместо да бъде решен, той продължава да се разраства като злокачествен тумор с непредвидими последици.

Става въпрос за металургичния комбинат "Кремиковци", който би трябвало да играе стратегическа роля в българската икономика. За съжаление през последното десетилетие и половина вместо източник на доходи за нашата държава, той се превърна в една язва за цялото ни общество, която се използва единствено за лични облагодетелствания на определени мафиотски формирования и пълнене на партийни каси. И всичко това под протекцията на няколко поредни правителства, включително и настоящото.

Особено обезпокоителен е фактът, че сегашната криза със състоянието на "Кремиковци", който е изправен пред съвсем реална опасност да бъде закрит и така 10 000 работници и техните семейства да се озоват на улицата без препитание, е пряко следствие на действия на хора, които са свързани с криминални престъпления, така и с най-висшите кръгове на властта.

Става въпрос за бившия директор на комбината Валентин Захариев, бившия главен прокурор Никола Филчев и бившия шеф на специализираните полицейски части - "баретите" - Филко Славов. Техните имена се свързват не само с управлението на "Кремиковци", но и с едни от най-тъмните страни на българския преход към демокрация, включително и убийството на военния прокурор Николай Колев.

Оказва се, че въпросните лица, както преди, така и сега, се ползват с протекция от страна на съдебната власт и управляващите, и продължават да се изживяват като недосегаеми от закона. Убеден съм, че е недопустимо в една държава - член на ...

(Председателят прекъсва говорещия)

1-039

Nicolae Vlad Popa (PPE-DE). – Domnule Președinte, stimați colegi, Comisia Europeană a publicat la începutul lunii februarie raportul preliminar privind stadiul reformei justiției în România. Raportul final al acestui an este pregătit pentru luna iunie și va decide dacă se va aplica sau nu clauza de salvagardare. Consider, însă, că nu este cazul, dat fiind faptul că instituțiile criticate pentru rămănerile în urmă pot în această perioadă să rezolve problemele din cele patru domenii monitorizate.

Aplicarea clauzei de salvagardare ar însemna nerecunoașterea sentințelor judecătorești în statele membre, lucru care se va răsfrânge asupra cetățenilor și justițiabililor din România care nu au nicio vină că instituțiile responsabile, Guvernul și Parlamentul, nu se achită de obligații. Aplicarea clauzei de salvagardare trebuie astfel gândită, încât să nu се îndрепте împotriva cetățenilor români, pentru că е firesc să рăспундă cei vinоваți de neîndeplinirea рăспундерилор, și nu cetățeanul român.

1-040

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Elnök úr! A munkáspárti ausztrál miniszterelnök Kevin Rudd február 13-án hivatalosan bocsánatot kért az Ausztrál Állam nevében az őslakosok méltósága ellen elkövetett két évszázadnyi támadásokért. A gesztus önmagáért beszél és számunkra itt Európában különösen aktuális.

Több mint 60 évvel a II. világháború alatti és azt követő tragikus események után van olyan ország Európában, ahol 3 millió embert elűztek országukból – az ön népéből elnök úr –, félmillió másik állampolgárt megfosztottak állampolgárságától, emberi jogaitól és elvették tulajdonait. Máiig nem történt meg a bocsánatkérés.

Európa nem a nacionalizmus és a konfrontáció, hanem a bocsánatkérés és a megbocsátás, a megbékélés politikájára épül. Jó lenne, ha a kollektív bűnösség és a bűnbakkeresés helyett az Unióban minden tagállami és európai vezetőt az európai alapértékek feltétel nélküli betartása, a kölcsönös tisztelet, a bocsánatkérés, az emberi és kisebbségjogok védelme vezérelne. Köszönöm szépen.

1-041

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, next Sunday, on 24 February, Estonians will celebrate the 90th anniversary of the birth of their independent statehood. In spite of being a relatively young state, Estonia has been part of European cultural heritage and shared values since the 13th century. However, a special feature of the 90 years since the proclamation of independence that we share with our neighbours – Latvians and Lithuanians – is that we have enjoyed freedom for only 39 years, because of foreign occupations. Therefore, I would like to recall one important fact: exactly 25 years ago, the European Parliament, as the first European institution to do so, reacted to the appeal of 45 freedom fighters from Lithuania, Latvia and Estonia, and adopted a resolution supporting the idea of restoring sovereignty to the three occupied Baltic nations. I would like to thank all previous and current Members of the European Parliament who courageously expressed solidarity with the three Baltic nations.

1-042

Neena Gill (PSE). – Mr President, in the lead-up to the Beijing Olympics, the focus of the international community is on China's record for violations of human rights. However, we must not forget that other species, primarily the tigers, are suffering too. Their numbers are being devastated due to huge demand – largely from China – for tiger-related products.

The cause of their looming extinction is the illegal poaching of tigers in India. Even in reserves, keepers have been shot to get at the tigers. These are then illegally transported across the border to China. It is estimated that one tiger is killed every day. At this rate the tiger will be virtually extinct within the next five years.

I welcome the news last week that the Indian Government plans to create eight new reserves to protect their dwindling population of tigers. Nevertheless, it will take five years to set up new reserves, and in the last five years the population of tigers has already dropped by over 50%. Therefore, unless the European Union and international community take urgent action in curbing demand and tackling illegal poaching and trafficking, and changing attitudes in China on tiger-related products, the new reserves will be too little too late.

Finally, I hope you will support me on Tiger Protection Awareness Day.

(The President cut off the speaker)

1-043

Viktória Mohácsi (ALDE). – Köszönöm, elnök úr. Tisztelt képviselőtársaim, megdöbbentő és elfogadhatatlan Silvio Berlusconi múlt heti, nyíltan rasszista nyilatkozata, amelyben zéró toleranciát hirdetett a romákkal, az illegális bevándorlókkal és a bűnözőkkel szemben.

Az olasz főváros polgármesteri székéért küzdő Francesco Storace Róma denomadizálásáról beszélt tegnapi nyilatkozatában, egyértelművé téve, hogy a romáknak nincs helye az örök városban. Történnék ezek a nyilatkozatok 18 nappal az európai romastratégiáról szóló EP-állásfoglalás elfogadása után?

Kérem tisztelt olasz képviselőtársaimat, hogy magyarázzák el otthoni kollégáiknak, hogy miért is támogatták az állásfoglalást, abban milyen célokat fogalmaztunk meg közösen, és hogy miért nem illendő cigányozni a 21. században. A romaellenes nyilatkozatok kapcsán kiadott nyílt levelemet 33 olaszországi, 12 magyarországi, 9 macedóniai, 4 romániai, 3 törökországi, 2 moldovai, 5 bulgáriai, 2 franciaországi, összesen 72 roma civilszervezet írta alá. Köszönöm.

1-044

Hanna Foltyn-Kubicka (UEN). – Panie Przewodniczący! Dziś w Mińsku po raz kolejny aresztowano Aleksandra Milinkiewicza, lidera białoruskiej opozycji oraz laureata nagrody imienia Sacharowa, przyznanej mu przez Parlament Europejski w 2006 roku. Oprócz niego zatrzymana została również Olga Kozulina, żona przebywającego obecnie w więzieniu Aleksandra Kozulina, prominentnego przeciwnika Łukaszenki.

Aleksander Milinkiewicz brał udział w demonstracji zorganizowanej przez prywatnych przedsiębiorców, których wolność działania ograniczyły nowe przepisy likwidujące swobodę zatrudniania pracowników oraz zwiększające obciążenia podatkowe. Była to kolejna już manifestacja niezadowolenia tej grupy społecznej. Oprócz Milinkiewicza i Kozuliny, która nie brała udziału w marszu, zatrzymano i przesłuchano również jego organizatorów. Który raz z rzędu Europa biernie przygląda się aresztowaniu laureata jej nagrody? Który raz prawa człowieka są bezkarnie poniewierane tuż za wschodnią granicą Unii?

1-045

Urszula Gacek (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! W ubiegłym tygodniu polskie media opisały historię Karoliny, młodej dziewczyny, której były chłopak zrujnował życie. Bez jej wiedzy i zgody nagrał z nią intymne sceny, a po

rozpadzie ich związku upublicznił ten materiał w internecie. Znajomi i rodzina Karoliny otrzymali emaile z pornograficznym materiałem. Skoro Karolina jest pełnoletnia polskie prawo jej nie chroni, sprawa jest bezkarny. Polskie władze obiecują szybko zmienić prawo, aby chronić osoby, których prywatność i godność zostały w ten sposób pogwałcone. Ale internet nie zna narodowych granic, nie ma wspólnej legislacji unijnej, która po pierwsze zniechęca potencjalnych sprawców, a po drugie ukara tych, którzy takich czynów się dopuszczają.

Zwracam się do Komisji i Krajów członkowskich, aby podjęły walkę z tym zjawiskiem, zjawiskiem, które można określić jako gwałt przez internet.

1-046

Jörg Leichtfried (PSE). – Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu viele europäische Tieraufnahmestationen dienen im Grunde nur einem Zweck, nämlich streunende Katzen und Hunde loszuwerden. So grauenhaft dies ohnehin schon klingt, die wirkliche Grausamkeit zeigt sich erst in den Methoden, die angewendet werden, die vom Vergiften über Verhungern bis zum Erschlagen der Tiere jegliche vorstellbare Krudität beinhalten. Das Allerschlimmste an dieser Geschichte ist, dass diese Grausamkeiten nicht weit weg in fernen Ländern passieren, sondern – wie mir engagierte Aktivistinnen aus Österreich berichtet haben – gleich vor der Haustür. Erst kürzlich wurden Fälle von Tierquälerei in Tschechien bekannt.

Beunruhigend ist weiters, dass die Kommission darauf nur kurz und bündig erklärte, dass Haustierschutz weiterhin in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten falle. Man hat den Eindruck, dass die Kommission dort, wo sie nicht handeln sollte, sehr oft handelt, und dort, wo sie handeln sollte, viel zu wenig handelt. Dies muss sich ändern, weil eine Kompetenz der Mitgliedstaaten nicht impliziert, dass sich die EU völlig aus einem Thema heraushalten soll.

Deshalb appelliere ich an alle Kolleginnen und Kollegen, das Thema Tiertötungsstationen auch in ihren Heimatländern nicht totzuschweigen. Weiters appelliere ich an die Kommission und den Rat, solche grausamen Machenschaften zu verdammen.

1-047

Toomas Savi (ALDE). – Mr President, I am seriously concerned by the misconception that a colleague of mine, Sahra Wagenknecht, spread in an interview with the Russian news agency 'Regnum' on 7 February this year. She accused the Estonian Government of disregarding human rights, and the European Union of conducting a silent cover-up with regard to the 'Bronze Night' and the trials that followed in Estonia.

I can assure you that the ongoing trials of the people accused of organising the riots are being carried out in accordance with the rule of law and with respect for human rights. I would also like to remind my colleague that one of the purposes of the state is to guard the sanctity of private property.

The marauding in Tallinn last year had nothing to do with freedom of expression or the right to demonstrate. Criminal acts were committed, and that is why the state was obliged to intervene. Justification of crime is no ennoblement to a politician and, fortunately, the views of Sahra Wagenknecht cannot to be said to extend to all the political left.

1-048

Bogusław Rogalski (UEN). – Panie Przewodniczący! Wczoraj parlament Kosowa ogłosił niepodległość. Tym samym kolebka państwowości serbskiej została temu państwu odebrana po raz kolejny w historii. Przypomnę, że w średniowieczu Turcy po raz pierwszy odebrali tę prowincję Serbii. Dzisiaj przy pomocy państw Unii i przy naszym milczeniu po raz drugi odbiera się Serbii jej kolebkę. Szanowni Państwo, ogłoszenie niepodległości przez Kosowo jest naruszeniem prawa międzynarodowego, mówiącego o nienaruszalności i integralności granic i krajów. Ogłoszenie niepodległości Kosowa otwiera też puszkę Pandory, ponieważ sprzyjać będzie przede wszystkim ekstremizmom, nacjonalizmom i może pobudzić wszystkie ekstremizmy w Europie i poza nią. Już mamy doczynienia z tego typu żądaniaми m. in. w Osetii, w Górnym Karabachu, w kraju Basków. Jest to też nieprzemyślany gest w stronę jednego z państw członkowskich - Cypru. Co ma powiedzieć na ten temat Cypr, który walczy o zjednoczenie, gdy my popieramy ruchy separatystyczne? Nie powinniśmy akceptować niepodległości Kosowa, bo zagraża to bezpieczeństwu Europy, a przede wszystkim bezpieczeństwu wewnętrznemu Serbii.

1-049

Milan Horáček (Verts/ALE). – Herr Präsident! Anfang März finden in Russland Präsidentschaftswahlen statt. Viele Hinweise auf einen guten Ausgang gibt es aber nicht. Was ist im Vorfeld passiert? Die Opposition wurde systematisch behindert und mundtot gemacht, die Pressefreiheit umfassend eingeschränkt, die Wahlmodalitäten wurden beschnitten.

Nur ein Beispiel: Der Kreml-Kritiker und russische Oppositionspolitiker Garri Kasparow wurde letzte Woche wieder mit banalen Anschuldigungen von der Polizei verhaftet. Was wird während der Wahl passieren? Es wird keine transparente Wahl stattfinden, weil Russland der OSZE für die Wahlbeobachtung Steine in den Weg gelegt hat. Und was wird nach der Wahl passieren? Es ist höchst unwahrscheinlich, dass sich die Situation der Menschenrechte durch den von Putin inthronisierten Dmitrij Medwedew verbessert. Hier muss die EU ansetzen. Die russische Bevölkerung darf nicht sich selbst überlassen werden.

(Beifall)

1-050

Zsolt László Becsey (PPE-DE). – Tisztelt elnök úr! Nagy változást jelent a Balkánon Koszovó függetlensége. Ez a lépés talán egy újabb fájdalmas, de úgy tűnik elkerülhetetlen lépcsőfok a balkáni tisztulási folyamatban.

Ami Koszovó jövőjét illeti, olyan megoldás kell, amely biztosítja egy őshonos kisebbség, a szerbek kollektív és egyéni jogait, biztosítja a közösségként való megmaradásukat saját történelmi bölcsőjükben. Ha azonban ennek ellenére akarnak közülük távozni Koszovóból, akkor el kell kerülni, hogy a Szerbia más nemzetiségei által lakott területre menjenek, például az albánok lakta déli vagy a magyarok lakta északi vidékekre. Egy ilyen kirajzás ugyanis csak újabb feszültséget keltene a most érthetően ideges szerbek és ezen kisebbségek között.

E veszély elkerülése ad lehetőséget egy további tisztulásra, beleértve Belgrád és Újvidék, valamint Vajdaságban az ottani őshonos kisebbségek és az állam viszonyának hosszú távú és nem felületes rendezését vagy a boszniai államépítés holtpontról való kimozdítását. Ez utóbbi kívánatos fejleményekhez alapul szolgálhat a Koszovóban most kidolgozandó nemzetiségi jogok és a tolerancia rendszere. Köszönöm, elnök úr.

1-051

Proinsias De Rossa (PSE). – Mr President, I wish to point out that there are genuine concerns amongst trade unions in many Member States about the recent European Court judgment on the Laval issue. The Commission must urgently publish its view on how this decision impacts on the labour relations systems and, indeed, the collective bargaining systems of each of our Member States. I know the impact in Sweden is significant, and it is much less so in Ireland. Nevertheless, action is needed to make clear that the EU does not sanction social dumping anywhere.

It is particularly important that the Commission and the Member States take steps to prevent the catastrophist predictions of the Euro-sceptics becoming the common view of the issue. Genuine concerns need to be addressed and any loopholes for the unscrupulous to exploit must be closed off in European and legislative initiatives by European and national parliaments. I urge you, Mr President, to convey this matter to Commissioner Špidla and Commissioner McCreevy, both of whom have a role in this matter.

1-052

Csaba Sógor (PPE-DE). – Köszönöm, elnök úr. Korábbi felszólalásomban utaltam arra, hogy itt anyanyelvemen szólalhatok fel, otthon ezt nem tehetem. Az „itt” természetesen az Európai Parlamentet jelentette, az „otthon”, magától értetődően, a nemzeti parlamentet.

Természetesen a parlamenten kívül használhatjuk anyanyelvünket, néhány felsőoktatási intézményben is, igaz a lakosság arányához képest sokkal kevesebben. A 6,4%-os magyarság a felsőoktatásban alig 4%-ban van jelen és csak 1,6% tanul anyanyelvén. Románia keleti részén csángó magyar gyermekek mintegy 50 év után újból tanulhatják a magyar nyelvet, egyes falvakban azonban csak az iskola épületén kívül vagy még úgy sem.

Ennek ellenére is biztatónak tűnik Orban főbiztos úr nyilatkozata az úgynevezett „két anyanyelvről”. Bízunk abban, hogy az európai országok többségi nemzetei ezentúl nemcsak az állam nyelvének az elsajátítását tartják fontosnak, hanem azt is, hogy a velük élők megőrizhessék anyanyelvüket és saját tanintézményeikben tanulhassanak minden oktatási szinten, használhassák anyanyelvüket a közigazgatásban, a bíróságon és a törvényhozásban.

2008 a kultúrák közti párbeszéd éve, legyen valóban az! Köszönöm.

1-053

Маруся Иванова Любчева (PSE). – Г-н председател, проблемите с отглеждането на деца в неравностойно положение засяга всички страни. Правата на децата и закрилата им изискват обща политика.

Намаляването на децата в институциите е прекрасна цел, но във всички страни винаги ще има деца, които се нуждаят от грижите на обществото, защото нямат родители или по други причини се намират в неравностойно положение. Нуждаем се от солидарност към тези деца и тези страни и в никакъв случай от показно афиширане, нарушаващо достойнството им.

Призовавам Европейската комисия да предприеме разработване на специални програми за децата в неравностойно положение, отчитайки направеното в страните-членки и недопускане уронване престижа на нито една.

Разпространението на тенденциозни информации, какъвто е случаят с един от домовете в България, не следва да се поощрява. Това уврежда имиджа на страната ни. То не носи позитив в европейската обща политика.

Необходими са програми за продуктивно образование за децата в неравностойно положение, независимо от начина и мястото, в което те се отглеждат, недопускане експлоатация на детски труд и въвличане на децата в различни дейности, които имат негативно влияние върху тяхното поведение.

1-054

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να θυμίσω ότι στις 13 Δεκεμβρίου του 2006 η ολομέλεια των Ηνωμένων Εθνών είχε αποφασίσει την έγκριση της σύμβασης για τα δικαιώματα των ατόμων με αναπηρίες. Η διαδικασία για την επικύρωση της σύμβασης αυτής είναι ανοιχτή από τον Μάρτιο του 2007, όμως, μόνο 16 χώρες, εκ των οποίων δύο κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, την έχουν επικυρώσει.

Νομίζω, ότι επειδή η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει προωθημένη πολιτική για την υποστήριξη των δικαιωμάτων των ατόμων με αναπηρίες, είναι θέμα πολιτισμού, προστασίας των δικαιωμάτων και της ανθρωπίνης αξιοπρέπειας, όλα τα κράτη μέλη να επικυρώσουν τη σύμβαση αυτή, η οποία στα 50 άρθρα της περιγράφει λεπτομερώς τα δικαιώματα των ατόμων με ειδικές ανάγκες σε κάθε τομέα ανθρωπίνης δράσης (υγεία, δικαιοσύνη, οικογένεια) και τα καλεί να συμμετέχουν στη λήψη αποφάσεων.

1-055

Magor Imre Csibi (ALDE). – Cetățenia europeană oferă o serie de drepturi și libertăți pe tot cuprinsul UE. De aceea, prin semnarea Tratatului de instituire a Comunității Europene, statele membre și-au asumat obligația de a interzice orice fel de discriminare.

Cu toate acestea, în urmă cu câteva zile mi-a fost adus la cunoștință un caz al unui cetățean român căruia i-a fost refuzată închirierea unei mașini la Bruxelles pe motiv că ar avea cetățenia română. Refuzul angajatului se baza pur și simplu pe o dispoziție internă a respectivului birou de închirieri de mașini. În ultimele zile am aflat de la diverși cetățeni ai țării mele de numeroase alte cazuri de discriminare pe criteriul naționalității române.

Stimați colegi, este de datoria noastră ca reprezentanți a peste 490 000 000 de europeni să tragem un semnal de alarmă. Printr-un dialog activ cu concetățenii noștri putem să contribuim ca astfel de incidente să fie evitate pe viitor. Consider că este de datoria Uniunii Europene ca entitate democratică să promoveze respectul față de drepturile tuturor cetățenilor Uniunii prin inițierea unor programe europene de educare și informare împotriva discriminării.

De asemenea, cer Comisiei Europene să verifice dacă statele membre își respectă obligațiile asumate prin tratate, privind discriminarea bazată pe naționalitate.

1-056

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL). – Ve Vašem projevu jste řekl: „Je nezbytné zajistit, aby mezinárodní protektorát Kosovo byl podle rezoluce 1244 a podle mezinárodního práva i nadále součástí Srbska.“. Nevím, jak to souvisí s vyhlášením Kosova, se kterým zřejmě souhlasíte. Máte rovněž pravdu v tom, že je naší povinností, aby Kosovo bylo opět multietnické a demokratické.

Jednostranné vyhlášení nezávislosti je bezprecedentním porušením mezinárodního práva. Je neuvěřitelné, že okupační mocnosti do dnešního dne neudělaly nic pro to, aby několik set tisíc obyvatel tohoto území z osmi národů, kteří byli s tichým souhlasem okupantů vyhnáni, se opět vrátili. Dnes místo vytvoření podmínek souhlasíte s jednostranným vyhlášením druhého albánského státu. Jeho ekonomika podle všeho je založena na distribuci opia po Evropě. To Vám nevdá, pane předsedající?

Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky a jiné parlamenty žádají o řešení formou jednání na základě mezinárodního práva. Uvědomte si, že neexistují jednorázová řešení, jak jste tady říkal. Každé řešení je precedentem. Nepřipusťme porušení suverenity Srbska.

1-057

Der Präsident. – Herr Kollege, ich empfehle, dass Sie meine Erklärung noch einmal durchlesen. Dann klärt sich vielleicht manches Missverständnis.

1-058

László Tőkés (NI). – Elnök úr, elismerésem fejezem ki a koszovói albán népnek függetlenségük kikiáltása alkalmából, és elismeréssel adózom Ibrahim Rugova albán vezető emlékének.

A tragikus sorsú délszláv térség történetének utóbbi másfél évtizedében minden rendezési terv a népek önrendelkezésének, az autonómiáknak, és a hatalom megosztásának a jegyében fogant. A Carrington-terv, a Daytoni Egyezmény, a Rambouillet-i tárgyalások, az Ochridi Egyezmény sorába illő Ahtisaari-terv megvalósulása is azt mutatja, hogy térségünkben a különböző népcsoportok, nemzeti közösségek közötti viszony korántsem tekinthető megoldottnak, nemzetközi együttműködéssel viszont a jövőben minden kritikus helyzetre megoldás található.

Ilyen értelemben számunkra a koszovói rendezés példa- és precedensértékű. Meggyőződésünk, hogy a romániai magyarság békés küzdelme az autonómiáért és Székelyföld területi autonómiájáért szintén az Európai Unió jótékony közreműködésével vezethet eredményre.

1-059

Anna Záborská (PPE-DE). – 25. februára 1948 sa komunisti pučom dostali k moci a vybudovali v našej krajine totalitný režim. K tomuto však viedli udalosti odohrávajúce sa u nás od roku 1946. V demokratickom prostredí obnoveného štátu sa Československo postupne stávalo neslobodným. To je mimoriadne závažné. Nielen porážka nacizmu, ale aj porážka komunizmu patria k dedičstvu zjednotenej a mierovej Európy. Vďaka tomu tu dnes môžu sedieť zástupcovia desiatich členských štátov.

Chcem upozorniť na tri veci. Rehabilitáciu symbolov komunizmu a nacizmu treba odsudzovať rovnako. Na komunizmus a nacizmus treba pozeráť rovnako, najmä kvôli obetiam, za ktoré nesú zodpovednosť. Komunistická, ako aj nacistická totalita boli nastolené v demokratických štátoch zneužitím demokracie. To je dôvod k ostrážitosti aj dnes v Európskej únii. Aj obeť komunizmu by si v tejto sále zaslúžili minútu ticha.

1-060

Ιωάννης Γκλαβάκης (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, η Κοινή Οργάνωση Αγοράς για τον καπνό προβλέπει από το 2009 μεταφορά πόρων που σήμερα δίδονται ως επιδοτήσεις στους καλλιεργητές από τον πυλώνα 1, άμεσες επιδοτήσεις, στον πυλώνα 2 που είναι τα διαρθρωτικά μέτρα.

Στη χώρα μου την Ελλάδα, η καλλιέργεια καπνού γίνεται συνήθως σε περιοχές ημιάγονες, από φτωχούς γεωργούς που δεν έχουν άλλες δυνατότητες. Ως εκ τούτου, αν σταματήσει η καλλιέργεια καπνού σε μερικές περιοχές θα έχουμε πρόβλημα κοινωνικό, οικονομικό, περιβαλλοντικό.

Έχω επίσης παρατηρήσει ότι υπάρχει μια δίωξη της καπνοκαλλιέργειας και όχι του καπνίσματος. Δηλαδή, αν σταματούσαμε την καλλιέργεια καπνού και ταυτόχρονα σταματούσαμε και τη συνήθεια του καπνίσματος, θα συμφωνούσαμε όλοι μαζί και θα λέγαμε ότι έτσι πρέπει να γίνει. Αυτό, όμως, δεν γίνεται. Η ευρωπαϊκή καπνοβιομηχανία θα συνεχίζει να παράγει τσιγάρα και, απλώς, όλα τα καπνά θα εισάγονται από τρίτες χώρες.

Ως εκ τούτου, με την ευκαιρία της επανεξέτασης της ΚΑΠ πρέπει να προσπαθήσουμε να αποκαταστήσουμε την αδικία και να δείξουμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι χώρος ισότητας, δικαιοσύνης και αλληλεγγύης. Για το λόγο αυτό ζητώ να διατηρηθεί το ισχύον καθεστώς και μετά το 2009 και οι καπνοκαλλιεργητές να εξακολουθήσουν ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

1-061

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – În data de 4 februarie 2008, Parlamentul României a ratificat tratatul de reformă a Uniunii Europene. Salutăm această ratificare în Parlamentul României.

Tratatul de reformă reafirmă principiul egalității cetățenilor săi, conferă valoare juridică Cartei Drepturilor Fundamentale a Uniunii Europene, introduce controlul subsidiarității de către parlamentele naționale, recunoaște principiul accesului universal la serviciile de interes economic general, subliniază importanța securității energetice și întărește spiritul de solidaritate dintre statele membre în acest domeniu, impune măsuri speciale pentru a lupta împotriva schimbărilor climatice.

Introducerea conceptului de coeziune teritorială și recunoașterea sa ca obiectiv a determinat comisiile Parlamentului European, cu un important rol în definirea politicilor structurale și de coeziune, să aibă o activitate sporită după ratificarea tratatului.

Din punctul de vedere al Comisiei pentru transport și turism, tratatul de modificare oficializează procedura codeciziei, deja utilizată în domeniul navigației maritime și aeriene și oferă o bază legală pentru ca Parlamentul European să își poată propune unele acțiuni de sprijin care să permită consolidarea identității sectorului turismului.

1-062

PRESIDÊNCIA: MANUEL ANTÓNIO dos SANTOS
Vice-Presidente

1-063

Péter Olajos (PPE-DE). – Köszönöm, elnök úr! Sokadszorra szólok itt a Parlamentben a Rába folyó 7 éve tartó szennyezéséről. Több ígéretet kaptunk osztrák illetékesektől, sőt az osztrák és a magyar hatóságok egy akcióttervet is kidolgoztak. Az Európai Unió figyelemmel kíséri a folyamatot, a két ország által létrehozott folyóügyi bizottság pedig rendszeresen egyeztet – legközelebb ezen a héten.

A politika úgy tűnik dolgozik, csakhogy mindeközben a folyó haldoklik. Ma már nemcsak magyar, de osztrák oldalon is. Eddig 11 halfaj pusztult ki és 13 erősen veszélyeztetett. A Greenpeace több meglepetésszerű mintavételezést végzett, megállapítva az osztrák üzemek illegális vízszennyezését és többszörös határérték-túllépését. A folyón pedig minden eddiginél nagyobb a hab.

Amiről beszélek, az nem egy csatorna, elnök úr, hanem a Natura 2000-en lévő igazi vadvízi folyó. Az ott élők úgy érzik, vagy az uniós szabályozás nem jó, vagy azok betartása nem megfelelő. Úgy vélem, nekünk képviselőknek ezt az ügyet mindaddig napirenden kell tartani, amíg végleg meg nem oldódik. Köszönöm, én magam ezt fogom tenni.

1-064

Iuliu Winkler (PPE-DE). – Domnule Președinte, stimați colegi, instrumentele financiare aferente politicii de coeziune a Uniunii Europene au o importanță majoră în reducerea disparităților dintre regiunile Europei.

În cazul celor mai noi state membre ale Uniunii, fondurile alocate prin politica de coeziune au o contribuție crucială la asigurarea în viitor a dezvoltării regiunilor mai puțin prospere din aceste state. Rata de absorbție a acestor fonduri în noile state membre este în continuă creștere. Uniunea trebuie să ajusteze resursele alocate prin instrumentele politicii de coeziune la realitatea unei Uniuni lărgite.

După aderarea României și a Bulgariei, garantarea majorării resurselor financiare ale politicii de coeziune după 2013 este o necesitate. Majorarea fondurilor de coeziune este o consecință logică a celei mai recente lărgiri a Uniunii, ea va dovedi consistența politicii Uniunii în ceea ce privește regiunile europene mai slab dezvoltate și va constitui un semnal puternic, politic, adresat noilor state membre.

1-065

Milan Gaľa (PPE-DE). – V uplynulom období sme veľa diskutovali o energetickej účinnosti a v praxi sa ukazuje, že súčasne označovanie domácich spotrebičov, ktoré informuje spotrebiteľov o energetickej náročnosti, nemá dobrú vypovedaciu schopnosť. Väčšina predávaných spotrebičov sa nachádza v kategórii A, tým sa stráca jasný signál o energetickej úspore spotrebiča a pre výrobcu mizne motivácia vyrábať spotrebiče so zníženou spotrebou energie.

Ak chceme spotrebiteľov a výrobcov motivovať, je potrebné upraviť triedenie domácich spotrebičov do nových energetických tried. Pôvodné triedenie totiž funguje od roku 1994. Vyzývam preto Európsku komisiu, aby urýchlila prípravu nového systému označovania spotrebičov štítkami a tiež pripravované zaradenie ďalších spotrebičov do tohto systému.

1-066

Colm Burke (PPE-DE). – Mr President, I wish to raise an issue in relation to the payment of REPS to farmers. Over the last 14 years, REPS have been paid at a very early stage once the documentation has been filed with the Commission or with the Department of Agriculture in Ireland. I now understand that the payments are going to be delayed, and that over 6 000 farmers are already behind in respect of receiving payments. I also understand that this figure will rise to over 60 000 in the next few months.

The point is that farmers have planned their financial affairs for a 12-month period and have planned with their banks, and now many of them will not be able to make their repayments to the banks as a result of this change.

I would ask for my views to be conveyed to the Commissioner and for this matter to be resolved so that the old procedure –which was in place for 14 years – can be restored.

1-067

Jean-Claude Martinez (NI). – Monsieur le Président, en droit international, c'est très clair. À propos du Kosovo, il y a un État lorsqu'il y a: premièrement une population, deuxièmement un territoire, troisièmement des services publics. Il n'y a pas de services publics au Kosovo, la preuve c'est que la Commission européenne doit y aller. Le seul service qui fonctionne est celui de la mafia.

Un État est souverain lorsque sa compétence est plénière. La preuve, le Président du Parlement nous a dit, tout à l'heure, que la compétence du Kosovo était en souveraineté surveillée.

Un État est souverain lorsque sa compétence est autonome, *autonomos* en grec, c'est-à-dire qu'il décide lui-même de ce qu'il fait. Or là, c'est l'OTAN, ce sont les États-Unis qui décident.

Un État est souverain lorsque sa compétence est exclusive. Or, sur le territoire du Kosovo, il y a différentes forces, il n'y a pas une seule force.

Un État est souverain lorsqu'il respecte le principe de *l'uti possidetis*, de l'intangibilité des frontières.

Autrement dit, aucun des caractères du droit international pour être souverain n'existe au Kosovo. Alors pourquoi? Parce qu'on a inventé, après les États voyous, après les États mafieux, on a inventé les États laboratoires, où la Commission européenne teste et invente le fédéralisme par désagrégation.

1-068

Ján Hudacký (PPE-DE). – Včerašie vyhlásenie nezávislosti Kosova je zrejme nebezpečným a bude zrejme nebezpečným precedensom pre vývoj vo viacerých krajinách a regiónoch sveta. Tento akt je o to otáznejší, že sa odohral za výdatnej politickej a diplomatickej podpory USA a väčšiny veľkých krajín Európskej únie, pričom od začiatku vlastne bolo jasné, že sa porušuje medzinárodné právo.

Rozhodne lepším riešením pre Balkán by bola intenzívnejšia demokratizácia pomerov v Srbsku za pomoci Európskej únie, čo by následne vytváralo priaznivejšie ovzdušie pre konsolidáciu vzťahov medzi Srbmi a albánskou menšinou na spoločnom území. Aj keď by to bola zrejme dlhodobá záležitosť. Je naivné si tiež myslieť, že týmto precedensom rozšírené právo menšín o územnú autonómiu nebude aj pre samotné členské štáty Európskej únie v blízkej budúcnosti neriešiteľným problémom.

1-069

Avril Doyle (PPE-DE). – Mr President, could I support my colleague and urge the Commission not to keep picking rows with different sections of the Irish authorities for the next few months, because we have a rather important job on hand? Need I spell out exactly what will be required of the Irish in relation to the Lisbon Treaty?

I rise particularly to complain about the way the officials have picked on the REPS payment system in Ireland. For over 14 years the Department of Agriculture authorities in Ireland – with the acquiescence of the Commission – had a scheduled payment of the Rural Environment Protection Scheme payments to thousands of farmers and their families. Now this year, in the last month, the Commission have decided that it cannot be paid now, it must be paid at the end of the year. Please do not pick rows with Irish farmers or any section in Ireland this year above all years, and let them have the monies they are entitled to have, in the way they have been paid for over 14 years now. Now is not the time to pick rows. Please hear us.

1-070

Presidente. – Este ponto está encerrado.

1-071

20 - Imunidade parlamentar de Witold Tomczak (debate)

1-072

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado Aloyzas Sakalas, em nome da Comissão dos Assuntos Jurídicos, sobre o pedido de defesa da imunidade parlamentar de Witold Tomczak [2007/2130(IMM)] (A6-0008/2008).

1-073

Aloyzas Sakalas, rapporteur. – Mr President, in April 2005 Mr Tomczak requested that the European Parliament defend his immunity in criminal proceedings, but Parliament decided, a year later, not to defend his immunity.

On 21 May 2007, Mr Tomczak again requested that the European Parliament defend his immunity. In the new request, Mr Tomczak presented three new arguments concerning the same case. The first argument: Mr Tomczak complains that the Court of Ostrów did not grant him access to the files of the case. However, after examination of his complaint, it was found that Mr Tomczak was granted access to the files when he visited the court himself. He even photographed at least one of the documents.

The second argument: Mr Tomczak claims that the proceedings are not objective, as the supervisory judge made a request to the judge presiding in the case to deliver the judgment as soon as possible, even without the presence of the accused. However, this request was issued after Mr Tomczak had failed to appear at the court hearings on as many as 12 occasions.

The third argument: Mr Tomczak alleges that the Court of Ostrów is prejudiced against his person. However, the fact, declared by Mr Tomczak, that the judge presiding in the case lives in the same town as the prosecutor against whom Mr Tomczak had previously filed charges does not in itself prevent that judge from acting objectively.

In addition, Mr Tomczak has the opportunity to appeal to a higher court and to make a cassation complaint to the Polish Supreme Court. The argument put forward by Mr Tomczak, who was a member of the Polish Parliament in 1999, that his national parliamentary immunity remained a formal obstacle to the criminal proceedings should be duly considered by the Polish judicial authorities.

The problematic legal consequence that, according to Polish law, Mr Tomczak might lose his seat in this Parliament has been noted by the Committee on Legal Affairs, and its chairman put an oral question to the Commission. It was answered on 14 January 2008 by Commissioner Frattini, who promised to address the Polish authorities, with the aim of ensuring that Polish law does not discriminate between Members of the European Parliament and national parliamentarians.

After the debate with the Commission, the Committee on Legal Affairs took a decision not to recommend the defence of Mr Tomczak's parliamentary immunity on the above grounds.

It is clear that Articles 8 and 9 of the Protocol on the privileges and immunities of the European Communities are not applicable in the case of Mr Tomczak. His request should be treated as a request for a decision of the European Parliament to ask for suspension of the proceedings against him, as, for example, is possible under Article 105 of the Polish constitution.

Following its established practice, Parliament could decide to defend the immunity of one of its Members if a suspicion existed that the prosecution was based on an intention to prejudice a member's political activities (*fumus persecutionis*). There is no clear evidence of this kind in the case of Mr Tomczak.

In the light of the above considerations, I recommend that the immunity of Mr Tomczak should not be defended.

1-074

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *w imieniu grupy PSE*. – Panie Przewodniczący! Immunitet parlamentarny służy przede wszystkim ochronie samego Parlamentu jako demokratycznie wybieranej instytucji przedstawicielskiej. Chroni zbiorową niezależność tejże instytucji przed naciskami z zewnątrz i gwarantuje posłom swobodę słów i czynów podczas pełnienia obowiązków parlamentarnych. Podstawę prawną immunitetu posłów do Parlamentu Europejskiego określa protokół o przywilejach i immunitetach Wspólnot Europejskich z 1965 r. W artykule 9 protokołu stwierdza się, iż wobec posłów nie można prowadzić dochodzenia, postępowania sądowego ani też zatrzymywać z powodu ich opinii lub stanowiska zajętego przez nich w głosowaniu, w czasie wykonywania przez nich obowiązków służbowych. W artykule 10 podobnie stwierdza się, iż podczas sesji Parlamentu posłowie korzystają na terytorium swojego państwa z immunitetów przyznawanych posłom ich państwa, a na terytorium innego państwa członkowskiego z immunitetu chroniącego przed zatrzymaniem oraz immunitetu jurysdykcyjnego. Immunitet chroni także posłów podczas ich podróży do i z miejsca, gdzie odbywa się posiedzenie Parlamentu.

Z uwagi na powyższe należy stwierdzić, że oskarżenie wniesione przeciwko Witoldowi Tomczakowi nie odnosi się do opinii lub stanowiska zajętego przez niego w głosowaniu w czasie wykonywania przez niego obowiązków służbowych, ponieważ w momencie zdarzenia nie był on posłem do Parlamentu Europejskiego. Tym samym nie istnieją w tym kontekście podstawy prawne do przyznania posłowi prawa do skorzystania z immunitetu. Tym niemniej sprawa Witolda Tomczaka wykazała jednak także brak spójności ordynacji wyborczej do Sejmu i Parlamentu Europejskiego w Polsce w kwestii wybieralności polskich posłów, a także utraty przez nich mandatu.

Tę kwestię omawialiśmy na specjalnym posiedzeniu i przystępując do Unii Europejskiej Polska przyjęła obowiązek respektowania obowiązującego w Unii prawa, zwłaszcza wywierającego bezpośrednie skutki w wewnętrznym obrocie prawnym państwa członkowskiego i postuluję przy tej okazji o jak najszybsze ujednoczenie prawodawstwa związanego ze statusem posłów na Sejm i do Parlamentu Europejskiego, ponieważ za ten sam czyn poseł do Parlamentu Europejskiego może automatycznie stracić mandat, zaś poseł do polskiego parlamentu za taki czyn nie jest w ten sposób karany.

1-075

Marek Aleksander Czarnecki, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Sprawa posła Tomczaka stanowi przykład nieakceptowania przez polski wymiar sprawiedliwości faktu, iż Polska stając się członkiem Unii Europejskiej, zobowiązała się do przestrzegania regulacji prawnych obowiązujących w Unii Europejskiej. Pomimo, że Parlament Europejski nie podjął jeszcze decyzji, co do objęcia immunitetem posła Tomczaka, sąd właściwy do rozpoznania sprawy wyznaczył termin posiedzenia na 15 lutego, a więc w ubiegłym tygodniu.

Takie zachowanie sądu stanowi dowód nie tylko lekceważenia Parlamentu Europejskiego, ale także działania niezgodnego z Regulaminem Parlamentu Europejskiego oraz polskim kodeksem postępowania karnego, zgodnie, z którym nie może być prowadzone postępowanie karne wobec posła dopóki nie zostanie rozstrzygnięta przez Parlament Europejski kwestia immunitetu. Powyższe argumenty przemawiają za tym, że w przypadku posła Tomczaka mamy do czynienia albo z sądem wyjątkowo niekompetentnym albo też z sądem, którego celem jest skazanie posła Tomczaka za drobny incydent, który w jego przypadku skutkuje pozbawieniem go mandatu posła do Parlamentu Europejskiego.

1-076

Jens-Peter Bonde (IND/DEM). – Mr President, I urge all Members to vote against the lifting of immunity in the Tomczak case. We have had a very good debate in the Chamber. Everyone has agreed that we cannot allow Poland to set double standards: one for MPs at home and another, much stricter one, for MEPs here. The responsible Commissioner, Mr Frattini, promised to send a letter to the Polish Minister for Justice to insist on identical rules for waiving immunity.

I talked with Commissioner Frattini after the meeting on 14 January, and met with him again two weeks ago, when he said that he had instructed the services to send the letter. Last week I was in contact with his office. It confirmed that the letter had been sent, and that I would receive a copy of the letter the same day. Then somebody suddenly called from Commissioner Frattini's office telling me a different story, saying that the letter was still pending. So here we are, with no letter and no answer from the Polish Government.

Our rules are very clear: we have to have a vote. I would therefore ask you to vote against the waiving of immunity, and request that the case be referred back to the committee for a possible new decision once we have received the letter from Commissioner Frattini and the answer from Poland.

1-077

Aloyzas Sakalas, rapporteur. – Mr President, I think that the consequences of the issue of waiving immunity are not the same as waiving immunity. Mr Tomczak was expected and summoned to appear before a court 12 times, but he did not appear at court.

All the procedural and substantive questions raised in connection with Mr Tomczak's case, and especially the question of the alleged insulting language used against the police officers, should be resolved objectively by the Polish judicial authorities. Therefore, I would like to stress two points. The question of whether the immunity of Mr Tomczak was properly waived at the beginning of the proceedings, when he was a member of the Polish Parliament, is a question that can be verified only by the appropriate judicial authority in Poland, in this case the District Court in Ostrów Wielkopolski. There is always the possibility of appeal.

Secondly, the possibility of Mr Tomczak's losing his seat in this Parliament cannot be considered as a motive for the prosecution, as, at the time of the incident of 19 June 2004, Mr Tomczak was not a Member of the European Parliament, and the law applicable to national parliamentarians does not contain provisions for such consequences.

On the basis of the above considerations, the Committee on Legal Affairs recommends that the European Parliament should not defend the parliamentary immunity of Mr Tomczak.

1-078

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, 19 de Fevereiro de 2008.

1-079

21 - Transparência nas questões financeiras (debate)

1-080

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado José Javier Pomés Ruiz, em nome da Comissão do Controlo Orçamental, sobre a transparência nas questões financeiras [2007/2141(INI)] (A6-0010/2008).

1-081

José Javier Pomés Ruiz, Ponente. – Señor Presidente, este Parlamento Europeo siempre ha querido liderar una política de transparencia en nuestras cuentas, en las cuentas de la Unión Europea. Así fue cuando, por problemas derivados tal vez de una mala gestión, obligó incluso a la Comisión, que presidía el señor Santer, a presentar su dimisión.

Desde entonces, hay que reconocer que las cosas han mejorado mucho; este Parlamento ha impulsado una política de transparencia y la Comisión ha secundado a este Parlamento. Fruto de este interés de la «Comisión Barroso» es que ha creado nada menos que una Vicepresidencia, la que ostenta aquí el Vicepresidente Siim Kallas —a quien doy la bienvenida—, para llevar a cabo este objetivo.

Los ciudadanos tienen que saber qué hacemos con el muy poco dinero que pagan a la Unión Europea, con ese escaso 1 %; necesitamos dar un mayor control a los fondos comunitarios mediante la visibilidad. La visibilidad ya no es sólo un cartel que podemos ver en un ayuntamiento o en una obra financiada con los fondos regionales o con el Fondo de Cohesión; hay que llegar mucho más allá, se tiene que ver dónde está esa poca cantidad de dinero que nos confían los contribuyentes europeos a través de los Estados miembros.

Ésa es la iniciativa de transparencia que este Parlamento aplaude con las dos manos; y este informe de propia iniciativa que presentamos viene a decir dos cosas: en primer lugar, que hay que ir un poquito más allá. Nosotros, en el texto, nos permitimos decir que la transparencia debe manifestarse en la publicación de listas negras, en saber qué candidatos han sido aceptados y excluidos en licitaciones, en que la OLAF tiene que tener un código para garantizar la presunción de inocencia, circunstancia que no se ha dado en muchos casos. Se intenta decir que, dentro de la Unión Europea, el Parlamento Europeo ya tiene sus propias normas deontológicas. Nosotros no somos funcionarios, somos políticos; también debemos ser transparentes y ya los somos.

Por ello, en la enmienda nº 2 al apartado 22, solicito eliminar el listado que propone la iniciativa de transparencia; fundamentalmente no sólo porque este Parlamento ya tiene tomadas decisiones sobre nuestros intereses financieros, sobre las misiones, sobre los viajes, sino porque, además, entendemos que tiene que haber una regulación para toda la Unión Europea. Este Parlamento cuenta con su propia regulación, que habrá que mejorar y, tal vez, ir más lejos todavía.

También hay otra enmienda en la cual elimino del tratamiento de cargos públicos a los diputados al Parlamento; nosotros no somos cargos públicos, somos políticos. En algunas legislaciones nacionales, esta confusión podría acarrear ciertos problemas.

En esta idea — que nosotros apoyamos— de aumentar la transparencia, nos queremos fijar también en que los Estados miembros comparten la gestión del 80 % de los fondos y, por tanto, volvemos a hacer un llamamiento a que los Estados miembros presenten declaraciones nacionales de fiabilidad. Es urgente y necesario, y volvemos a insistir en ello. Hablamos de que también tiene que incluirse en la iniciativa que presenta el Comisario Kallas la recuperación de los fondos comunitarios, que no puede quedar excluida, porque cuando se emplea mal nuestro dinero, debemos saber dónde está, cómo se recupera y cuándo se recupera.

Hemos mejorado mucho en transparencia, pero este Parlamento dará su impulso, señor Comisario, para que llegemos todavía más lejos.

1-082

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. – Mr President, I am very pleased to be here today to speak on behalf of the Commission on this key issue of transparency. I must thank Mr Pomés Ruiz for this own-initiative report and the Committee on Budgetary Control for its valuable contribution.

The report addresses five main issues. First, the report gives guidance on the publication of information about those receiving EU funds through grants and contracts. We are working to implement the terms of the modified Financial Regulation on transparency. These terms were included through Parliament's efforts and came into force in May 2007.

With regard to direct management, the Commission launched a website last year, with a single portal giving access to all relevant sites in the various directorates-general. Although we continue to update these sites, the portal still seems a rather confusing and complicated entry point. The Commission services are working to improve this.

Regarding shared management, the role of the Commission is to 'finalise and agree with Member States on the common standards of these sets of information before April 2008'. I am quoting here from the draft discharge report by Mr Jørgensen. The Member States will remain responsible for the data. The Commission assumes responsibility for the standards applicable and checking that Member States respect the terms of the Financial Regulation.

The second issue in Mr Pomés Ruiz's report is the issue of recoveries. I clearly said in the Committee on Budgetary Control in January 2008 that 'the Commission has so far been unable to give Parliament a comprehensive picture of all our recovery efforts'. I gave an estimate for the recoveries made in 2006 and announced improvements to our own systems, so that, this year, the ABAC accounting system will include more detailed and complete data on recoveries. We are discussing the methodology for doing so with the European Court of Auditors.

Information about recoveries would be incomplete without reliable input from the Member States. For agriculture, the picture is encouraging. Tomorrow, the Commission will adopt an action plan to strengthen our supervisory role regarding the Structural Funds, addressing this issue among other things.

The third issue in the report relates to the declaration of financial interests and, in particular, to the results of an independent comparative study launched in July 2006, in the context of the European Transparency Initiative, and published in 2007.

The study concluded that most of the European institutions are regulated more intensively than institutions at national level. The Commission and the European Investment Bank have the most comprehensive ethical rules of the EU institutions.

While the study noted that the Commission has a relatively well developed system for notification of conflicts of interests, it suggests that consideration be given to enlarging the mandate of our ad hoc Ethical Committee to include a broader advisory role. I invite you to examine the study and draw whatever conclusions you think are relevant for the European Parliament.

The fourth issue raised by Mr Pomés Ruiz concerns the composition of experts groups advising the Commission. I would like to thank Mr Pomés Ruiz for recognising the value of the work done so far. We will study the recommendations you make for further improvements.

The fifth and final main issue concerns governance within the institutions. Last Friday, 15 February 2008, was the deadline for Member States to send in 'annual summaries'. As of noon today, we had received 22 replies from the Member States. We are assessing the compliance of these reports with the obligations under the Financial Regulation, and we will report to you as soon as we have a clear picture of this, including with regard to the quality of these reports.

In conclusion, I can declare that we are taking transparency very seriously and that the European Transparency Initiative is delivering on many points raised in the report.

(Applause)

1-083

Ingeborg Gräßle, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Transparenzinitiative ist der wohl größte Erfolg der Barroso-Kommission.

Herr Kommissar, ich danke Ihnen für die Worte von gerade eben, und ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie eine Vereinheitlichung der Veröffentlichung der Subventionsempfänger in Aussicht gestellt haben. Das war letztes Jahr ein ganz großer Diskussionspunkt zwischen Parlament und Kommission. Sie sollten wissen, dass Sie dieses Haus und auch die EVP-Fraktion beim Thema Transparenz immer an Ihrer Seite haben. Denn wir wollen wissen, ob wir über die Subventionsempfänger – die Geldempfänger – unsere Politikziele erreichen. Uns geht es um das Erreichen der Politikziele, und um nichts anderes. Doch dazu müssen wir eben mehr wissen als bisher.

Herr Kommissar, Sie arbeiten an neuen Ethikregeln. Wir glauben, dass die Organe diese Regeln brauchen, und die Kommissare selbst brauchen ja auch einen neuen Verhaltenskodex. Aber um Missverständnissen vorzubeugen, darf ich nochmals daran erinnern, dass es der Kommission nicht zusteht, für das Parlament Regeln aufzustellen. Wir machen unsere Regeln selbst. Wir sind keine Amtsträger, im Gegensatz zu den Mitgliedern anderer EU-Organe, auch wenn eine sprachliche Ungenauigkeit diesen Eindruck erwecken könnte.

Es gibt von unserer Seite einen Antrag auf Änderung der Ziffer 22, für den ich sehr herzlich um Unterstützung bitte. Wir wollen die Aufzählung ersetzen durch den Hinweis auf die bisherigen Regeln. Aufzählungen haben es ja immer in sich: Wir wollen absichtlich offen lassen, ob wir so viele, ob wir eventuell mehr oder auch weniger Kriterien brauchen.

Nicht zufrieden – und das ist ein Teil des Berichts – können wir mit der Großbaustelle der Wiedereinziehung zu Unrecht ausgezahlter Mittel sein. Herr Kommissar, das wird wohl unsere Großbaustelle für dieses Jahr werden, auch das Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Parlament und Kommission. Denn auf dieser Großbaustelle geht es alles andere als transparent zu. Ich möchte Sie herzlich bitten, dieses Problem jetzt wirklich anzugehen. Die Wiedereinziehung darf nicht weiter von so vielen Zufällen abhängen wie bisher.

Wir begrüßen den Aktionsplan Strukturfonds in dieser Woche. Aber er muss noch mit Glaubwürdigkeit unterfüttert werden – für das Parlament und auch für die Entlastung der Kommission.

Unser Berichterstatter, Javier Pomés Ruiz, hat einen guten und interessanten Bericht vorgelegt. Ich bin sicher, dass wir mit diesem Bericht als Meinung des Parlaments auch der Kommission auf dem weiteren Weg helfen können.

1-084

Dan Jørgensen, *for PSE-Gruppen*. – Hr. formand! Der er ikke nogen tvivl om, at når man i den europæiske offentlighed har talt meget om, at der findes et demokratisk underskud i EU, så skyldes det ikke mindst, at der ikke har været åbenhed nok. Det skyldes måske specielt, at der har været for lidt åbenhed omkring, hvordan de midler, som EU forvalter - altså de midler, som EU betaler til de enkelte lande til gode, velmenende projekter - bliver brugt. Og det er et problem! Det er heldigvis nu et problem, som der bliver gjort op med. Det er heldigvis nu et problem, som Kommissionen langt om længe anerkender og rent faktisk gør noget for at løse, og det fortjener Kommissionen stor ros for. De, hr. Kallas, fortjener personligt stor ros for den kæmpemæssige indsats, De har gjort i den forbindelse. Der er selvfølgelig nogle forhold, der skal bringes på plads. Det er derfor, hr. Pomés Ruiz har skrevet en betænkning. Jeg støtter hans rapport, som sætter fingeren på mange kritikpunkter, som selvfølgelig skal takles. Det er klart, at de data, der foreligger, skal være sammenlignelige osv., men det er småting, for nu har vi taget den vigtige principielle beslutning om, at der selvfølgelig skal være åbenhed.

En anden meget vigtig beslutning, som Kommissionen også fortjener ros for, er beslutningen om, at man vil skabe større åbenhed omkring de såkaldte ekspertgrupper. Det går simpelthen ikke, at man i et såkaldt demokratisk system har mennesker siddende, som man ikke kender navnet på. Der er alle mulige demokratiske argumenter for, hvorfor man ikke kan bære sig sådan ad, og ud fra et finansielt perspektiv går det naturligvis heller ikke. Jeg kunne godt tænke mig, hr. kommissær, at De kunne bekræfte en udtalelse, De fremsatte i den nyligt overståede høring i Budgetkontroludvalget i forbindelse med decharge. Her forsikrede De os om, at dette selvfølgelig også kommer til at gælde for de grupper, der hører under komitologiproceduren. Der findes jo mange forskellige typer ekspertgrupper. Nogle af de vigtigste grupper er faktisk dem, der hører under komitologiproceduren. Og dette tilsagn gav De flere gange i Budgetkontroludvalget. Kunne De ikke gentage det her foran hele forsamlingen?

1-085

Janusz Wojciechowski, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Chciałem pogratulować panu Pomésowi Ruizowi bardzo dobrego raportu w imieniu grupy UEN. Popieram to sprawozdanie w całej rozciągłości. Przejrzystość

musi być podstawową zasadą funkcjonowania Unii Europejskiej. Za szczególnie cenne fragmenty sprawozdania uważam te, które dotyczą po pierwsze lepszej informacji o beneficjentach środków unijnych, bardziej przejrzystej informacji na stronach internetowych Komisji, to jest rzecz bardzo ważna, a z drugiej strony również istotne są fragmenty sprawozdania, które podkreślają wagę sprawy ujawniania i informowania o powiązaniach finansowych pracowników instytucji europejskich.

Obywatele Unii Europejskiej muszą mieć pewność, że ci, którzy dysponują środkami unijnymi, którzy nadzorują wydatkowanie tych środków, działają obiektywnie, a nie w imię prywatnych interesów. Bardzo dobrze, że ta sprawa została w sprawozdaniu tak mocno rozszerzona.

1-086

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, commissaris, eigenlijk is dit debat een opwarmertje voor de kwijtingsoefening die op dit ogenblik plaatsvindt in de Commissie begrotingscontrole, en voor de buitengewone hoorzitting die we volgende week met de commissarissen Spidla en Hübner zullen hebben. Centraal in dat debat staat paragraaf 41 van het verslag van collega Pomés Ruiz, waarin de Commissie gevraagd wordt de afgifte van nationale betrouwbaarheidsverklaringen te steunen. Commissaris, als u dit toezegt zal de strijd die wij in de kwijting voeren, geen strijd zijn van het Europees Parlement tegen de Commissie maar een gezamenlijke strijd: Commissie én Parlement tegen de lidstaten. Dit is de beste strategie, ook voor de Commissie in onderlinge samenhang. Transparantie zorgt inderdaad voor geloofwaardigheid en verantwoordelijkheid, daar is iedereen het over eens. Een van de aspecten daarvan is inderdaad de openbaarmaking van informatie over de eindbegunstigden van EU-middelen.

Informatie daarover verstrekken is volgens het Financieel Reglement verplicht, maar die info moet dan wel toegankelijk worden gemaakt, betrouwbaar zijn en geschikt voor nadere onderzoeken. Met alle respect, mijnheer de commissaris, er worden pogingen ondernomen op uw website maar er is nog heel wat werk voor de boeg. Sommige privé-initiatieven doen het echt beter.

Dit verslag van collega Pomés Ruiz beschrijft ook heel duidelijk wát er verbeterd moet worden: de presentatie, de inhoud, de organisatie van de gegevens. De Commissie begrotingscontrole vraagt om vóór 2009 met een afgerond geheel te komen. Via een amendement wil ik dat een jaartje vervroegen. Als we daarin slagen dan zullen de nieuwe Commissie en het nieuwe Parlement in 2009 met een nieuwe en schone lei kunnen beginnen. Ik vraag de collega's dat amendement te steunen.

Commissaris, ik heb nog een vraag aan u: wat is de stand van zaken inzake de in paragraaf 34 beschreven belofte van uw kant om de namen van alle leden van formele en informele groepen met ingang van 2008 te publiceren? Ik sluit daarbij ook aan bij de vraag van Dan Jørgensen.

Tenslotte, Voorzitter, ook aan u een vraag: wanneer zal het Bureau van dit Parlement in volle transparantie beslissen om de namen van alle leden van het vrijwillig pensioenfonds van dit Parlement bekend te maken? Die mensen zijn namelijk ook eindbegunstigden van belangrijke Europese middelen. Ik wil u vragen deze boodschap aan het Bureau over te maken.

1-086-500

Presidente. – Em relação a esta questão do Sr. Deputado Staes, naturalmente que ela tem sido discutida na Mesa e haverá uma solução para ela.

1-087

Esko Seppänen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komission jäsen, esittelijä Pomés Ruizin mietintö on kattava. Ongelma-alueet on kartoitettu hyvin ja odottavat tarpeellisia toimenpiteitä. Tässä yhteydessä haluan sanoa komission varapuheenjohtajalle Kallakselle, että hänen aikanaan on saatu merkittäviä parannuksia unionin yleiseen avoimuuteen ja läpinäkyvyyteen ja hän on toiminut tässä asiassa erittäin aktiivisesti. Todisteena tästä aktiivisuudesta on monia uusia tietokantoja, jotka esitellään internetissä, mutta ongelma, joka myös mietinnössä todetaan, on se – ja tämä ongelma on korjattava – että tietojen hakumenettelyt ovat edelleenkin puutteellisia. Tämän takia hakumoottoreiden materiaali on yhtenäistettävä, nimittäin jos ei ole kunnon hakumenettelyä, vaarana on, että saadaan paljon tietoa, mutta paljous saattaa tuhota laadun.

On pohdittava kysymystä niin sanotusta mustasta listasta eli todennetuista petollisista menettelyistä. Periaatteessa ryhmämme hyväksyy ja on tämän listan kannalla, mutta siinä yhteydessä on erityisesti varmistettava, että yksilöiden tietosuojaturvataan ja ketään ei laiteta tällaiselle mustalle listalle virheellisillä perusteilla tai väärän menettelyn seurauksena.

Sitten kysymys julkishallinnon ammattietiikan neuvoa-antavasta ryhmästä: suoraan kansan valitsemille Euroopan parlamentin jäsenille on ilmeisesti hyvä olla käytössä eri menettely kuin virkamiehille, kuten jäsen Grässle täällä jo totesi. Mutta myös valittuja kansanedustajia koskevan menettelyn on oltava vähintään yhtä tiukka, koska ei voida lähteä siitä, että helpotetaan eettisiä vaatimuksia parlamentin jäsenten osalta. Useissa maissa parlamentin jäsenten vaalirahoitus on julkinen, ja saattaa olla paikallaan, että parlamentti toimii siihen suuntaan, että nämä kansalliset selvitykset

vaalirahoituksesta, ehdokkaiden vaalimainonnasta ja sen rahoituksesta otetaan mukaan parlamentin tietokantoihin, jotta ne olisivat nähtävillä myös Euroopan unionin tasolla.

Arvoisa puhemies, lopuksi haluan todeta, että Euroopan tason poliittisilla puolueille ja säätiöille ei saa antaa poikkeuksia yleisestä ilmoitusvelvollisuudesta.

(Suosionosoituksia)

1-088

Nils Lundgren, för IND/DEM-gruppen. – Herr talman! Det är mycket ovanligt för mig att kunna uttrycka mig positivt om de betänkanden som läggs fram här. Detta är dock ett undantag.

Det är i huvudsak så att föredraganden här har eftersträvat ökad öppenhet, och detta stöder jag varmt. Men jag vill påminna kammaren om att så länge som vi framför allt har jordbrukspolitiken och strukturfonderna kommer vi att ha en helt övermänsklig uppgift att försöka kontrollera. Det som vi tvingas till är att införa ständigt nya regler, mer övervakning, och vi får en byråkrati som blir fullständigt orimlig.

Lösningen på detta är som vi alla vet att rikare länder i EU bör ge pengar till fattigare länder utan att tala om vad allt de ska användas till. Då försvinner större delen av kontrollapparaten och detta måste vara det långsiktiga målet. Vi ska inte behöva räkna kossor och barlagd mark och allt sådant. Vi bör ägna oss åt det som EU är till för – den inre marknaden.

1-089

Esther De Lange (PPE-DE). – Voorzitter, ook ik wil de rapporteur bedanken voor zijn uitstekend verslag en eerst ingaan op een tweetal punten vooraleer een oproep te doen aan de Raad en de Commissie.

Allereerst de bekendmaking van de ontvangers van financiële steun van de Europese Unie. De landbouwsector loopt op dat gebied voorop. Toch moeten we zorgvuldig en eerlijk omgaan met dergelijke gegevens. Het kan dan ook niet zo zijn dat sommige lidstaten wél aan deze openbaarheidseis voldoen en andere niet. Op de website van de Commissie staan links naar 14 nationale websites over die ontvangers van landbouwsteun, er ontbreken er dus nog 13. Het zou fijn zijn als de Commissie kon zeggen waarom dat zo is. Zijn deze gegevens niet elektronisch beschikbaar of hebben die lidstaten de gegevens nog niet aangeleverd?

Daarnaast zal de Commissie moeten nadenken over de bescherming van die ontvangers van wie gegevens bekend gemaakt worden. Bescherming bijvoorbeeld tegen radicale dierenactivisten, een probleem waarmee verschillende lidstaten, ook de mijne, kampen op het ogenblik.

Tot slot is het zo dat de gegevens slecht met elkaar te vergelijken zijn en daar is dus meer regie van de Commissie nodig. Ik heb van de commissaris begrepen dat hij morgen het initiatief daartoe neemt op het gebied van de structuurfondsen en ik ben daar blij mee.

Mijn tweede punt, dat zijn de jaarlijkse activiteitenverslagen van de instellingen, een belangrijke verbetering, die evenwel ook de vinger op de zere plek leggen.

Nu kom ik bij mijn oproep en die heeft te maken met het feit dat 80% van de middelen in Europa niet centraal maar via de lidstaten of samen met de lidstaten beheerd worden. Wij kunnen op Europees niveau tot in alle eeuwigheid de transparantie en de controle verbeteren en aanscherpen Maar zolang niet ook de lidstaten hun verantwoordelijkheid nemen via nationale betrouwbaarheidsverklaringen, blijft een sluitende controle lastig. *It takes two to tango.*

Wij kunnen op Europees niveau de meest flitsende passionele dans op het gebied van de begrotingscontrole neerzetten, maar zolang de lidstaten niet meedansen zal het nooit een prijswinnende prestatie worden. Een oproep dus aan de lidstaten om hun verantwoordelijkheid te nemen en aan de Commissie om dit proces in verband met die nationale verklaringen te ondersteunen, als een goede orkestmeester, zeg maar, of als een dansleraar - dat mag u zelf weten mijnheer de commissaris. Maar wij rekenen graag op uw steun aan onze zijde.

1-090

Paulo Casaca (PSE). – Senhor Presidente, queria felicitar o nosso relator, bem como o Senhor Vice-Presidente Siim Kallas, por esta iniciativa, mas, do mesmo fôlego, gostaria de lhe dizer que ficaria muito mais satisfeito ainda se o Senhor Vice-Presidente tivesse tomado as medidas indispensáveis para que o Regulamento Financeiro - as normas que entraram em vigor no dia 1 de Janeiro de 2007 - estivessem a ser cumpridas pela Comissão Europeia, nomeadamente quanto à designação dos beneficiários finais dos vários fundos comunitários.

É, muito em particular, extremamente preocupante que a Comissão Europeia tenha respondido de forma totalmente insatisfatória à questão de saber qual é a legalidade e regularidade da designação da IMG como organização internacional, e gostaria de saber, Senhor Comissário, se, para além desta nova organização internacional, a Comissão Europeia também

resolheu encontrar outras para que nós possamos saber quem é que tem acesso a fundos comunitários sem precisar de passar pelo concurso público.

1-091

Wiesław Stefan Kuc (UEN). – Panie Przewodniczący! Podział środków z różnych pozycji budżetu zawsze budzi najwięcej emocji i dyskusji. Trudno się dziwić szczególnej radości tych, którzy je dostali i krytyce tych, którzy mimo najlepszych chęci ich nie otrzymali. Ale jeśli ktoś, tak jak ostatnio było głośno o sprawie w Polsce, od jednego rządu ma otrzymać dofinansowanie, a drugi rząd je odbiera, budzi to wiele uwag.

Na jakiej zasadzie środki są przyznawane, jakie procedury obowiązują i czy względy merytoryczne o tym decydują, czy najbardziej ordynarna polityka? Dlatego zgodnie ze sprawozdaniem pana posła Pomésa Ruiza powinniśmy zadbać nie tylko o jasność i przejrzystość procedur, ale umożliwić osąd społecznym poczyną przyznających dofinansowanie. Ujawnienie informacji o beneficjentach środków finansowych Unii jest podstawowym warunkiem przejrzystości intencji Komisji Europejskiej i rządu. Dlaczego więc niektóre państwa bronią się przed takimi publikacjami? Czy mają coś do ukrycia? Dotyczy to także ujawniania informacji o osobach sprawujących urząd publiczny i ekspertach w instytucjach europejskich. Stworzenie wspólnej przestrzeni etyki byłoby bardzo korzystne dla naszej Unii.

1-092

Alexander Stubb (PPE-DE). – Mr President, let me begin by congratulating the rapporteur, Mr Pomés Ruiz. I am not doing it only because he is standing next to me and kicking me in the ankle, but because I think his report is very good indeed.

I would like to make three points, if you would allow me. Firstly, I think that the aim of this report is basically to improve transparency and improve controls. Usually you do that three ways. One is to have transparency in terms of documentation: that is quite well provided for under Article 255 of the EC Treaty; secondly, transparency of finances, which is what we are doing in this report; and thirdly, of course, transparency of meetings.

The sad thing I find in this debate – not so much inside but outside this Chamber – is that there are a lot of anti-Europeans that are using transparency in a very populist way, in the sense that, on one hand, they call for transparency, then when transparency is given, they start attacking people for it. I find this debate, in that sense, a little bit sad, and I think that, when we go transparent, we should be honest and straightforward about it.

Point number two is on national declarations. I would like to second what Ms De Lange said about those. We should always stress that. I think Mr Kallas is doing a very good job. The Commission is doing a good job. But 80% of all the funds are actually spent by the Member States. That is where we need a little bit more in the financial declarations. I am sure, Mr Mulder, if he was here, would agree with me.

The final point I have is on the famous, or perhaps infamous, paragraph 22 of this report. I see where it is coming from, but I think we should not throw the baby out with the bath-water. Therefore, I would recommend that we get rid of paragraph 22, so that all of us can easily vote for this report, because, after all, being against transparency is a little bit like being against peace and motherhood.

1-093

Inés Ayala Sender (PSE). – Señor Presidente, quisiera unirme a las felicitaciones al ponente, que ha desarrollado un informe muy interesante, y, por supuesto, reconocerle a la Comisión, representada por su Vicepresidente, señor Kallas, todos los esfuerzos que ha estado haciendo y el buen diálogo y la cooperación que está llevando a cabo con el Parlamento.

En este sentido querría simplemente añadir algunos matices a lo que ya se ha dicho, que comparto en su gran mayoría, y decir que, además de la necesidad de esa información y de la transparencia, es esencial que sea de fácil acceso, fiable y que permita las comparaciones; que esa información aparezca organizada y clasificada y que tenga realmente utilidad práctica, no sólo para los muy expertos, sino para el público en general.

En relación con los fondos de gestión compartida, tengo especial interés en destacar, además de lo que se ha dicho, la necesidad de «apretar» a los Estados miembros en ese sentido, sobre todo también en cuanto a todo lo que puede suponer un instrumento de mejora en relación con las organizaciones internacionales, donde la opacidad aparece a menudo.

Saludo desde luego, con entusiasmo, esa idea de crear un espacio ético común. Creo que es un lujo que la Comisión puede permitirse incluso exportar o proponer en ciertas negociaciones a nivel global, como buenas prácticas. Por ello acojo con especial satisfacción el estudio que la Comisión está llevando a cabo sobre esas normas y estándares de deontología, que después podrán aplicarse a cada institución.

Finalmente, reconozco y agradezco al señor ponente el haberme aceptado la petición en relación con un código deontológico para la OLAF, que creo que es absoluta y sumamente urgente, porque una cosa son los responsables y los culpables y otra cosa los inocentes, a los que hay que procurar prevenir y proteger, por todos los medios.

1-094

Ville Itälä (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, ensinnäkin haluan yhtyä niihin, jotka ovat onnitelleet ja kiittäneet esittelijä Pomés Ruizia aivan erinomaisesta mietinnöstä. Samalla haluan myös käyttää tilaisuutta hyväkseni ja kiittää komission jäsentä Kallasta, joka on tehnyt vuosien varrella erittäin hyvää työtä näiden asioiden edistämiseksi.

Ajatus tämän mietinnön takana on sellainen, että tuskin kukaan täällä voi olla sen päämääristä eri mieltä. Kaikki avoimuus ja läpinäkyvyys koskien EU-varojen väärinkäyttöä on vain hyvää. Ylipäätään kaikkien verovaroin rahoitettujen määrärahojen käytön tulee olla avointa. Veronmaksajilla täytyy olla aina tarkka ja oikea tieto siitä, mihin heidän rahojaan käytetään: se, kuka käyttää varoja, mihin ja kuinka paljon, pitää olla aina kansalaisten arvioitavissa.

Erityisesti julkisuus- ja avoimuusperiaatetta on noudatettava silloin, kun näitä varoja käytetään väärin. Mielestäni niin sanotun mustan listan julkaiseminen internetissä EU-varojen petostapauksissa myös ennaltaehkäisisi mahdollisia väärinkäytöstapauksia ja edistäisi täten avoimuutta ja läpinäkyvyyttä EU:n varainkäytössä. Haasteelliseksi tämän seurannan tekee tietysti se, että järjestelmät eri maissa ovat hyvin erilaisia ja siksi seuranta on vaikeaa.

Arvoisa puhemies, mielestäni mietintö on tärkeä edistysaskel, ja meidän on löydettävä yhteinen kompromissi, jotta mietintö voidaan täällä hyväksyä eikä kaataa sitä pienten yksityiskohtien vuoksi.

1-095

Paul Rübig (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich finde diese Debatte ganz besonders gut. Allerdings möchte ich vor dem Missbrauch von Transparenz warnen. Manche Populisten – auch wenn sie heute nicht hier im Saal sind – missbrauchen diese Debatte in der Öffentlichkeit, gehen dabei aber nicht ein auf die Unterscheidung zwischen der Privatsphäre und dem, was in der Öffentlichkeit sinnvoll und gut ist.

Diese Debatte um *privacy* dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Wir wissen, dass auch der Datenschutz seine Berechtigung hat. Hier ein ausgewogenes Verhältnis zu finden, ist die richtige Antwort des Europäischen Parlaments für die Zukunft.

1-096

Jens-Peter Bonde (IND/DEM). – Hr. formand! Det er jo en fornøjelse at overvære debatten i dag. Når jeg tænker nogle år tilbage i tiden, var der nogle få idioter, der krævede åbenhed, men nu består Parlamentet af lutter idioter, der insisterer på åbenhed omkring regnskabsaflæggelse. Og vi har en kommissær, som vi ikke skal kritisere, men rose, også for hans personlige indsats for at få de træge dele af Kommissionen med på åbenhedsreformer.

Nu er jeg jo imidlertid ikke valgt til at rose - jeg er valgt til at få tornene frem i debatten. Derfor vil jeg gerne spørge hr. Kallas, om der til næste år findes undtagelser fra landbrugsområdet, hvor der ikke vil være fuld regnskabsaflæggelse på internettet, og hvor vi ikke vil kunne se, hvem det er, der modtager hvad, og tilsvarende på de andre områder. Vil der være undtagelser, eller vil det være enhver udgift, der vil blive redegjort for på internettet? Og hvad angår arbejdsgrupperne: Vil det være alle eksperterne, som får navnene frem?

Og så til sidst: Når vi nu er nået så langt med åbenheden, var det så ikke også en god ide at sende en undskyldning til heltene Dorte Schmidt-Brown, Hans-Martin Tillack, Marta Andreasen og alle dem, der har fået skældud gennem årene, men som var årsagen til, at De, hr. Kallas, kunne få så stor succes med Deres reformer?

1-097

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Czystość, jasność to podstawowe zasady życia społecznego. Szczególna funkcja zadania w tym zakresie spoczywa właśnie przed nami, parlamentarzystami. To my spotykamy się z wyborcami i musimy wyjaśniać im istniejącą sytuację w Unii i w jej administracji. Nie możemy mówić: „to nie my, tylko Komisja”. Obywatel europejski oczekuje odpowiedzi właśnie od posłów. Zbyt często pod pozorami tworzenia przejrzystości rozbudowujemy procedury, stawiamy za dużo wymogów w stosunku do beneficjentów, żądamy dokumentów, które często są niepotrzebne. W tworzeniu przejrzystości musimy określić i rozdzielić, powtarzam, rozdzielić rolę i zadania dla państw członkowskich i dla Unii Europejskiej.

1-098

Zbigniew Zaleski (PPE-DE). – Mr President, I want to make two points. First of all, if we want to follow the Lisbon Strategy we have to know who in the field of science gets the money and what for. Is it really the best, or are there some divisions between the more privileged Western countries and the other, new ones? I, as an academic, would claim that there has to be more justice and evenness.

My second point is that, when we give money – with a pretty generous heart – to third countries, to those that are underdeveloped and less privileged, I would like to get some feedback on how that money is used, in particular under those soft programmes like democratisation or similar, which do not produce tangible things but change minds, or entrepreneurship. We know little of how that money is used in Africa, and in all ACP countries. I would really claim that we have to have some more knowledge about it.

1-099

Alexander Stubb (PPE-DE). – Mr President, I want to take issue with three of the speakers. Firstly, Mr Seppänen, I would like to congratulate him on his speech, because it was extremely moderate, and he is slowly moving – almost – towards the pro-European camp.

Secondly, Mr Bonde: the way in which he talks about transparency makes me believe that he is a federalist. So, in that sense, I think that he is also moving in exactly the right direction – even if the request to publish all the people who sit on comitology committees is, perhaps, pushing it a little bit!

My final comment concerns Mr Rübig. I agree with him 100%: the type of populism that we see in the Austrian media from the anti-European side is simply abominable, and I really would not like to see any more of that.

I have one more question for the rapporteur, Mr Pomés Ruiz: if there was one thing he would like to take out of this report, what would it be?

1-100

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. – Mr President, I wish to thank honourable Members very much for their support for this transparency action, which has been a common action: in all issues, the Commission has always felt it had strong support from Parliament.

There are two things I want to say. The first concerns the information available on end beneficiaries. I consider this to be an amazing change. When, together with some Members of Parliament, we started to initiate this at the beginning of 2004, there was no great hope that it would be implemented. But the political decision has now been taken, and the year 2009 is the final year by which the information on end beneficiaries of 2008 will and must be published.

So, politically the decision has been taken. This is a great step forward. Now the technicalities remain to be solved. That is not easy at all, because guidelines have now been issued on what this information on end beneficiaries should look like. But of course many of you raised the issue of workable search engines, and this is really not an easy task. Of course, we will have a portal via which it will be possible to access the information in the Member States, and access information about end beneficiaries.

I foresee a lot of technical problems, but those technical problems – nothing is perfect, and everything takes a little time – definitely should not undermine the importance of this great change.

Concerning the famous national declarations, I must again say that the situation has completely changed in these three years. When I first appeared in Council to discuss these issues, these were completely out of the question. Today you have the annual summaries – we had already received 22 so far, and perhaps even more now. We will assess the quality together, and there definitely will be an improvement.

So the understanding is that we have shared management problems, and we must also share information about the work – how we manage the Structural Funds. That understanding has increased tremendously in Member States too. We will also try to fill out the idea of more comprehensive national declarations with specific substance. You know as well as I do that there are certain Member States that are still very reluctant to have this greater involvement, but we already have a certain degree of involvement.

As concerns international money, that is a something of a different issue. The issue of how this information should be made available will probably also be discussed within the framework of COCOBU. However, we are partners in international agreements and do not manage them directly. Information on what we manage directly must be made available, but we are partners in very big international poolings. That is a little different.

Concerning expert groups, as I said in COCOBU, I can repeat here that we have a commitment to publish the list of permanent experts. This is really a question of definition: what kind of experts should be included on this list. This is a debate, and some experts who fulfil certain confidential tasks of assessing projects and people should not be so transparent, probably. There are some nuances. However, the commitment exists and I have been informed that we are ready to publish a long list of permanent experts. There is the question of all those national experts sent by Member States participating in certain bodies, whose names will be sent afterwards, not before, but there is at least the commitment that there should be no big secret as to who is advising us.

My last point, in response to an issue which was raised, is that the Commission has no intention to propose how Parliament should deal with its own rules, and what the declarations of economic interest should consist of. I can say only two things: this ethical space is a common space – if something happens in one institution, it definitely has an immediate effect on other institutions. We must, of course, address all these questions on the basis of common sense, and not go to absurd lengths and into unnecessary details, but only into the relevant issues, in order to avoid a real conflict of interests.

1-101

José Javier Pomés Ruiz, Ponente. – Señor Presidente, puede estar contento el señor Kallas, porque está viendo que la iniciativa de transparencia es una iniciativa muy sentida, muy querida y muy aplaudida por todo el arco parlamentario de esta Cámara, y porque ha podido comprobar el apoyo que va a encontrar usted aquí.

Nosotros queremos ir más allá, señor Kallas, en la transparencia, y ya en este informe le sugerimos algunos asuntos en los que cabe avanzar: en cuanto a las recuperaciones, a los expertos o a la salvaguarda de la inocencia. Pero ¡atención! dentro de los límites del sentido común, no teniendo en cuenta ese populismo de alguna prensa amarilla que parece dedicarse a ganar dinero exagerando de forma populista sobre lo que es la seria vida de la Unión Europea. Agradezco a Inés Ayala su sugerencia de que la OLAF también se ocupe de estos asuntos, al igual que doy las gracias al señor Jørgensen, a Paulo Casaca, al señor Bösch, que está aquí presente, o a mis compañeros Ingeborg Grässle, Alex Stubb, etc.

Le quiero decir que también me preguntaba Alex Stubb qué suprimiría; pues suprimiría, por ejemplo, la mención a las actividades de los cónyuges. Recuerdo que el mayor problema de esta Unión Europea no fue por un cónyuge, sino por algo parecido, y me estoy refiriendo al caso de la señora Edith Cresson. Por tanto, quiero decir que no pongamos puertas al campo y hagamos las cosas lógicas y no las cosas ilógicas. De hecho, también los diputados tenemos derecho a la vida familiar y privada.

Quisiera añadir que nosotros seguiremos dando ejemplo a muchos Estados miembros de cómo la Unión Europea gasta los fondos cada vez mejor, de forma más eficiente, con poco coste administrativo y mucha más eficacia que algunos Estados miembros. En esta avanzadilla en la que todos estamos de acuerdo, hay bastantes Estados miembros — éstos que se niegan a presentarnos el «OK» de cómo gastan ellos el 80 % de los fondos comunitarios y luego parece que se alegran cuando nosotros rechazamos aprobar las cuentas de la Unión Europea— que justifican de ese modo el hecho de dar menos dinero al fondo común, limitando la actividad de la Unión Europea, abusando de nuestras denuncias de que son los Estados miembros los que no gastan bien, y utilizando ese argumento para negarse a dar a esta Casa más del 1 %.

Gracias, señor Presidente y ánimo, señor Kallas, en ese objetivo tan querido y tan animado por esta Cámara.

1-102

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, 19 de Fevereiro de 2008.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-103

Véronique Mathieu (PPE-DE), par écrit. – Le rapport Pomés Ruiz estime au contraire et à juste titre que des efforts importants restent à fournir avant d'atteindre la transparence au niveau financier. L'analyse du rapport annuel d'activités 2006 de la DG du Budget de la Commission nous a en effet montré le chemin qui reste à parcourir avant d'atteindre la transparence des comptes de l'UE. Le contrôle des fonds alloués à la PAC, par exemple, indique que les instruments à disposition de la Commission ne lui permettent pas toujours de garantir l'exactitude des données fournies par les États membres.

Pour éviter les dérives du passé, la Commission devra améliorer l'information donnée au public concernant les bénéficiaires des fonds communautaires par la prise rapide de mesures concrètes: rationalisation des informations publiées sur les bénéficiaires des fonds communautaires, création d'un moteur de recherche général, publication d'une "liste noire" des cas de fraude, etc. Afin d'assurer un contrôle rigoureux, efficace et transparent des fonds communautaires alloués aux États membres, la Commission devrait, à l'avenir, assumer la responsabilité politique des informations qu'elle publie.

1-104

22 - Interesses financeiros das Comunidades – Relatórios anuais 2005-2006 (debate)

1-105

Presidente. – Segue-se o relatório Francesco Musotto, em nome da Comissão do Controlo Orçamental, sobre a protecção dos interesses financeiros das Comunidades - Luta contra a fraude - Relatórios anuais 2005-2006 [2006/2268(INI)] (A6-0009/2008).

1-106

Francesco Musotto, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, io vorrei innanzitutto ringraziare il Commissario Kallas per la sua preziosa collaborazione che ha offerto al Parlamento durante i suoi lavori. Altresì vorrei ringraziare l'OLAF, nella persona del suo direttore Franz-Hermann Brüner, per il costante sostegno e per il fondamentale e non facile lavoro svolto, e infine tutti i colleghi per il loro prezioso contributo, nonché le strutture, le istituzioni di tutti i paesi che collaborano con noi in questo lavoro arduo e – mi sia consentito – in particolare la nostra Guardia di finanza della Repubblica italiana, che si distingue in questo impegno per la sua altissima professionalità.

Il problema della tutela degli interessi finanziari della Comunità è un tema di primaria importanza che ci riguarda direttamente come Stati e come cittadini, e pertanto deve essere affrontato con la fermezza e la decisione che merita.

La risoluzione presentata qui oggi vuole dare una risposta concreta all'allarmante fenomeno delle frodi comunitarie. I dati raccolti ...

(Il Presidente interrompe l'oratore per richiamare alcuni deputati che disturbano la discussione)

Grazie Presidente, si parla di trasparenza e ci vuole anche grande civiltà.

La risoluzione presentata qui oggi vuole dare una risposta concreta all'allarmante fenomeno delle frodi comunitarie. I dati raccolti sono preoccupanti: nel settore delle risorse proprie, delle spese agricole e delle azioni strutturali, le irregolarità hanno riguardato nel 2006 un importo complessivo di 1.143 milioni di euro, rispetto ai 1.024 milioni di euro dell'anno precedente. Le statistiche ci mostrano un numero di irregolarità sempre crescente.

Tuttavia, ci preme sottolineare che un numero elevato di irregolarità non corrisponde necessariamente ad un elevato livello di frode. Esso può anche essere un indice dell'efficacia dei dispositivi di controllo e di una stretta cooperazione fra gli Stati membri e la Commissione. Quest'ultima, nella sua relazione annuale per il 2006, ha giustamente posto l'accento sull'importanza di tale cooperazione, sia ai fini della prevenzione che dell'attività di recupero. Ad oggi, i dati statistici si basano su strutture nazionali eterogenee, con sistemi amministrativi giuridici e di ispezione molto diversi tra loro.

In particolare, si ritiene inaccettabile che Spagna e Germania non trasmettano alla Commissione le informazioni relative alle irregolarità rilevate in formato elettronico come previsto per tutti gli Stati membri. Le normative comunitarie e gli obblighi imposti dalla lotta alla frode devono essere recepiti allo stesso modo dai diversi paesi. A tale scopo, una più intensa collaborazione fra gli Stati e la Commissione è indispensabile per la tutela degli interessi finanziari della Comunità, interessi che devono essere percepiti come comuni, che superano cioè gli interessi dei singoli Stati.

E' necessario rafforzare le sinergie fra le autorità preposte al controllo e le amministrazioni locali per quanto riguarda il coordinamento e lo scambio di informazioni. Mantenere a livello centrale l'organizzazione e l'erogazione finanziaria comporta meccanismi di attuazione complessi ed aumenta le distanze tra i responsabili finanziari e i beneficiari finali.

Un altro punto fondamentale toccato dalla relazione è la semplificazione della normativa. Il periodo di programmazione 2000-2006 ha dimostrato infatti che regole troppo complicate favoriscono la commissione di irregolarità.

Infine, per quanto riguarda l'attività e il recupero è da segnalare un leggero miglioramento, ma il recupero continua a costituire un problema che provoca ingenti danni al bilancio comunitario. In particolare, si ritiene che il periodo di 39 mesi che intercorre tra il momento della commissione delle irregolarità ed il momento della sua comunicazione sia inaccettabile, poiché tale ritardo rende l'attività di recupero ancor più difficoltosa, se non addirittura impossibile.

1-107

PRESIDENZA DELL'ON. MARIO MAURO
Vicepresidente

1-108

Siiim Kallas, Vice-President of the Commission. – Mr President, Mr Musotto's report covers two years of efforts to improve the protection of the financial interests of the European Union. A sound system of financial management needs to focus on expenditure and the control and fighting of irregularities, and especially those committed with fraudulent intent.

The report contains many of the same preoccupations as the discharge report, with the protection of financial interests being viewed, of course, as a core element of sound financial management, but the focus is different.

I would like to warmly thank the rapporteur, Mr Musotto, for a very focused report, which concentrates on the main issues and makes many calls on the Commission to strengthen efforts.

Allow me to comment on four of them. Firstly, the role of Member States: the report makes use of the wealth of figures and statistics on irregularities by Member States, and their financial impact. It does not hesitate to point out that some Member States perform better than others. I would stress once again that a high number of irregularities does not necessarily mean a high level of fraud, but it can be a good indicator of effective and thorough controls.

When I presented the Commission report in July, I emphasised the need for Member States to ensure a correct, complete and timely communication of data on irregularities. A good flow of information between the Member States and the Commission is essential for effective recovery and joint action against fraudsters. Many of them are doing this, but for some there is still room for improvement. The Commission, with the support of the European Parliament, will not shy away from reminding them of their responsibility.

I fully agree with the invitation expressed in the report for the Council to take up the annual reports and consider them at ministerial level. The EU's financial management system is complex, because responsibility is shared with the Member States. The increased focus on the national declarations, placing responsibility for spending with the Member States, should go hand in hand with cooperation over tackling irregularities and fighting fraud.

I very much welcome the report's focus on systemic and general issues rather than on individual cases, for which, as you know, OLAF is independent in its investigations.

The Commission fully agrees with the European Parliament on the need to analyse in greater depth the structures existing in Member States in charge of combating irregularities, to support them and facilitate cooperation and the exchange of information. This will be taken up in the 2008 report. This year's Commission report highlights the topics of risk analysis and risk management, exclusion databases and early-warning/whistleblower tools. In addition, the report examines the steps taken by Member States to improve recovery of amounts not collected or wrongly paid, as well as the mechanisms under national law for recovery by offsetting. The report also contains information on amounts recovered and the financial corrections, in particular when a payment has not been made in conformity with Community rules.

The role of organised crime, such as the Mafia, in undermining the EU's financial interests is a subject close to the heart of the rapporteur. OLAF has contributed to the Organised Crime Threat Assessment (OCTA) produced by Europol. I am happy to report that I have asked both bodies to continue to cooperate on the matter.

Value added tax and customs fraud is where the big money is. Sadly, it is an area where cooperation with Member States is often difficult. I will be very brief, and refer to what I will say on the Newton Dunn report, and thank the European Parliament for its ongoing support in underlining the useful role that cooperation at EU level can bring in this area.

My fourth and last comment will be on the revision of the OLAF regulation. The Commission tabled a proposal in this regard in May 2006. I remain convinced that it raises the main important issues relating to the effective functioning of the anti-fraud office, namely the flow of information, procedural rights and the complaints mechanism, the role of the supervisory committee and, more generally, governance and accountability. I very much hope that we can enter into interinstitutional discussions on finding solutions in the very near future and make progress on these important points.

The Musotto report reiterates the desire to group together anti-fraud legislation. From a political viewpoint I fully support this, but technically it will be a challenging task. The Commission will be ready to forward the requested analysis to the European Parliament by May this year.

1-109

Jan Březina, *Navrhovatel Výboru pro regionální rozvoj*. – Vážený pane předsedající, kolegové, kolegyně, zabýváme se zprávou o ochraně finančních zájmů Společenství s poněkud zavádějícím dovětkem – boj proti podvodům.

To co se má ve skutečnosti na mysli totiž nejsou v pravém slova smyslu podvody, ale spíše nesrovnalosti. Zatímco podvod předpokládá zlý úmysl, nesrovnalost může být i dílem nedbalosti a špatného účetního postupu. V takto citlivých oblastech jako finanční vztahy ve Společenství bychom měli zacházet s pojmy obezřetně.

Jako zpravodaje ve Výboru pro regionální rozvoj mě mrzí nárůst počtu nesrovnalostí zjištěných u projektů financovaných ze strukturálních fondů. Není to dobrá vizitka některých členských zemí a jejich vnitřních kontrolních mechanismů. Problémy na straně těchto států by však rozhodně neměly být důvodem k přehodnocení stávajícího systému decentralizované kontroly čerpání ze strukturálních fondů. Odpovědnost je zde zřejmá, je individuální a musí být rovněž vymahatelná.

Dosažení odpovídající úrovně mechanismů finanční kontroly členských států je první krok, který je třeba učinit. Druhým krokem je zajištění zpětného získání nesprávně vyplacených finančních prostředků. Jedním z možných postupů je pozastavení průběžných plateb členských zemí, která otálí s navrácením prostředků stížených nesrovnalostí.

Existence děravých kontrolních mechanismů by mola oslabit důvěru v celý systém čerpání ze strukturálních fondů a mohla by vrhnout špatné světlo na Evropskou unii jako takovou.

To co dále potřebujeme, je vyšší otevřenost a průhlednost kontrol. Vyjadřuji proto podporu evropské iniciativě pro transparentnost, v rámci níž by měly být zveřejňovány informace o příjemcích podpory ze strukturálních fondů. Jedná se o nakládání s veřejnými zdroji a s tím by měly být spojeny určité nároky kladené na příjemce těchto podpor.

Důležitým předpokladem lepšího hodnocení kontrolních systémů je užší spolupráce s Účetním dvorem, která zatím pokulhává. Je jasné, že zprávy Účetního dvora nejsou pro evropské instituce mnohdy příjemným čtením, ale o to větší pozornost by jim měla být věnována. Nejhorší by bylo strkat hlavu do písku a vyhýbat se odpovědnosti.

1-110

Kyösti Virrankoski, maatalousvaliokunnan lausunnon valmistelija. – Arvoisa puhemies, Francesco Musotto on laatinut OLAFin vuosikertomuksista 2005–2006 hyvän mietinnön ja siitä parhaat kiitokset. Jäsenmaiden ilmoittamat sääntöjenvastaisuudet nousivat 1 143 miljoonaan euroon vuonna 2006. Tästä määrästä maatalouden ohjaus- ja tukirahaston osuus on 87 miljoonaa euroa. Vaikka summa on vain 0,17 prosenttia maatalousmenojen kokonaismäärästä 49,7 miljardista eurosta, siihen on kuitenkin suhtauduttava vakavasti. Näistä sääntöjenvastaisuuksista noin kolmannes oli suoria petoksia.

Jäsenvaltioilla on mahdollisuus uuden asetuksen myötä periä takaisin perusteettomat tuet entistä helpommin. Siksi sekä maatalous- että talousarvion valvontavaliokunta pitävät valitettavana, että näiden tukien takaisinperintä on edelleen vähäistä. Komission tulisikin nopeuttaa takaisinperintää ja sovellettava tarvittaessa korjaustoimenpiteitä. Valiokunnat, sekä maatalousvaliokunta että talousarvion valvontavaliokunta, antavat myös täyden tukensa komissiolle, että se soveltaisi tiukasti maksujen keskeyttämisen mahdollisuutta, ellei komissiolla ole täydellisiä takeita siitä, että edunsaajavaltiolla on luotettava hallinto- ja valvontajärjestelmä.

(Suosionosoituksia)

1-111

Ingeborg Gräble, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EVP-ED-Fraktion ist erstmals für den Betrugsbericht verantwortlich, und wir danken dem Kollegen Musotto, dass er die Arbeit von OLAF und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt seines Berichts gestellt hat. Er musste fleißig sein: 630 Seiten Statistiken – Material zum Thema Betrugsbekämpfung aus den Jahren 2005 und 2006. Seine Bilanz ist sehr gemischt, und ich glaube, dass wir hier wirklich eingreifen müssen. Die Aufklärung von Unregelmäßigkeiten ist den Mitgliedstaaten nicht wichtig genug. Das sieht man auch heute daran, dass der Rat einmal mehr einer ganz wichtigen Debatte fernbleibt, wo es doch auch für ihn als zweiten Arm der Haushaltsbehörde um das Geld geht, das er für die Steuerzahler mitverwaltet und mit ausgibt.

Der Berichterstatter schlägt vor, wegen Verstoßes gegen das EU-Recht gegen Deutschland und Spanien formelle Schritte einzuleiten. Spanien übermittelt Daten zu Unregelmäßigkeiten nur in Papierform. Außerdem sind diese Daten vor allem über Unregelmäßigkeiten sehr lückenhaft, wie auch dem 18. Strukturfondsbericht zu entnehmen ist.

Deutschland ist ein ganz besonderer Fall. Es braucht länger als die anderen Mitgliedstaaten zur Meldung, und es ist das einzige EU-Land, das Unregelmäßigkeiten ohne Namen meldet. Wie kann OLAF seine Arbeit tun, ohne die Namen zu kennen? Hinter dem Datenschutz dürfen sich hier Betrüger verstecken, denn immerhin, Herr Kollege Březina, 15 bis 20 % der Unregelmäßigkeiten haben einen betrügerischen Hintergrund. Deutschland behindert auch die Ermittlungsarbeiten von OLAF vor Ort, etwa wenn es um Zollvergehen und Exporterstattungen geht. Wir fordern die Kommission auf, uns über jeden Mitgliedstaat und dessen Willen oder Unwillen zur Zusammenarbeit zu berichten, spätestens beim nächsten turnusmäßigen OLAF-Bericht.

Aus der Sicht unserer Fraktion muss die anstehende Reform der Rechtsgrundlage von OLAF vor allem dazu genutzt werden, die Arbeitsbedingungen von OLAF mit den Mitgliedstaaten zu verbessern. Ich möchte mich ganz herzlich bei OLAF selbst und bei den Mitarbeitern bedanken, die auf einem ganz schwierigen Feld tätig sind. Ich glaube, dass die Resultate des Amtes sich wirklich sehen lassen können. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass diese Resultate durch eine bessere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten besser sein könnten als sie es sind.

1-112

Szabolcs Fazakas, a PSE képviselőcsoport nevében. – Tisztelt elnök úr, tisztelt alelnök úr, kedves képviselőtársaim. Az Európai Parlament a Közösség pénzügyi érdekeinek védelmét egyik legfontosabb feladatának tekinti, hiszen minden más parlamenthez hasonlóan joga és kötelessége a kiadások ellenőrzése. Emellett, mivel Európa-szerte terjed az a nézet, hogy az EU-pénzekre nem vigyáznak eléggé, a közvéleménynek, választóinknak, az adófizetőknek is politikailag tartozunk ezzel.

Ezen törvényhozási és politikai kötelezettségeinket elsősorban a mentesítési eljárás során gyakoroljuk, de emellett évek óta rendszeresen jelentést készítünk az EU pénzügyi érdekeinek védelméről, a csalás elleni küzdelemről. Célunk ezzel nem szenzációkeltés vagy botrányokozás, hanem a helyzet objektív feltárása és a problémák megoldása.

Ezúton is gratulálni szeretnék Musotto képviselőtársamnak a mostani kiváló jelentésért, és szeretném kifejezni köszönetemet Siim Kallas alelnök úrnak és Hermann Brüner vezérigazgató úrnak az e területen is mutatott konstruktív együttműködésért.

Annak ellenére, hogy ezen magas szintű jelentések évről évre nagy elismerést váltanak ki, az európai intézményekben néha úgy érezzük, hogy szélmalomharcot vívunk, hiszen a jelentések megállapításai a Tanács ellenállásába ütköznek, így a Bizottság évek óta nem tudja megtenni a szükséges lépéseket.

A leggyengébb láncszemnek a tagállamok hozzáállását tartjuk, hiszen néhány tagországban – Grässle kolléganőnk éppen beszélt talán Németországról is ennek kapcsán – nem akarják tudomásul venni, hogy az EU-pénzek szabályszerű felhasználása és ennek ellenőrzése, valamint a hibás kifizetések visszatérítése milyen fontos feladat.

Különösen sajnálatosnak tartjuk, hogy a hozzáadottérték-adóval kapcsolatosan egyre inkább elterjednek Európa-szerte a „körhintacsálások”, olyannyira, hogy már összesített adatokkal sem rendelkezünk ennek összegére vonatkozólag, jóllehet egyes becslések az EU költségvetésének 35–40%-áról beszélnek. Itt az ideje, hogy e tekintetben is határozott lépéseket tegyünk az európai ügyek intézése és a közvélemény érdekében. Köszönöm szépen.

1-113

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Zabierając głos w imieniu grupy UEN w debacie na temat ochrony interesów finansowych Wspólnot Europejskich chcę zwrócić na następujące kwestie: po pierwsze na wyraźny wzrost kwot obciążonych nieprawidłowościami w odniesieniu do zasobów własnych - 328 mln euro w roku 2005 i 353 mln w roku 2006 w porównaniu z 212 mln euro w roku 2004 - i wydatków na działania strukturalne: 703 mln w roku 2006 w porównaniu do 601 mln w roku 2005.

Po drugie, na wyraźny spadek kwot obciążonych nieprawidłowościami w odniesieniu do wydatków na rolnictwo, tj. 82 mln euro w roku 2006 w porównaniu do 102 mln euro w roku 2005. Spadek ten zasługuje na szczególną uwagę w związku z tym, że wydatki na rolnictwo dotyczą ogromnej ilości beneficjentów, rolników, którzy często muszą sami podolać skomplikowanej procedurze rozliczeń otrzymanych środków finansowych.

Po trzecie, na uwagę zasługuje zawarte w raporcie ustalenie stwierdzające, że jedną z ważnych przyczyn powstawania nieprawidłowości w wydatkach budżetowych są skomplikowane zasady ich programowania oraz nieskuteczne metody kontroli i monitorowania.

Po czwarte, na podkreślenie zasługuje również domaganie się większej przejrzystości w wydatkowaniu środków.

Ważnym elementem tej przejrzystości jest zobowiązanie państw członkowskich do publikowania informacji o projektach i beneficjentach środków pochodzących ze wszystkich funduszy wspólnotowych.

1-114

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, de commissaris zei hetzelfde, het verslag heeft inderdaad een raakvlak met de kwijtingsoefening. Ook in deze zin is dit debat een opwarmertje voor de hoorzitting van volgende week met de commissarissen Špidla en Hübner. We kennen cijfers over de gemelde onregelmatigheden. Die zeggen natuurlijk niet alles, maar wel veel over de problemen die gemeld worden in de beleidsterreinen van de eigen middelen, de landbouw en de structuurfondsen. Het verslag meldt een totaal aan gemelde onregelmatigheden van 1,1 miljard euro en dit zit in stijgende lijn. We zitten opnieuw op het niveau van 2002, na betere cijfers in 2003, 2004 en 2005. Landbouw doet het relatief goed.

De knelsectoren zijn duidelijk de eigen middelen en de structuurfondsen: de eigen middelen voor 325 miljoen euro gemelde onregelmatigheden, de structuurfondsen voor 700 miljoen. Binnen die structuurfondsen vertegenwoordigen vijf lidstaten 84% van de gemelde onregelmatigheden. De geïnteresseerden kunnen in het verslag van collega Musotto lezen welke landen dit zijn. Het is toch wel zeer merkwaardig. Daarbij moet men bedenken dat in de periode vóór 2006 nog 1 miljard euro aan niet-ingevoerde middelen uitstond en ook dat de Rekenkamer zegt dat 12% van de structuurfondsen in 2006 niet hadden mogen worden uitbetaald. Dit is het kader waarin de huidige kwijting verloopt en dat baart ons veel zorgen. We zullen het daar nog over hebben.

Wat de eigen middelen betreft, wordt het probleem van de sigarettenfraude op een correcte manier wordt aangepakt. We hadden het akkoord met Philip Morris. Er is een nieuw akkoord met Japan Tobacco, dat veel geld zal opleveren en dat ook zal zorgen voor een vermindering van smokkel. Hét probleemterrein op het gebied van de eigen middelen ligt bij de BTW-carroussels. De cijfers worden genoemd: het gaat over gigantische bedragen, die in de miljarden euro's lopen. De studie van het Britse Hogerhuis scherpt dat nog aan. Ik ben blij dat ons Parlement dit aanpakt. De Commissie economische en monetaire zaken heeft al een hoorzitting georganiseerd en de Commissie begrotingscontrole doet dit op 4 of 5 mei. Ik hoop dat ik als rapporteur een even goed verslag over die BTW-carroussels zal kunnen afleveren als het verslag dat ik over de sigarettenfraude heb gedaan.

1-115

Derek Roland Clark, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Mr President, this report is a long catalogue of failure. It graphically illustrates how the amount of fraud, described as ‘irregularities’, is steadily rising and that attempts to deal with it are failing. It openly admits that fraud in 2006 in the areas of own resources – agricultural expenditure and Member States’ structural actions – totalled EUR 1 143 million. It was EUR 922 million in 2003, so in just four years fraud has risen by over EUR 200 million.

I would remind everyone in this institution that these are not meaningless sums of money, but taxpayers' money. The EU is funded by its citizens, including hard-pressed taxpayers in the UK. They deserve better than this for their money. Governments of all Member States should be saying 'enough' already, and these appalling figures provide all the more reason why the government of my country should honour its manifesto commitment to give the British people a referendum on the Lisbon Treaty.

1-116

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Bekanntlich ringt die Union seit Jahren darum, ihre Finanzen unter Kontrolle zu bekommen. Wir fördern Großunternehmen, die dann von einem Mitgliedstaat in den anderen ziehen, während Klein- und Mittelbetriebe leer ausgehen. Die Union scheint oft nicht einmal zu wissen, wen sie so alles fördert und wer sie beeinflusst. Da wäre meines Erachtens ein Lobbyistenregister längst überfällig.

Einen schalen Nachgeschmack hinterlässt auch die Vielzahl von Unregelmäßigkeiten, vor allem wenn sie in direktem Zusammenhang mit EU-Institutionen stehen. In diesem Zusammenhang ist das Einfrieren der EU-Gelder für Bulgarien bis zur Aufklärung der Korruptionsaffären ein wichtiges Signal. Und dann wäre da noch die Tatsache, dass einige Mitgliedstaaten offenbar wenig Interesse daran haben, zu Unrecht ausbezahlte Gelder wiedereinzuziehen. Wenn jetzt erst Verfahren aus den 90er-Jahren abgeschlossen werden, mahlen die Mühlen der Europäischen Union schlicht und einfach zu langsam!

1-117

Ville Itälä (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, haluan kiittää esittelijä Musottoa. Hän on tehnyt erittäin perusteellista ja hyvää työtä. Tämä mietintö on äärimmäisen tärkeä, ja petosten torjunta on asia, jonka osalta kansalaisten luottamus joko löydetään tai menetetään. Tässä mietinnössä on mielestäni kolme erittäin tärkeää asiaa, jotka tarvitsevat korjausta.

Ensinnäkin maatalousmenojen osalta ei voi olla niin, että muutama maa ei edes ilmoita tietoja. Saksa ja Espanja ovat tältä osin huonoja esimerkkejä, ja Saksa, joka ei ilmoita edes henkilöitä tai yrityksiä, joiden tiedot OLAF välttämättä tarvitsisi voidakseen puuttua näihin asioihin. Tämä on tietenkin asia, jota emme voi sallia, vaan kaikkien jäsenvaltioiden täytyy noudattaa yhteisiä sääntöjä. Jos muutama iso maa näyttää huonoa esimerkkiä, tilanne ei kovin hyvältä näytä.

Toinen tärkeä asia on se, että ilmoittaminen sääntöjen vastaisuudesta voi kestää jopa 39 kuukautta – yli kolme vuotta. Tämä aika on täysin liian pitkä eikä herätä luottamusta siihen, että jäsenvaltiot toimisivat riittävän valppaasti.

Kolmas asia, joka on varsin mielenkiintoinen ja tärkeä, on se, että tällä alalla esiintyy myös erikoistunutta ja järjestäytyneitä rikollisuutta. Tämä on jo niin vakava asia, että on ryhdyttävä kaikkiin toimenpiteisiin tällaisen rikollisuuden karsimiseksi.

Arvoisa puhemies, tämä on todella tärkeä mietintö, ja on ryhdyttävä kaikkiin toimenpiteisiin tilanteen parantamiseksi, jotta saavutetaan kansalaisten luottamus.

(Suosionosoituksia)

1-118

Herbert Bösch (PSE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzliche Gratulation dem Berichterstatter. Es ist nicht einfach, in ein so umfassendes Dossier neu hineinzugehen, und ich glaube, wir können stolz darauf sein, dass der Kollege Musotto diese Aufgabe so großartig gemeistert hat. Das können wir heute schon sagen, da es ja auch morgen keine Änderungsanträge zu diesem Bericht gibt. Auch das ist eine Auszeichnung für den Berichterstatter.

Zweitens: Es interessiert offenbar einen Teil der Haushaltsbehörde überhaupt nicht, was mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler passiert. Der Rat entzieht sich zum wiederholten Male seiner Verantwortung. Er fehlt einfach dann, wenn über die Verwendung europäischer Steuergelder diskutiert wird und Auswege aus problematischen Situationen gesucht werden. Aber wir haben gesehen — und da bin ich auch bei der Frage, wie es mit den Entlastungen in unserem Ausschuss weitergehen soll —, dass seit Jahren im Bereich der Agrarpolitik, wo man entschlossen gehandelt und Systeme entwickelt hat, um die direkten Ausgaben unter Kontrolle zu bekommen, die Misswirtschaft abgenommen hat.

Wir sehen, dass im Bereich der Strukturpolitik, wo man nichts getan hat, wo man seit Jahren zugeschaut hat, die Zahlen nach oben gehen. Dass wir, Herr Kommissar Kallas, bei der Entlastung für das Jahr 2006 ein Problem in diesem Bereich haben und von Ihnen erwarten, dass Sie tätig werden und nicht weiter zuschauen, ist seit Jahren ablesbar, das wiederholt sich in den Betrugsberichten seit Jahren.

Deshalb hätte ich ganz gerne — und das sagt auch der Berichterstatter, mit voller Unterstützung aller bisherigen Redner —, dass Sie zu den Staaten, die einfach so tun, als ob für sie die Regeln, die wir gemeinsam entwickelt haben, nicht gültig wären, sagen: O.K., wir stellen euch 10 % der Mittel in den Eiskasten. Wir bilden eine Reserve, und ihr bekommt das Geld wieder heraus, wenn ihr entsprechend gehandelt habt. Das ist eine ganz konkrete Forderung des Parlaments. Das heißt Aktion, nicht Aktionspläne. Das erwarten wir von der Kommission, dann sind wir mit Ihnen sehr zufrieden.

Nochmals Gratulation an den Berichterstatter.

1-119

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, like the other speakers, I would like to congratulate the rapporteur on what is a very important report.

I am prompted to take part in this debate because of the focus on agriculture. Other speakers have said that there has been an improvement in terms of the controls and inspections, particularly when it comes to money given to farmers, and there is now the transparency initiative to publish what farmers are getting.

One of the difficulties for those in the farming community is that they believe very often they are guilty until proven innocent. Obviously, none of us can or will condone fraud, and because there is fraud in the EU budget there is a very poor public perception of the European Union and how it accounts for the money collected. If the public understood the European budget better, they might clamour a little louder for us to be harder on fraud.

It is important to stress the difference between fraud and irregularities, of which many are discovered, because they are very different. We cannot punish ourselves for irregularities, but we should punish fraud against the Community budget. This is an issue involving the Member States – as the last speaker said – because all the Member States signed up to the European Union in good faith and have pooled resources in certain policies, and it is up to us to ensure that the money we have pooled is well spent and that there is no fraud against the public purse.

Member States which are light on fraud, and take a light-touch approach, need to be punished in some way, but it is very important that Member States that perform well in this area are not penalised. It is therefore important for the Commission to take action at Member State level.

I shall finish by reiterating the very important point that, on the farming side, there is now a very strong feeling among those who farm that they are sometimes guilty until proven innocent. That is unacceptable, and we therefore need to be careful to get the balance right.

1-120

Bart Staes (Verts/ALE). – Voorzitter, dank dat u mij opnieuw het woord geeft. Wie mij volgt in mijn politiek mandaat en mijn verklaringen, weet dat ik een kritisch politicus ben en dat ik ook heel kritisch sta tegenover de Europese Unie maar dat ik wel een zeer sterk pro-Europeaan ben. Ik kan dus de woorden van de heer Clark - die ondertussen de zaal al verlaten heeft - niet over mij heen laten gaan. De heer Clark gebruikt zoals alle Euro-sceptici altijd halve waarheden, hele leugens, een heleboel simplismen. Hij heeft het bijvoorbeeld in zijn toespraak gehad over een aantal miljoenen fraude, terwijl in het verslag duidelijk staat dat het gaat over onregelmatigheden. Dus hij vervangt stevast het woord onregelmatigheden door fraude. Dat is onkies, want dat staat niet in het verslag.

Twee, hij doet alsof al het onheil dat over ons heen komt, vanuit de Europese Unie komt. Ik wil de heer Clark eens vragen om dat verslag van het Britse Hogerhuis over BTW-carrouzels te lezen. Dan zal hij zien dat zijn eigen autoriteiten er niet in slagen om die BTW-fraude een halt toe te roepen. Het gaat over een fraude van 3,5 tot 4,5 miljard pond per jaar. Dat is meer dan 10 miljoen pond per dag! Dat is beduidend meer ...

(De spreker wordt onderbroken door de Voorzitter)

1-121

Dumitru Oprea (PPE-DE). – Felicitări pentru raportul domnului Musotto. Consider că multe dintre neregularitățile din perioada 2003-2006 ar avea suportul schimbării regulii de prezentare a programului-cadru 6, de exemplu, față de cadrul 5. În cadrul 5, partea B era anonimă și se sancționa orice trimitere la țară și la cel care se află în spatele proiectului. În cadrul 6 și 7 a dispărut anonimitatea. În cadrul 8 este posibil să nu se mai apeleze la acest sistem de servire dinaintea a proiectelor?

1-122

Ingeborg Gräßle (PPE-DE). – Herr Präsident! Vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, noch einmal zu sprechen. Ich möchte mich beim Kollegen Bösch bedanken, nicht nur für das Lob an unseren Berichterstatter, sondern auch für seine Fairness und seine Hilfe. Kollege Bösch hat ja den Betrugsbericht über viele Jahre bearbeitet. Jetzt haben wir diese Ehre, und ich glaube, dass es ein ganz starkes Zeichen des Haushaltskontrollausschusses war und ist, dass wir hier einig antreten.

Wir haben die ganze Angelegenheit auf die Mitgliedstaaten zugespitzt. Die Kommission sollte auch die Botschaft mitnehmen, dass wir ihr helfen wollen, ihre Unklarheiten mit den Mitgliedstaaten zu beseitigen. Wenn man die Zahlen zum Thema Wiedereinzahlung betrachtet, dann hat man es mit einer bunten Meinungsvielfalt zu tun. Deswegen führen wir im laufenden Entlastungsverfahren ja auch diese Diskussion. Deswegen möchte ich die Kommission wirklich bitten, doch den Mut zu haben, es auch zu sagen, wenn sie bestimmte Dinge nicht weiß, damit wir ihr helfen. Denn ich glaube, dass wir, wenn wir gemeinsam an diesem Thema arbeiten, auch gemeinsam Erfolg haben. Nochmals ganz herzlichen Dank an den Kollegen Bösch!

1-123

Siim Kallas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their comments on this report. We consider the report to be very focused and constructive. I have just two remarks on an issue raised by very many of you – namely, what is irregularity, what is fraud, and how should one approach recovery?

I can say that we have had one preliminary meeting with the relevant people at the Court of Auditors, and tried to harmonise the understanding of what is what. That will probably also help in all our future debates on discharge, and of course all the three reports – including the next one – are all very closely interrelated.

Secondly, I have raised this issue with the Council Presidency, and asked it to consider this parliamentary report during its proceedings, by which I mean to discuss this document within the framework of Ecofin. I hope it will do that. We will definitely, after the vote on this report, when it becomes an official document, also try to initiate this discussion in the Council, including at the level of the relevant subcommittees.

1-124

Francesco Musotto, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei innanzitutto ringraziare tutti i colleghi per le parole rivoltemi e in particolar modo l'on. Bösch, il cui lavoro precedente ha costituito anche la base per costruire questo mio rapporto.

Vorrei sottolineare alcuni elementi. Fondamentalmente questa sintonia con il Commissario Kallas, in particolare per quel che riguarda – che è un impegno che ha preso la Commissione – la semplificazione dei meccanismi normativi che presiedono all'erogazione delle fonti finanziarie. Ha sottolineato un aspetto importante: più difficoltà ci sono, più complicazioni ci sono, più difficile lettura c'è di queste norme, più la criminalità organizzata, soprattutto, e tutte le forme di illegalità si possono insinuare in questi spazi bui. Quindi la semplificazione – e vorrei dire anche in più – l'avvicinamento da chi eroga le somme finanziarie a chi poi sono i beneficiari è un altro meccanismo di chiarezza, di trasparenza, di facilità di comprensione di tutto questo.

Il problema del recupero è un problema reale. I tempi sono troppo lunghi, la capacità di sanzionare chi froda la Comunità europea deve essere garantita da forme di fideiussione, da forme di garanzie come si possono applicare attraverso le banche. Si devono trovare indubbiamente delle forme per poter fare in modo di garantire l'erogazione e garantire soprattutto la possibilità di recuperare queste somme e quindi l'agevolare, il migliorare e il facilitare quelli che sono i tempi.

Noi riteniamo di aver fatto un lavoro – con la collaborazione di tutti e con la voglia e l'impegno politico di tutti i colleghi – fondamentale. E' indubbio che la collaborazione, la disponibilità, la voglia di frenare questo fenomeno estremamente dannoso per la Comunità europea è un fatto estremamente e solamente politico.

Indubbiamente l'assenza del Consiglio non agevola tutto questo perché la sua presenza sarebbe stata anche la possibilità di sapere cosa ne pensa il Consiglio. Ma il Parlamento attorno a questi principi è assolutamente solidale e unito, e quindi riteniamo di aver costruito un fatto positivo che ben ci fa sperare per il futuro.

1-125

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 19 febbraio 2008.

Dichiarazioni scritte (articolo 142)

1-126

Edit Herczog (PSE), *írásban*. – Tisztelt elnök úr, tisztelt képviselőtársaim! Gratulálok a jelentéshez, amely rávilágít a közelmúlt sikereire, de néhány szomorú hiányosságra és régi adósságra is.

Számomra a jelentés időszerűségét az adja, hogy Magyarországon már döntés született egy hamisítás elleni nemzeti testület felállításáról. A testület elsősorban koordinációs feladatokat lát majd el a Magyar Szabadalmi Hivatal, az egyéb kormányzati szervek és a gazdasági élet szereplői között, többek között az uniós adatszolgáltatásokkal kapcsolatban is.

Hosszú és eredménytelen harcra kell berendezkednünk. A tudás – akár védett, akár köztulajdon – egyre általánosabban elérhető. Egy szobában kiállított autót a szomszéd szobában 5 percbe telik lemásolni. Az eredmény nem lesz rosszabb, csak olcsóbb: nekünk kell meghoznunk azt a döntést, hogy mégis a drágább árut vesszük meg. Hogy fizetünk a szellemi teljesítményért, az innovációért akkor is, ha megtehetnénk, hogy a mögöttes, a hozzáadott értékkel nem rendelkező terméket, szolgáltatást választjuk.

Ehhez nagyfokú tudatosság és elkötelezettség szükséges. Nem várhatjuk, hogy az egyes polgárok maguk ismerjék fel ezeket az összefüggéseket és értékalapú döntéseket hozzanak, ha a szabályozók, az államok szintjén nem vagyunk képesek ugyanezre.

Különösen fontos, hogy az uniós pénzek felhasználása körüli visszaéléseket a hibahatár alá szorítsuk: az ilyen csalások az Unió egészségét nevétséges fényben tüntetik fel, amikor uniós pénzt Unió által kinyilvánított célok ellenében használnak fel.

1-127

23 - Mutua assistenza e collaborazione tra le autorità amministrative degli Stati membri e la Commissione nell'applicazione delle normative doganale e agricola (discussione)

1-128

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Bill Newton Dunn, a nome della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante modifica del regolamento (CE) n. 515/97 del Consiglio, relativo alla mutua assistenza tra le autorità amministrative degli Stati membri e alla collaborazione tra queste e la Commissione per assicurare la corretta applicazione delle normative doganale e agricola (COM(2006)0866 – C6-0033/2007 – 2006/0290(COD) (A6-0488/2007).

1-129

Siiim Kallas, Vice-President of the Commission. – Mr President, this third report is very much linked to the two previous ones. Council Regulation (EC) No 515/97 on mutual assistance between the administrative authorities of the Member States and cooperation between the latter and the Commission to ensure the correct application of the law on customs or agricultural matters is a very important piece of legislation dating back to 1997, when we had 15 Member States.

It was essential to propose an amendment to Regulation (EC) No 515/97 in the light of developments in the last decade, technological progress, successful experience with joint customs operations coordinated in Brussels, and the enlargement of the Union to 27 Members.

I would like to pay tribute to the rapporteur, Mr Newton-Dunn, for the way he has guided this proposal through Parliament. I would also like to thank Mr Audy, who drafted the opinion. The two committees, IMCO and COCOBU, worked closely together using the enhanced cooperation mechanism. Their excellent work has enabled a compromise to be brokered between the various political actors. Thanks to the constructive approach of Parliament, a first-reading adoption of this legislation can now be achieved.

Customs authorities apply controls on goods entering and exiting the Community based upon a common risk management framework, including the use of random checks. In this context, their task is generally not limited to the enforcement of customs legislation: they also apply Community law in the fields of VAT, excise and agricultural legislation.

I also note that the issue of the fight against VAT fraud and the need for closer cooperation between the Member States and the Commission is strongly emphasised in the Musotto report which we have just discussed.

For this reason, it is crucial that customs authorities and the Commission are allowed to exchange VAT information. In the case of certain types of data, the new Article 2a makes such an exchange of information possible.

The Commission regards this as the first step in the direction of closer cooperation in the field of the protection of the Community's financial interests against VAT fraud.

1-130

Bill Newton Dunn, rapporteur. – Mr President, I thank the Commissioner. I believe this should be a very uncontroversial proposal by the Commission. As the Commissioner said: enlargement, more Member States, new technology, new equipment, computers. We need updated Commission legislation to allow good cooperation across internal borders in the Union against the bad guys – the organised criminals and so on.

I talked to the director of a major Anglo-Dutch company last week and he says that he finds organised crime is increasing and – I use the word which he used – ‘exponentially’, increasing incredibly fast, and yet the Member State governments do nothing about it, because the public does not know the full picture and does not push the governments, so they say, ‘Well, don't worry, everything is okay’. We have a serious problem. So we need this proposal from the Commission, and everybody should agree and it should go through.

There should be nothing more for me to say, but actually there is a whole story to tell you, Mr President, which I would now like to do. To my amazement, my own Member State, the UK, threw in a veto in the Council of Ministers, saying that they would not agree to this. They did not tell me, though I am British, and from the same Member State. Not a single Labour MEP from the Labour Government in London tabled an amendment to anything, but they chose my good Conservative friend, Christopher Heaton-Harris, a very honourable man, who is going to speak, to pick up the Labour Government's objection and he tabled an amendment, which is slightly weird, but I wish Chris good luck; he is entitled to do that. But what was the Labour Party doing in all this? So, I thought, this is very strange, and there are a lot of other British objections and vetoes and opt-outs going on in lots of different policy areas, so I thought I would investigate what the overall UK policy was on all these directives that they are opting out of, what was going on?

I went to OLAF, which deals with fraud in the EU, as we know. OLAF tells me that the UK refuses to cooperate with it, even though the UK loses billions on VAT carousel fraud. London says, 'If we give OLAF a finger, they will take our whole arm, so we are afraid, and we will not cooperate'. This is very weird, so I made further enquiries in London. How does this work? And I am told this is what happens: the Commission makes a proposal, then a junior official in the appropriate government department in London has to write a briefing paper to recommend what the Government should do about it. He is very careful; he is a bit nervous; he does not know what to do, so he says, 'We must not do anything about this. I recommend great caution. I do not think we should approve. Perhaps we should even opt out'. And his careful paper – because he wants to be promoted and not sacked – goes up the tree in his department, and officials who are busy doing other things say 'okay' and tick it. Other government departments asked for their opinion do not know either, so they say, 'It seems okay to us'. It goes finally to a cabinet committee chaired by our Foreign Secretary – and he has a million other things to think about – and so it gets rubber-stamped. So, suddenly, the Government's position in London is negative, cautious, in favour of an opt-out: 'We do not understand. We do not really know what is going on'. Very strange indeed!

So what happens next? Well, back to the Committee on the Internal Market and Consumer Protection in the Parliament. The blockage in the Council has meant that I have attended several informal tripartite conciliations with the Council, first of all led by the Portuguese, now led by the Slovenes, in both cases excellently. And, although no UK official has ever briefed me about anything, and I was therefore the only British person present at the conciliation, even though the British Government apparently has a veto situation on this, it went through.

Finally, the Commission and the Council have found a form of words which has enabled the British objection to be got round, or overcome, or whatever words you like to use. So the amendments before the Parliament, for voting tomorrow, were all approved by the IMCO Committee and I hope very much that Parliament will vote for them tomorrow. But what is going on in London, Mr President, I just do not understand.

1-131

Véronique Mathieu, *rapporteur pour avis de la commission du contrôle budgétaire*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, mon collègue Jean-Pierre Audy, qui est rapporteur pour avis au nom du contrôle budgétaire, ayant eu un empêchement de dernière minute, je m'exprimerai ici en son nom.

La bonne application des réglementations douanières et agricoles joue un rôle déterminant dans le bon fonctionnement du marché intérieur. C'est un dossier essentiel au regard de la protection des intérêts financiers de la Communauté, mais également des intérêts financiers des agents économiques européens et des citoyens.

Le fichier d'identification des dossiers d'enquêtes douanières permet une coordination plus efficace entre les différents services des États membres et de la Commission. Une partie des amendements est destinée à transposer les propositions de la Cour afin d'augmenter l'utilité de ce fichier.

Le rapporteur pour avis partage les inquiétudes de la Cour au sujet de l'approche intégrée dans la gestion des différentes bases de données concernant la lutte antifraude, mais considère que cette discussion va au-delà du présent règlement et devrait être menée dans un contexte différent.

Jean-Pierre Audy, le rapporteur pour avis, soutient les propositions de la Commission qui ont pour objectif de promouvoir la valeur ajoutée de la coopération au niveau européen, notamment le répertoire européen des données et la plate-forme de services. À défaut d'un cadre juridique plus homogène, une approche de plus en plus cohérente à moyen terme pourra être assurée grâce à l'échange des meilleures pratiques.

Quant au financement, Jean-Pierre Audy, le rapporteur pour avis, tient à souligner que les dépenses doivent être clairement identifiées afin d'éviter des chevauchements entre cette proposition et d'autres instruments, par exemple le programme Hercule II.

Finalement, le rapporteur pour avis souhaite sauvegarder la procédure législative pour la décision sur d'autres systèmes de communication et d'échange d'informations, y compris l'avis obligatoire de la Cour des comptes, au lieu d'appliquer la procédure de comitologie.

1-132

Christopher Heaton-Harris, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Mr President, I would like to start by thanking Mr Newton Dunn, another honourable Member of this institution, for eloquently painting the picture of how EU matters are dealt with – or how he believes they are dealt with – in London.

Perhaps I can explain what was going on in London and why they came to a Conservative Member of the European Parliament rather than go to a Labour MEP, or indeed to himself. Actually, I think they should have gone to him, and I cannot believe they did not. He might not believe me, but I had more contact with the current Presidency-in-Office than I did with anybody from London or the British civil service.

But perhaps it was just the fact that this young civil servant he described had forgotten to read the newspapers and believed that the general election had been called in October, that my party had won it and that the Prime Minister had not dithered, and that, therefore, he was dealing with a member of the Government party.

Alas, that is not the case. But I do understand what he says about London being concerned about giving OLAF a finger and it taking an arm. This actually goes back to the structure of OLAF itself, to the wise men's paper back in 1999, and the fact that OLAF is simply not independent of the Commission – something that will be addressed in the future.

There were other problems with this particular dossier: the fact that VAT was being dragged between pillars, possibly – and we needed to get legal advice on that – and the fact that much of this information is already exchanged electronically. The British Government did believe – and I can see from reading between the lines how it came to that conclusion – that it would need a permanent coordination unit and would need to second people to this, therefore having lots of people in a place rather than just exchanging information electronically.

However, there is no problem with the amendments. There is no problem with the debate. This should go through very quickly, and I hope it does.

1-133

Presidente. – Grazie, onorevole Heaton-Harris. Adesso che a Londra è tutto chiaro, anche l'Europa è più tranquilla.

1-134

Catherine Neris, au nom du groupe PSE. – Monsieur le Président, chers collègues, je tiens à féliciter le rapporteur pour son excellent travail et pour sa collaboration sur ce dossier particulièrement sensible.

À l'heure où les échanges commerciaux avec les pays tiers, comme au sein de l'Union, ne cessent d'augmenter, l'ouverture croissante des marchés et l'accroissement du négoce représentent un des facteurs de développement de l'Europe pour les années à venir. La suppression progressive des barrières qui circonscrivaient l'Espace économique européen ouvre toutefois la porte à un ensemble d'opérations frauduleuses qui menacent la viabilité du marché intérieur et dont les premières victimes sont à dénombrer parmi les producteurs communautaires et, par extension, parmi les consommateurs européens. Ce problème est particulièrement saillant dans le secteur agricole, dont l'indispensable système d'aide financière et de solidarité vis-à-vis de ses paysans attire la convoitise de la petite comme de la grande criminalité internationale.

Dans ce contexte, face aux carences des outils de contrôle actuels, l'Europe s'apprête à se doter d'une nouvelle réglementation, qui devrait notamment permettre un meilleur partage des données entre États membres en ce qui concerne les mouvements des marchandises et les enquêtes en cours dans les différents pays de l'Union. Je me réjouis du compromis trouvé avec le Conseil, qui permet aujourd'hui de disposer d'un texte équilibré, dont les termes seront soumis demain au vote des membres du Parlement européen. Tout en protégeant les éléments de la vie privée, il devrait conduire à une meilleure efficacité des procédures de surveillance, à une meilleure coordination des actions menées entre chacun des États membres.

Dans le domaine des contrôles douaniers comme ailleurs, je suis convaincue que l'Europe ne pourra se faire qu'à travers une plus grande convergence de nos efforts et par une mise en commun de nos ressources respectives, afin d'apporter à nos concitoyens le niveau de protection auquel ils aspirent. En ce sens, l'amélioration des mesures de lutte contre les fraudes ne pourra se faire sans le maintien en parallèle d'un niveau conséquent de régulation, indispensable pour conserver en amont une gestion saine et efficace des échanges commerciaux dans l'Union, comme vis-à-vis des pays tiers.

1-136

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, I rather enjoyed the remarks by my eminent colleagues from the UK and their storytelling about how things are done in the UK. I think we should write that down and translate that into many languages, because I think it happens in many Member States that junior officials have a dossier and prepare various reports on it. I think we should not point the finger at the junior official but rather at the department that allows that to happen.

I would just like to put to the House that there are concerns about the UK and Ireland – and maybe the Commission can update me, if there is an update about this particular issue – because, while there is support for the principle of mutual assistance between the customs authorities, I think that both Member States, Ireland and the UK, have reservations on the exchange of information between these authorities on the use of VAT numbers in Article 2a(f) and contend that the exchange of information using VAT numbers is de facto, the exchange of fiscal information falling outside the scope of the proposed legal base. So perhaps there could be a comment on that.

1-137

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. – Mr President, I also enjoy seeing how things are debated in the UK. However, I can assure you, with regard to what had just been said, that this does not happen only in the UK.

I have met several chiefs of finance, and several ministers, and promoted the idea of mutual administrative assistance, and can state that this reluctance is not just limited to the United Kingdom. It has been viewed as a suspicious matter, but I can assure you that there are no grounds for this kind of suspicion. As an investigative body within the Commission, OLAF can only provide a platform for cooperation, and it is absolutely clear that value added tax fraud can only be fought in cooperation between Member States and the European Commission, because, basically, major fraud can only happen cross-border.

So there is a real need for better cooperation, and to exchange information. I cannot comment on the last question, as to the substance of the information. We are only talking about smoothing the fight against value added tax fraud, which is a major type of fraud. That would indeed be the case, and I am very happy to hear the opinion being clearly expressed that Parliament would support this legislative proposal in the form proposed.

1-138

Bill Newton Dunn, rapporteur. – Mr President, I should like to thank everybody who spoke in the debate. To the very perceptive comment from Ms McGuinness, representing Dublin, I would say: when she said this is widespread and should be written down, she probably is aware that there was a very famous TV programme about 15, or even 20, years ago in the UK called *Yes, Minister*, in which the minister, who was a bumbling idiot, imagined he was in full control and was eventually promoted to Prime Minister. But the words ‘Yes, Minister’ were actually the words of his civil servants, who were telling him what to say and what to do – ‘Yes, Minister. No, Minister. Of course, you are all-powerful, Minister.’ But it was the civil servants who were in control.

This was happening 20 years ago and, clearly, it is still happening today. And it is happening all over Europe, which is very interesting. So perhaps we need an updated European programme – *Ja, Herr Minister* or *Sí, Señor Ministro*. But perhaps scriptwriters could actually entertain us with a new programme on the same theme, because the old truths remain as true as ever.

1-139

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 19 febbraio 2008.

Dichiarazioni scritte (articolo 142)

1-140

Bogdan Golik (PSE), na piśmie. – Dwa ostatnie rozszerzenia zdecydowanie wydłużyły zarówno lądowe, jak i morskie granice Unii Europejskiej. Sytuacja ta wymaga zacieśnienia współpracy między państwami członkowskimi oraz pomiędzy państwami członkowskimi a Komisją, a także koordynacji i spójności działań służących walce z międzynarodową przestępczością gospodarczą i finansową. Zgadzam się ze sprawozdawcą, iż w działaniach tych nie należy jednak zapominać o roli państw trzecich i w pełni popieram przekazanie Komisji odpowiednich uprawnień do dostarczenia pomocy technicznej oraz szkoleń dla oficerów łącznikowych z krajów trzecich, z organizacji i agencji europejskich i międzynarodowych. Z zadowoleniem przyjmuję propozycje usprawnienia procedur przekazywania państwom trzecim danych uzyskanych od innego państwa członkowskiego. Jestem przekonany, że proponowane zmiany pozytywnie wpłyną na ograniczenie nadużyć finansowych.

Chciałbym zwrócić uwagę na zapis artykułu 18a mówiący o stworzeniu i zarządzaniu przez Komisję zbiorem danych, które mają pomóc w wykrywaniu przesyłek, jakie mogą stanowić przedmiot działań niezgodnych z przepisami prawa celnego i rolnego. Uważam, że w punkcie tym powinien pojawić się konkretny zapis umożliwiający właściwym władzom każdego państwa członkowskiego dostęp do omawianego zbioru danych, jeśli zwrócą się do Komisji z takim wnioskiem. W obecnej formie artykuł mówi o "pomocy" właściwym władzom.

1-141

24 - Codice doganale comunitario (discussione)

1-142

Presidente. – L'ordine del giorno reca la raccomandazione per la seconda lettura della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori relativa alla posizione comune definita dal Consiglio in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce il codice doganale comunitario (Codice doganale aggiornato) (11272/6/2007 – C6-0354/2007 – 2005/0246(COD)) (Relatrice: Janelly Fourtou) (A6-0011/2008).

1-143

Janelly Fourtou, rapporteur. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous voici arrivés à la fin de trois années de travail, et je me réjouis du chemin accompli sur les points importants de ce dossier.

L'union douanière est un fondement de l'Union européenne et un élément essentiel du fonctionnement du marché intérieur. Le code des douanes communautaire actuel, conçu dans les années 1980 et entré en vigueur dans les années 1990, est

dépassé. Aujourd'hui, les services douaniers font face à de nouveaux défis. En 2007, les échanges mondiaux avoisinaient les 16 billions de dollars, soit 31 % du PIB mondial, et, à elle seule, l'Union européenne intervient pour 20 % dans le volume total des importations et des exportations mondiales.

Les douanes doivent donc garantir le flux des échanges, tout en effectuant les contrôles nécessaires, et en veillant à protéger la santé et la sécurité des citoyens de la Communauté. Pour parvenir à un bon équilibre, les méthodes de contrôle doivent être modernisées et la coopération entre les différents services et les opérateurs économiques renforcée.

Il faut également adapter ce code aux autres changements radicaux survenus dans l'environnement du commerce international, en raison notamment du recours croissant et irréversible aux technologies de l'information et à l'échange des données électroniques. Ce volet particulier a d'ailleurs fait l'objet d'un rapport de mon collègue Christopher Heaton-Harris, adopté en décembre dernier par notre Assemblée.

La première lecture du code des douanes modernisé a été adoptée le 12 décembre 2006 et la Présidence allemande est parvenue à obtenir un accord politique le 25 juin 2007. En première lecture, le Parlement européen avait adopté 51 amendements, 34 d'entre eux, la plupart essentiels, ont été repris en totalité ou en partie dans la position commune du Conseil.

Les points épineux du dossier étaient l'opérateur économique agréé, le droit de représentation en douane, le dédouanement centralisé et la comitologie. Le concept d'opérateur économique agréé, directement lié aux événements du 11 septembre, a été introduit par le règlement dit "amendement de sécurité" afin d'accroître les facilités pour les opérateurs en compensation des charges nouvelles liées à la prise en compte de la dimension sécuritaire.

Notre rapporteur est satisfait de la reprise de l'idée développée par le Parlement lors de la première lecture de différencier deux types d'autorisations: simplification douanière, d'une part, sécurité et sûreté, d'autre part. Cette solution pragmatique tient compte des différents besoins des opérateurs économiques.

Concernant le droit de représentation en douane, l'émotion était grande dans les pays où la profession était particulièrement bien implantée. Si le Conseil n'a pas repris exactement les propositions du Parlement, il s'est quand même basé sur l'idée d'associer représentant en douane et opérateur économique agréé, comme nous le souhaitions.

Notre rapporteur estime que le Conseil est arrivé à un bon compromis. Qui plus est, cette solution satisfait les associations de représentants en douane, qui ont pourtant perdu leur monopole dans certains États membres.

Quant au dédouanement centralisé, autre grande nouveauté, le Conseil a introduit un nouvel article, l'article 106, estimant qu'il était préférable, par souci de logique et de transparence, d'intégrer dans un article unique toutes les dispositions du code liées à ce concept.

Dorénavant, tous les opérateurs économiques peuvent bénéficier du dédouanement centralisé sur le territoire d'un même État membre. Pour en bénéficier dans plusieurs États membres, il leur faudra répondre aux critères du statut d'opérateur économique agréé.

Enfin, parmi les grandes avancées de ce dossier, nous pouvons également nous féliciter de l'extension de la procédure de comitologie avec contrôle à 44 des dispositions du code des douanes modernisé.

C'est donc pourquoi je demande au Parlement européen de soutenir la position commune du Conseil, sans aucun amendement.

1-144

László Kovács, Member of the Commission. – Mr President, after more than two years of active interinstitutional work, we are now very close to the completion of the codecision procedure on this proposal, thanks in particular to the commitment of Ms Fourtou and the support of the members of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection.

I am very pleased that the legal framework for a future-oriented reform of European customs will – hopefully – be in place this year, which marks the 40th anniversary of our Customs Union. That will provide encouraging impetus for the work that still lies ahead of us.

The customs union is usually presented as an 'old' pillar of the Community. It cannot, however, be reduced to a simple legacy of the past. It is in operation today – and not just to ensure the collection of own resources. More and more, customs administrations, legislation and procedures will secure the internal market, contribute to consumer protection, support the external aspects of common policies and, at the same time, contribute to the facilitation of our international trade. To this

end, customs legislation will evolve to respond to major changes and challenges, inside and outside the Union, and resort to the most effective rules and efficient techniques.

What will modernisation of the Community Customs Code actually mean?

First, better customs regulations, including simpler and streamlined rules and procedures, clarifying the rights and obligations of economic operators and guaranteeing their more uniform treatment, while providing for an equivalent level of security and safety.

Second, a progressive computerisation of all customs formalities, with a view to a completely 'paperless' environment for customs and trade, whose development will be supported and framed by the e-customs Decision (No 70/2008/EC) of the Parliament and of the Council, adopted on 15 January 2008.

These changes include interoperability between national computerised customs systems. They will allow, in particular, customs clearance of goods at the place of establishment of the declarant, irrespective of the place of entry into, exit from or supply within the Community of those goods – so-called 'centralised clearance'. They will also permit an exchange of data elements, in real time, between customs authorities, in order to perform risk analysis and improve controls within the framework of common risk management.

By supporting the Commission's proposal at first reading, Parliament has acknowledged the essential contribution of this legislative initiative to the Lisbon strategy for growth and jobs. The Council common position of October 2007, which incorporates most of the amendments adopted by Parliament at first reading, is considered by the Commission to be a well balanced compromise.

The Commission therefore welcomes Ms Fourtou's report recommending approval of the common position without amendment.

1-145

Christopher Heaton-Harris, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Mr President, firstly I would like to thank Ms Fourtou. I am always in awe of her grasp of the detail in this very complex matter.

The Modernised Customs Code, as the Commissioner has heard me say before, is an amazingly boring but ever so important piece of law from the Commission. In 1975, when the United Kingdom voted in a referendum that we should actually be having now (a referendum on the Lisbon Treaty) – a referendum to come into this club – we thought we were voting to come into a free-trade area. What people got was, in fact, a customs union, and since I have been here I have been working hard on this particular report, because getting this Customs Code right and modernising it correctly is possibly the most important thing we can do until the whole thing is rejuvenated, as the Commissioner said, within the system of e-customs, making trade much more easy and duty collection much more simple across the Union.

However, as with all things European, we do not move forward as quickly as some of us would like – if we move forward at all. There are still barriers that are contained within this text. Some are pretty much built-in, until there is a complete wipe-clean of the slate and we start all over. What is an Authorised Economic Operator? What qualification should customs representatives – or AEOs, as they are known – have? Could these be used in the future as barriers to stop people coming into the business as start-ups, or indeed existing businesses running in Europe spreading across the rest of it?

This Modernised Customs Code is actually a very good document, on balance, but it could have been very much better as well. Alas, we have to compromise in this House a little too often, but I hope that, on balance, this will be good for the continent of Europe.

1-146

Manuel Medina Ortega, *en nombre del Grupo PSE*. – Señor Presidente, creo que el código aduanero comunitario, en la forma en la que ha sido presentado por la Comisión y debatido por el Parlamento y el Consejo, ha recorrido un procedimiento ejemplar. Nuestra ponente, la señora Fourtou le ha dedicado una enorme cantidad de trabajo y al final, como casi siempre, el Parlamento, el Consejo y la Comisión nos hemos encontrado de acuerdo en el texto final que vamos a aprobar.

Creo que, como ha dicho antes el señor Heaton-Harris, la Unión Europea es, sobre todo, una unión aduanera, con lo cual el código aduanero es un importante elemento para su funcionamiento. Sin embargo, el servicio de aduanas en cuanto tal no funciona como una actividad totalmente libre, es una actividad en la que hay una gran intervención de la administración pública, ya que hay determinados bienes y valores que nos afectan a todos. Estamos hablando del contrabando y, en algún caso, de contrabandos tan peligrosos como el contrabando de armas, el de drogas e, incluso, los controles de salida de capital.

Por tanto, es lógico que el código aduanero comunitario recoja las limitaciones normalmente existentes en cada uno de los Estados miembros y trate de armonizar. Creo que los puntos de discusión que teníamos al final han sido satisfactoriamente resueltos, en primer lugar, con el doble concepto del derecho de representación en aduanas y del operador económico autorizado, la idea de que haya dos figuras, que son teóricamente distintas, pero que pueden coincidir y se pueden armonizar. Creo que la solución adoptada es una solución bastante buena y bastante correcta.

El Comisario Kovács ha insistido en el concepto del despacho de aduanas centralizado, en la medida en que la unión aduanera constituye una unidad. En efecto, no tiene sentido que existan diferencias en los diversos puntos aduaneros. Creo que la solución es una solución buena, práctica y que permitirá que funcionemos de una manera adecuada.

Por último, el último aspecto que conviene mencionar es el procedimiento de la comitología. En este momento, tanto la Comisión como el Consejo han reconocido la importancia de la participación del Parlamento en este procedimiento. El acuerdo al que se ha llegado permite que, de las 28 disposiciones con respecto a las cuales se aplicaba este procedimiento con participación del Parlamento, pasemos ahora a 44 disposiciones, es decir, que el Parlamento estará en condiciones de intervenir cada vez más de una manera eficaz en el desarrollo de las disposiciones del código aduanero.

En definitiva, señor Presidente, agradezco a la señora Fourtou el trabajo y también al señor Comisario el esfuerzo que ha hecho por recoger las propuestas del Parlamento.

1-147

Othmar Karas (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Die Europäische Union ist zweifelsohne viel mehr als eine Zollunion. Wir werden auch durch die heutige Diskussion und den morgigen Beschluss nicht auf eine Zollunion reduziert. Trotzdem ist die Zollpolitik an den Außengrenzen ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit der Europäischen Union und eines funktionierenden Binnenmarktes.

Der ÖVP-Europaclub im Europäischen Parlament begrüßt den Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung des modernisierten Zollkodex der Gemeinschaft. Warum? Weil das Zollverfahren verschlankt wurde, weil die Grundlage für einfachere, schnellere, gemeinsame Zollabwicklungsverfahren an der Außengrenze geschaffen wurde, weil den radikalen Änderungen des Umfelds, in dem der internationale Handel stattfindet, z.B. der Informationstechnologie, der elektronischen Daten usw., Rechnung getragen wird, weil Zollvertreter klar definiert und klaren gemeinsamen Kriterien unterworfen werden, weil die berufliche Zuverlässigkeit gestärkt und die notwendige Sachkenntnis gefordert wird.

Diese Verordnung stärkt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union. Sie schafft mehr Gemeinsamkeit, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass alle Änderungsanträge des Parlaments vom Rat übernommen wurden. Für mich bleibt eine einfachere, eine schnellere, eine gemeinsame Abwicklung, und das ist gut für die Unternehmen und die gesamte Europäische Union.

1-148

Andreas Schwab (PPE-DE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die Berichterstatterin und natürlich an unseren Schattenberichterstatter, die bei einem sehr technischen Dossier wertvolle Arbeit geleistet haben.

Mit dem neuen Zollkodex werden ja der bestehende Kodex und die auf ihn Bezug nehmenden Verordnungen durch einen modernisierten Kodex ersetzt, die bestehenden Zollverfahren verschlankt und die Grundlagen für zugängliche interoperable Zollabwicklungsverfahren auf der gesamten europäischen Ebene geschaffen. Das begrüßen wir sehr, denn es heißt für Unternehmen konkret eine Anpassung an die heutige Entwicklung der Informationstechnologie und eine schnellere und sicherere Abwicklung der zunehmenden Mengen an Gütern, die die EU-Grenzen passieren.

Unternehmerverbände und Handelskammern haben am Anfang zu Recht vor überbordender Bürokratie im Rahmen von EU-Sicherheitsinitiativen gewarnt, die aus den Vereinigten Staaten von Amerika herübergeschwappt sind, und wir haben mit den Beratungen im Parlament und auch einem intensiven Kontakt zu den Stellen der Kommission, denen ich dafür ausdrücklich danke, am Ende eine relativ solide, unbürokratische Lösung gefunden.

Ein wichtiger Punkt für Unternehmen, der nun umgesetzt wird, ist die Etablierung der zentralen Zollabwicklung im Rahmen eines *Single Point of Contacts*. Wir konnten uns außerdem mit der Forderung durchsetzen — und darauf bin ich sehr stolz —, dass der Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten am Ende wirklich ein privilegierter Status ist, der nur den Wirtschaftsbeteiligten zu Gute kommt, die festgelegte Kriterien erfüllen.

Als Abgeordneter aus Südbaden möchte ich es aber nicht versäumen, auch darauf hinzuweisen, dass der Zollkodex an den Landesgrenzen, an den Grenzen der Europäischen Union, zu Staaten, die nicht Mitglied sind, erhebliche Probleme aufwerfen kann, wenn nicht rechtzeitig entsprechende Vorsorge getroffen wird. Ich weiß, dass die Kommission diese Vorsorge treffen möchte, ich hoffe — ich spreche von der Schweiz —, dass auch die Mitgliedstaaten des Gemischten Ausschusses EU-Schweiz ihre Aufgaben hier erfüllen.

Die Schweiz ist einer der wichtigsten Abnehmer von EU-Gütern. 41 % der gesamten Exporte und 59 % der gesamten Importe der Schweiz entfallen auf die vier direkt benachbarten EU-Mitgliedstaaten, deswegen ist hier Handlungsbedarf geboten. Wir können nicht akzeptieren, dass sich im Rahmen des Zollkodex kilometerlange Schlangen an den Grenzen zur Schweiz aufbauen, nur weil das Schweizer Verfahren der Zollabwicklung sich an einigen kleinen Punkten unterscheidet.

Herr Kommissar Kovács, ich darf Sie noch einmal sehr herzlich darum bitten, sich dieses Problems anzunehmen und den Mitgliedstaaten, die hier zur Verantwortung gezogen werden müssen, eindringlich ins Gewissen zu reden. Es geht auch um einen Wirtschaftsstandort im Herzen Europas, der von den internationalen Warenströmen nicht abgeschnitten werden darf.

1-149

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Pane předsedo, dámy a pánové, věřím, že zítra přijmeme ve druhém čtení ten dosažený společný postoj Rady k celnímu kodexu. Je to zdařilá modernizace evropského celního práva a je skutečnou bránou k elektronickému, centralizovanému, interoperabilnímu a automatizovanému celnictví. Všechny orgány Společenství budou využívat jednoho správního místa – one-stop-shop – pro své operace, což také zefektivní kontrolu, kterou tedy potřebujeme velmi. Díky jednotnému celnímu informačnímu portálu – single window – budou podnikatelé moci komunikovat jen s jedním úřadem v Unii v zemi svého usazení. Tato norma skutečně zjednodušuje, sjednocuje a zlidšťuje terminologii a definice. Je skvělým důkazem, že dokážeme i v rozšířené Unii zjednodušit byrokracii a zlepšit právní prostředí pro podnikatele a občany. Navíc se má investice prý vrátit už v roce 2010. Děkuji zpravodajům, paní Fourtou a panu Newtonovi Dunnovi, Komisi a i Radě za opravdu dobře odvedenou tříletou práci.

1-150

Bill Newton Dunn (ALDE). – Mr President, I would just like to make one comment in response to Mr Heaton-Harris saying that he thought that Britain in 1975 was joining a free-trade area. I am very worried about his memory, or perhaps it is his education. Britain was *leaving* a European free-trade area – it was called EFTA. We chose to leave it to join the European Community, and Mrs Thatcher, who was the Conservative leader at the time of the 1975 referendum in the UK, said that it was ‘more than a free-trade area’. Very simple, very clear, on the record.

Now, since Mr Heaton-Harris wants a referendum today on the Lisbon Treaty in the UK, he is clearly confident that the British public would read all the documents to make up their minds how to vote. And that must have been true in 1975. The British public in 1975 will have read in the documents that this is about an ever closer union and not a free-trade area. The European Union is about an ever closer union. So please, Mr President, can we get a pill for Mr Heaton-Harris’s memory?

1-151

Presidente. – Grazie, onorevole Newton Dunn. Come sarebbero tristi le serate del Parlamento europeo senza delle interessanti discussioni britanniche.

1-152

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, I will resist the temptation to join in. I would like to thank the rapporteur for the detailed work on this report.

Let us be honest, this is not the stuff that people talk about in public houses and on social occasions. But getting our customs laws right is very important for business and for jobs, and that is why we are doing it. So the idea of centralised clearance makes good sense, if it works – and let us hope that it does, under these new rules.

Also, the idea of a single window has potential to reduce unnecessary bureaucracy. But can I make just one point: let us take feedback, when this all is up and running, from the economic operators, and be willing to adjust it where we see problems which have been identified by other speakers this evening.

1-153

László Kovács, Member of the Commission. – Mr President, my point of departure is that I am not only pleased but also very proud that we have reached this point, because I agree with all those speakers who consider it a very great achievement for the Union as a whole.

First of all, I would like to express my thanks for your support for the Modernised Customs Code and for your interest in future developments. As you have recalled, the adoption and subsequent entry into force of the Code will not be the end of the story, since its application will depend on the finalisation and application of its implementing provisions.

The new regulatory procedure with scrutiny will be used for the adoption of these provisions. It will give Parliament the possibility to check the way the Commission intends to implement in detail, with the assistance of the Customs Code Committee, the general provisions resulting from the Code.

Besides this procedural requirement, the Commission intends to keep Parliament, through its Committee on the Internal Market and Consumer Protection, properly informed about the state of preparation of the draft implementing measures and the time-schedule envisaged for the application of the Modernised Customs Code.

Concerning the problem of Switzerland and the European Union, which Mr Schwab raised, on 1 July 2009 the security amendment to the Community Customs Code will be fully implemented. This means that all goods entering or leaving the Community shall be the subject of a pre-arrival or pre-departure declaration. The Authorised Economic Operator will benefit from the facilitations envisaged in the Code.

As with other third countries, we are currently negotiating with Switzerland on the mutual recognition of control centres, the results of controls and the status of Authorised Economic Operator. The negotiations are ongoing, and we are looking for a mutually satisfactory solution to be in place by 1 July 2009.

Now let me finish by inviting you to join the celebrations of the 40th anniversary of the Customs Union on 1 July 2008. The Customs Union was the first cornerstone in building the internal market and remains one of its essential components. I am looking forward to continuing our discussion about the future role of customs in the context of the celebrations. Thank you very much, once again, for your support.

1-154

Janelly Fourtou, rapporteur. – Monsieur le Président, je remercie les intervenants et tous ceux qui ont contribué à l'élaboration de ce rapport.

Puisque M. Medina Ortega a parlé de contrebande, je ne résiste pas à l'envie de vous parler de contrefaçon. Entre 1998 et 2004, le nombre de prises de contrefaçons a augmenté de 1000 %. C'est dire si les contrôles spécifiques et une nouvelle approche de la fonction de la douane avaient besoin d'une modernisation.

Je tiens aussi à saluer les professionnels, qui ont fait preuve d'une grande ouverture d'esprit, et je tiens à leur dire que je ne me sens pas quitte envers eux. Ceci répondra sans doute aux préoccupations de Mme McGuinness. Pour ce qui est des mesures d'application, je m'efforcerai de favoriser le dialogue entre eux et les institutions communautaires, dont la Commission, avec qui la coopération a toujours été étroite et fructueuse.

Je vous invite donc à voter en faveur de la position commune et je vous remercie de votre attention.

1-155

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 19 febbraio 2008.

1-156

25 - Fattori che incoraggiano il terrorismo e favoriscono il reclutamento di terroristi (discussione)

1-157

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Gérard Deprez, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, contenente una proposta di raccomandazione del Parlamento europeo destinata al Consiglio sui fattori che incoraggiano il terrorismo e favoriscono il reclutamento di terroristi (2006/2092(INI)) (A6-0015/2008).

1-158

Gérard Deprez, rapporteur. – Monsieur le Président, le rapport que j'ai l'honneur de présenter aujourd'hui devant vous, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures trouve son origine dans une proposition déposée fin 2005 par notre collègue Antoine Duquesne, que je tiens à saluer ici.

Je me dois également de signaler que l'essentiel du travail relatif à ce rapport a été réalisé par notre collègue Mayor Oreja, qui a décidé, pour des raisons qu'il ne m'appartient pas de commenter, de retirer son nom après le vote intervenu au sein de notre commission.

En ce qui concerne le contenu du rapport qui est soumis à notre Assemblée, je pense qu'on peut le synthétiser en articulant les nombreux éléments qu'il reprend autour de quatre axes essentiels.

Premier axe: la gravité et la permanence de la menace. C'est un fait indéniable que le terrorisme en général, et le terrorisme djihadiste en particulier, est aujourd'hui une des menaces les plus graves qui pèsent sur la sécurité des citoyens de l'Union européenne. Les sanglants attentats de Madrid en 2004, de Londres en 2005, mais aussi, il ne faut pas l'oublier, les nombreuses tentatives qui ont été déjouées depuis lors, attestent à l'évidence la permanence et la gravité de la menace. Il s'ensuit – et le rapport le rappelle avec force – que la lutte contre le terrorisme doit rester une des priorités de l'Union européenne et de l'ensemble de ses États membres.

Mais, et c'est le deuxième axe du rapport, cette lutte déterminée ne peut être menée n'importe comment. Il y a des principes fondamentaux à respecter sous peine de dénaturer les valeurs fondamentales qui régissent nos sociétés. La lutte contre le

terrorisme doit être menée dans le respect strict, plein et entier des libertés et des droits fondamentaux, et notamment la liberté de religion et le droit à un procès équitable.

Parallèlement, et s'agissant spécifiquement du terrorisme djihadiste, nous devons nous interdire d'assimiler toute culture ou toute religion en tant que telle au terrorisme. L'écrasante majorité des musulmans, qui sont d'ailleurs, il ne faut pas l'oublier, les premières victimes du terrorisme, en Iraq, en Afghanistan ou au Pakistan, n'ont rien à voir avec les groupes extrémistes qu'il faut combattre et qui dénaturent la religion dont ils se réclament.

Enfin, partant du principe que la haine et la frustration sont les facteurs qui poussent à la radicalisation, le rapport rappelle aux États membres que la lutte contre toutes les formes de discrimination, et en particulier les mesures en faveur de l'intégration de tous les groupes minoritaires, sont des politiques prioritaires à mettre en œuvre pour favoriser l'apaisement, la tolérance et la convivialité dans nos sociétés.

Troisième axe: les mesures spécifiques de prévention. Dans la longue liste de ces mesures recommandées aux États membres, le rapport insiste en particulier sur la nécessité de renforcer la surveillance sur les sites de propagande, notamment via l'internet, sur les lieux de pèche et sur les médias audiovisuels en général.

Le quatrième axe concerne les mesures répressives. Parmi celles-ci, il en est une, à l'évidence, qui mérite d'être mise en exergue et qui suscitera pas mal de débats. Elle figure au paragraphe 10 du rapport et prévoit d'étendre le champ d'application de la définition des actes terroristes à la justification du terrorisme. Même si je ne suis pas sûr que le terme "justification" soit adéquat – personnellement je pense qu'en français il eût été préférable d'utiliser le terme "éloge" ou "apologie" du terrorisme – et s'il serait souhaitable de le modifier, j'attends avec intérêt la manière dont notre société va se prononcer demain sur ce point délicat, qui est au cœur de l'attention, entre la sécurité et le respect des droits fondamentaux et de la liberté d'expression.

1-159

Franco Frattini, Vice-President of the Commission. – Mr President, addressing radicalisation into violence is at the core of the Commission's counter-terrorism policy, and I therefore welcome the report being discussed today and the very vital issues it tackles. I also welcome the progress in interinstitutional cooperation in the area of recognition of the enormous challenge we face in developing a coherent EU policy that prevents, interrupts or reverses radicalisation processes.

After a series of initiatives in recent years, since my first communication on the subject in September 2005, a communication will be presented to the Council and Parliament in July this year, identifying good practices in the Member States and making concrete recommendations for the way forward. I notice that the report makes a recommendation to the Commission in this regard.

We have devoted time and resources in the last three years to better understanding this phenomenon, its trends, its manifestations and its dynamics. We have commissioned four separate comparative studies which are now being completed. We have sent a questionnaire to all the Member States and are currently analysing the answers received. We have organised a conference on the role of education in preventing radicalisation, which brought together educators, religious leaders and policy-makers to brainstorm new ideas.

We are working on drafting the communication at the moment. The first three studies – on trigger factors, narrative and mobilisation tactics – are to be approved in the coming month. A fourth study on civil society engagement (best practices) is likely to be published around the time of the communication's adoption in July. Its main results will by that stage already have been incorporated into the communication. Analysis of the questionnaire sent to the Member States is ongoing and will also feed into the reflection on the communication.

We can therefore now formulate our policy with much deeper insight into the problem. Our communication will deal with important issues like the narrative used by violent radicals and radicalisation in prisons and in other places of vulnerability. We will also be talking about the role of education, and civil society engagement in countering radicalisation.

Members will be aware that, in relation to incitement, we have presented a proposal for the amendment of the Framework Decision on combating terrorism that is one part of the 'terrorism package' introduced last November. That instrument aims to introduce into the Framework Decision offences parallel to those covered in the Council of Europe Convention on the Prevention of Terrorism: public provocation, recruitment and training for terrorism – including via the internet – and in particular internet instructions on how to produce home-made bombs.

The Commission is strongly committed to supporting the victims of terrorism. We have, since 2004, demonstrated our support through financial assistance to numerous projects intended to help associations of victims of terrorism and to promote solidarity among European citizens. We envisage creating, in 2008, a European Network of Associations of Victims of Terrorism, in order to represent victims' interests at European level and to strengthen European citizens' solidarity with victims of terrorism.

In conclusion, in order to tackle the terrorist threat at European level, it is absolutely necessary to implement a global prevention policy on the factors leading to radicalisation and recruitment, in order to explore its deep roots, while never justifying terrorist behaviour. Jihadist terrorism remains the biggest threat to democratic societies, including thousands of millions of honest Muslim people in the EU and in many other parts of the world.

1-160

Manfred Weber, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es traurig, dass wir wieder einmal eine Debatte über den Terror führen müssen. Radikalisierung und Terror passen nicht nach Europa. Das Europa, an dem wir bauen, ist ein Europa der Toleranz, und deswegen ist man immer wieder traurig, über dieses Thema reden zu müssen.

Es gibt vieles, was uns eint. Der Terror wird als große Bedrohung festgestellt. Die Rekrutierung muss unterbunden werden. Dabei müssen wir die Grundrechte achten. Der Dialog ist der Schlüssel zur Toleranz. Wir müssen besonders auf das Internet achten. Es hat besondere Bedeutung bei der Kommunikation.

In der Außenpolitik sehen wir die Antiterrorarbeit als von besonderer Bedeutung. Wir brauchen in Europa eine bessere Vernetzung der Dienststellen im Kampf gegen Radikalisierung und im Kampf gegen den Terror. Ich möchte mich ausdrücklich bedanken, dass unser Vizepräsident der Kommission das angeregt und auch zusammengefasst hat.

Es ist deshalb für meine Fraktion sehr schade, dass die ausgestreckte Hand unseres eigentlichen Berichtstatters, Mayor Oreja, nicht ergriffen worden ist, dass eine Kompromissuche am Schluss unmöglich war. Wir haben deswegen als EVP-ED-Fraktion für die morgige Abstimmung eine Reihe von *key points* definiert. Zum Beispiel, wenn es Streichungsanträge gibt, die definieren, dass die Verletzung der individuellen Freiheiten und des Rechtsstaates zu Terror führt; wenn es Streichungsanträge gibt, die Schulzentren und religiöse Zentren unter besondere Beobachtung stellen; wenn es Anträge gibt, die die Streichung des Dschihadistenterrors wollen.

Wenn man eine Gefahr bekämpfen will, dann muss man wissen, woher die Gefahr kommt. Deswegen müssen wir den dschihadistischen Terror als die zentrale Herausforderung auch in diesem Bericht benennen. Wenn das gestrichen wird, dann werden wir dem Bericht nicht zustimmen können. Wir werden eine weitere Verwässerung nicht unterstützen. Deswegen hoffe ich, dass wir morgen zu guten Ergebnissen kommen.

1-161

Claudio Fava, *a nome del gruppo PSE*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi e vorrei dire subito con franchezza che siamo stati costretti a lavorare su un rapporto che era partito male, confuso nelle premesse e fragile nelle proposte. Credo che sia stato egregio il lavoro che ha fatto la commissione per le libertà civili restituendo a questo rapporto un profilo politico utile e concreto.

Naturalmente partiamo da una premessa condivisa. Negli ultimi anni, l'aumento e la radicalizzazione violenta di individui e di gruppi hanno rappresentato uno dei punti di maggiore debolezza nella nostra legalità e di maggiore aggressione alle nostre istituzioni democratiche. La lotta contro questo fenomeno è necessaria. In questo senso l'azione dell'Unione europea è un valore aggiunto, perché rappresenta un contributo di armonizzazione, perché se noi mettiamo in comune strumenti avremo una somma di strumenti, ciascuno dei quali sarà portatore di una sua intrinseca debolezza.

Ma è una sfida nuova che richiede uno sforzo di grande equilibrio senza cedere alla tentazione, che è anche umanamente inevitabile, di fronte alle aggressioni subite in questi anni dopo l'11 settembre, di una generalizzazione o di costruire una Europa fortezza o di mettere in secondo piano una priorità che è al centro del processo di integrazione dell'Unione europea e che è la salvaguardia dei diritti fondamentali.

Ecco perché noi riteniamo che ci si debba muovere su tre direttrici che questa relazione assume. Intanto riaffermare i diritti fondamentali e lo Stato di diritto, in particolare, come ricordava il vicepresidente Frattini, libertà religiosa e libertà di espressione, senza la cui garanzia viene meno l'idea stessa di Europa e un processo di integrazione fondata anzitutto sui diritti fondamentali dei cittadini europei.

Abbiamo bisogno di rafforzare la cooperazione giudiziaria per colpire le frange radicali, violente, organizzate. Abbiamo bisogno di un'armonizzazione piena dei reati di terrorismo a livello di Unione europea, includendo fra questi nella proposta della commissione delle libertà pubbliche anche quello di apologia. E abbiamo bisogno naturalmente di un attento lavoro di prevenzione: occorre aggredire le cause e i fattori – che sono molti, è inutile fingere che così non sia – che portano ad una radicalizzazione all'interno delle nostre società di diversi strati della popolazione. Questo passa attraverso un ampliamento dei diritti di cittadinanza, cittadinanza attiva, cioè una cittadinanza che sia portatrice di responsabilità, la partecipazione alla vita politica, il dialogo anche con i movimenti religiosi.

Come ricordava il Vicepresidente, dobbiamo batterci anche nell'interesse e per la tutela di milioni, decine di milioni di cittadini europei che professano una religione diversa dalla nostra, o di cittadini extraeuropei di religione islamica che

hanno sempre professato un'attenzione alle regole della nostra democrazia, un rispetto delle nostre leggi che merita il massimo di considerazione da parte nostra.

E infine abbiamo bisogno di costruire un dialogo che sappia davvero rappresentare un'alleanza di civiltà e non uno scontro di civiltà. Alleanza di civiltà, signor Presidente concludo, non è un'espressione che abbiamo mutuato da una polemica politica, è l'espressione che ci propone il Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite. E' un'espressione di grande responsabilità e di grande impegno per questo Parlamento e per le nostre comunità. Mi sembra fondamentale conservarne presenza nella nostra risoluzione domani.

1-162

Ignasi Guardans Cambó, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, creo que este informe, más allá de su redacción, es un informe equilibrado, de enorme importancia y de enorme actualidad.

El terrorismo es, sin duda, un fenómeno policial y tiene una dimensión policial, lo sabemos todos. Pero las causas del terrorismo, o, más precisamente, las causas que llevan a determinadas personas a ser terroristas, van muchísimo más allá. Jaime Mayor Oreja lo planteó, de forma muy discutible al principio, en su primer informe, pero, después de muchas reuniones y de muchas enmiendas, llegó a un resultado que era perfectamente aceptable, también para su propio Grupo.

Quiero testificar ante esta Cámara, como se testifica ante un tribunal, que no es verdad que se haya rechazado la mano tendida de Jaime Mayor Oreja. Y lo testificaría mediante juramento, si eso fuera una práctica parlamentaria. No es verdad. El Partido Popular Europeo y el Grupo sabrán las razones por las que están poniendo, en este momento, obstáculos a este informe. Yo puedo acreditar reuniones en el despacho de don Jaime Mayor Oreja en las que hemos aceptado el 99 % de lo que se va a someter mañana a votación. Que no se nos diga que se ha rechazado algo o que no se nos diga que se ha rechazado la mano tendida, porque eso, simplemente, es faltar a la verdad por parte de quien lo sostenga.

Sigue siendo, por tanto, un misterio la posición que va a adoptar el Partido Popular mañana y que puede debilitar, sin duda, el mensaje político que queremos transmitir entre todos. Por ello, subrayo mi pesar por esa actitud. Decir que el problema tiene que ver con que desaparezca la palabra «yihad» en un apartado, cuando aparece después en tres apartados y vuelve a aparecer en el considerando H que el «yihadismo es, sin duda, el eje principal del tipo de terrorismo del que estamos hablando», creo que es buscar excusas que no se sostienen.

En todo caso, es un informe que habla de libertad, de libertad religiosa, de libertad de pensamiento y de la libertad para rechazar incluso un modelo social, pero que deja claro que Europa no puede aceptar que, bajo la capa de la religión, se alimente la violencia, se alimente el odio o se dinamiten desde dentro los propios pilares de la sociedad.

El Estado tiene derecho a disponer de instrumentos de defensa propia, que son instrumentos en defensa de los propios ciudadanos. Y lo puede hacer, de forma contundente, en lo policial y en lo judicial, manteniendo, a la vez, el diálogo, la participación y el esfuerzo por integrar plenamente a aquellos que pueden llegar a ser algún día tan fanáticos como para poder atentarse contra una sociedad que es la suya, en la que se han integrado o que, sencillamente, es su propia sociedad, porque, en muchos casos, incluso han nacidos entre nosotros.

Es discutible, y mi Grupo lo estuvo discutiendo, hasta qué punto las leyes actuales son o no suficientes; conceptos como la apología y la justificación de la acción terrorista son necesarios para algunos, y son rechazados por otros, como posibles límites excesivos a la libertad de expresión. Ésa es, al final, la posición de mi Grupo: no ir más allá en la modificación de la ley y rechazar el concepto de la apología.

En todo caso, y termino, señor Presidente, bienvenido sea, pues, este informe. Espero que el Partido Popular Europeo recapacite y reflexione sobre el apoyo que le puede prestar a su contenido y bienvenido sea, por parte de la Comisión, como pauta para una política global, una política donde la policía coopera estrechamente en toda Europa y donde se adoptan medidas que juntan eficacia, por encima del brillo, y que intentan producir un resultado respetuoso con los derechos de todos.

1-163

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Trawestując Ernesta Hemingwaya: Nie pytaj komu bije terrorystyczny dzwon, bije on tobie. Po zamachach w Hiszpanii przed czterema laty i w Anglii przed trzema laty, to jest aktualne przesłanie. Gdyby projekt, o którym mówimy przeczytała Oriana Fallaci, rodaczka pana komisarza Fratiniego, byłaby pewnie zbulwersowana. Ta wybitna włoska intelektualistka, bezkompromisowa i nonkonformistyczna, uważała bowiem, że islamscy terroryści to po prostu islam w soczewce, to kwintesencja islamu.

Jak widać Parlament Europejski może mieć w tej kwestii inne zdanie. Warto jednak zanalizować, dlaczego terroryści muzułmańscy znajdują takie oparcie w młodych ludziach pochodzenia arabskiego urodzonych w krajach członkowskich Unii.

W pełni popieram zwłaszcza zalecenia mówiące o tym, że walka z terroryzmem pozostanie priorytetem Unii Europejskiej. Bardzo ważne jest, że zwracamy uwagę na propagandę terroryzmu przez internet. Dodalbym, że także satelitarna telewizja w języku arabskim bywa formą promocji radykalnego islamizmu.

1-164

Γεώργιος Γεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας IND/DEM. – Κύριε Πρόεδρε, είναι καταλυτική η στενότητα του χρόνου. Εντούτοις, πρέπει να σας πω ότι εγώ είδα την έκθεση με πολύ καλή πρόθεση. Το ζήτημα είναι ότι αντελήφθη ότι περιορίζεται πάρα πολύ εις τον εντοπισμό, αφενός, και εις την καταστολή, αφετέρου.

Εγώ επιμένω ότι το σημείο που θα έπρεπε να μας απασχολήσει ιδιαίτερος είναι η παραγωγή τρομοκρατίας. Έχουμε δίπλα μας, εις την Μέση Ανατολή, μίαν 'ακαδημία' παραγωγής τρομοκρατών. Γιατί; Διότι επί 60 έτη δεν προσπαθήσαμε εμείς, ως Ευρώπη – δεν είχαμε ποτέ λόγο εμείς, ως Ευρώπη – να λύσουμε το πρόβλημά τους.

Σήμερα παρουσιάζεται ανάλογο φαινόμενο, και χαίρομαι που μου δίδεται ο λόγος τώρα, μία ημέρα μετά την ανεξαρτητοποίηση του Κοσσυφοπεδίου.

Ξέρετε ότι ενδέχεται να δημιουργηθεί πάλι κάποιο συμβάν εκεί. Τι θα γίνει αν οι Σέρβοι της Μιτρόβιτσα αύριο κάνουν μία πράξη αντιστάσεως ή - αν προτιμάτε - δυσαρεσκείας; Θα τους αποκαλέσουμε τρομοκράτες;

Πρέπει να εξετάσουμε ποίοι είναι οι λόγοι που καθιστούν τους τρομοκράτες έτοιμους να δράσουν κατά του δικού μας συστήματος εδώ στην Ευρώπη που δεν τους υποστηρίζει.

1-165

Jim Allister (NI). – Mr President, I represent Northern Ireland in this House, a region which, as everyone will know, has suffered decades of vicious terrorism. And from that experience, I have two points to make in this debate.

Firstly, terrorism should never be appeased; it has to be defeated. Start treating with terrorism, giving its prisoners special status and, ultimately, early release, and soon you will end up like Northern Ireland has ended up: with unrepentant terrorists at the heart of our Government. Appeasement only whets the appetite – the insatiable appetite – of terrorists.

The second point I want to make is this: whereas state abuse is wrong, the naive belief, such as I find in this report, that lavishing so-called 'human rights' on terrorists will neutralise them will, in fact, only strengthen their cause as they expertly exploit and misuse every such right to their own advantage, while they go on denying their victims the most basic right of them all: the right to life.

Because of the excesses of their murderous strategy, sometimes the defence of society requires a choice between the uninhibited rights of terrorists and the rights of the innocent. In such circumstances, I have no difficulty in choosing the right of society to defend itself over the supposed human rights of the terrorist. The battle against terrorism is a battle of good against evil, and, if needs be, the right of the terrorist is secondary to that of society.

1-166

Carlos Coelho (PPE-DE). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente da Comissão, Senhoras e Senhores Deputados, começo por reiterar que o combate sem tréguas ao terrorismo deve ser feito dentro da lei, no respeito pelo Estado de direito e sem ferir os direitos fundamentais. Não sei se o terrorismo é, como diz o relatório, a principal ameaça que pesa sobre a segurança dos cidadãos na União, mas sou da opinião, já expressa pelo Presidente Gérard Deprez, que é seguramente uma das principais ameaças, e acho que desvalorizar essa ameaça não contribui nem para a combatermos com eficácia nem para aumentar a segurança dos nossos cidadãos. Votarei assim contra as emendas que pretenderem fazer.

O terrorismo não afecta apenas os cidadãos dos países que foram vítimas desses ataques, mas põe em risco a segurança de todos os outros, semeia o medo e ameaça pelo terror. O terrorismo é uma manifestação irracional de fanatismo que despreza o valor da vida e a dignidade da pessoa humana. A União colocou, e bem, Comissário Frattini, no topo das suas prioridades o combate ao terrorismo. Precisamos de uma estratégia global que possa levar ao desmantelamento das redes terroristas. Essa estratégia deverá valorizar a vertente preventiva, incluindo a luta contra o recrutamento de terroristas e contra todos os factores que favoreçam a radicalização violenta.

É importante analisar e compreender as razões, as causas e os processos que conduzem à radicalização e ao terrorismo, designadamente de jovens que vivem nos nossos Estados-Membros, demonstrando que houve falhas nos processos de integração. Concordo que, no quadro da lei e do respeito pela liberdade de expressão, seja combatida a propaganda terrorista destinada a encorajar os actos terroristas.

Gostaria de terminar apoiando a opinião do Deputado Mayor Oreja no sentido de que uma iniciativa europeia, sobretudo nesta matéria, não pode nem deve servir de palco para a promoção de estratégias eleitorais nacionais.

1-167

Inger Segelström (PSE). – Herr talman! Jag vill börja med att tacka Deprez för betänkandet och den helt nödvändiga diskussionen om terrorism. Jag tycker också att den hör väl hemma här nu när vi har inlett det interkulturella året.

Det jag däremot inte tycker beskrivs tillräckligt väl i betänkandet är orsaken till att människor, framför allt unga män, blir eller lockas bli terrorister och ställer sig utanför det demokratiska samhället. Om vi ser omkring oss kan vi inte blunda för den fattigdom som finns och de orättvisor som syns. Det är många unga som vi inte kan erbjuda vare sig utbildning, jobb, bostäder eller en framtidstro. Det är grogrunden för fanatism och till att unga lockas att engagera sig för sin grupp eller sitt folks ökade rättigheter. Det saknas en analys i betänkandet.

Jag vill särskilt uppmana er att rösta för ändringsförslag 12, eftersom terrorismpropaganda i dag vanligtvis bedrivs på nätet, något som för få av oss här ser eller har kontroll över. Detta är en generationsfråga, och vi måste få mer och bättre kunskap om och bli bättre på att förebygga rekrytering. I övrigt stöder jag PSE-gruppens ändringsförslag.

1-168

Alexander Alvaro (ALDE). – Herr Präsident! Herzlichen Dank an die Kollegen Deprez und Guardans Cambó, für das, was sie gesagt haben. Ich denke, das trifft weitestgehend das, was unsere Fraktion auch für richtig hält.

Der Bericht heißt ja: Faktoren, die eine Unterstützung des Terrorismus und die Rekrutierung von Terroristen begünstigen. Es ist richtig, dass gelobt wird, dass wir uns damit beschäftigen. Allerdings tun wir dies nicht zum ersten Mal. Das Europäische Parlament und die Union insgesamt haben sich bis jetzt zu Hasspredigern geäußert, und sie haben präventive Maßnahmen zur Eindämmung von Finanzströmen von Terrororganisationen getroffen. Das sind wohl sinnvolle Maßnahmen.

Insofern glaube ich auch, dass der Bericht weitestgehend den richtigen Ton trifft. Ich glaube, es ist ein bisschen überbewertet, wenn man das Internet als Hort allen Übels betrachtet oder als Zufluchtsraum. Es ist sicherlich ein Raum, in dem sich gesellschaftliche Ereignisse genau so widerspiegeln wie im realen Leben, und ich glaube nicht, dass man seine Kraft darauf konzentrieren sollte, das endgültig einzudämmen. Das wird man nicht schaffen.

Die Frage ist: Was können wir stattdessen tun? Es sind audiovisuelle Dienste angesprochen worden. Hier stellt sich doch die Frage, warum die Europäische Union nicht tätig wird, wenn auf ihrem Hoheitsgebiet bestimmte Sender Hassprogramme ausstrahlen, die direkt an Kinder adressiert sind?

In einem Programm der Hisbollah etwa greift eine als Mickymaus — wie auch immer — geartete Figur jüdische Siedler an. Damit soll dann kleinen palästinensischen Kindern vermittelt werden, wie ihre Geschichte ist. Es ist nun nicht so, dass ein Mitgliedstaat eingegriffen hätte, um dieses Problem zu beseitigen. Vielmehr hat die Firma Walt Disney ihre Rechte an Mickymaus geltend gemacht, und das Ende der Serie wurde dann so abgewickelt, dass Mickymaus durch einen jüdischen Siedler getötet worden ist.

Und das ist auf europäischem Gebiet ausgestrahlt worden! Warum ist die Hisbollah immer noch nicht auf der Terrorliste der Europäischen Union? Wir hatten gerade ein interessantes Gespräch mit Dick Marty dazu. Ich glaube grundsätzlich, dass es mehr Bausteine bedarf, um den Terrorismus in Gänze einzudämmen. Dazu gehört sicherlich auch, seine Wurzeln vor Ort in den betreffenden Ländern zu bekämpfen, unter anderem durch die Schaffung von Gesundheitssystemen, Infrastrukturen und Bildungssystemen. Solche Ressourcen dürfen wir nicht Terrororganisationen wie der Hamas im Gaza-Streifen oder der Hisbollah überlassen, denn diese sozialen Zufluchtsorte sind die Orte, wo diese Organisationen auch Unterstützer rekrutieren.

1-169

PRZEWODNICZY: PAN ADAM BIELAN

Wiceprzewodniczący

1-170

Bárbara Dührkop Dührkop (PSE). – Señor Presidente, esta propuesta de recomendación que hoy dirigimos al Consejo y a la Comisión quiere contribuir al esfuerzo de las instituciones y de la sociedad civil por atajar los factores que propician el apoyo al terrorismo y la captación de terroristas.

Su gestación ha sido, señor Frattini, larga y laboriosa hasta llegar a la Cámara, pero el resultado final, sin embargo, valdrá la pena votarlo mañana. La propuesta está centrada en la lucha contra el extremismo islamista, un fenómeno nuevo en la UE que requiere reflexión y medios para combatirlo.

Sin embargo, es perfectamente extrapolable a cualquier otra causa terrorista que se quiera invocar en nombre de patrias y banderas. Por eso, le pedimos al Consejo que incluya en la decisión marco contra el terrorismo que la apología como tal sea considerada delito. Una armonización de esta figura penal sería deseable que se extendiera a los 27 Estados miembros, siempre, siempre, desde el más escrupuloso respeto a la libertad de expresión.

Reprimir y prevenir la radicalización deben ir en paralelo. Si no queremos radicalización, habrá que asegurar la educación y la integración de 13 millones de musulmanes que viven en la Unión Europea y debemos dejar de estigmatizar a este 3,5 % de la población. Para las relaciones exteriores de la Unión Europea queremos diálogo y no choque de civilizaciones. Por ello hacemos referencia al concepto «alianza de civilizaciones» adoptado por las Naciones Unidas y no se entiende el rechazo visceral de algunos diputados.

Estamos en el Año del Diálogo Intercultural. No queremos contribuir a pervertir la religión, hay que fomentar la participación social y el diálogo. Éstos son unos de los logros de esta recomendación. ¿Son tan nefastas sus propuestas que el anterior ponente no las podría asumir?

Señor Weber, el señor Mayor Oreja ha mostrado una falta de cortesía parlamentaria al no explicar a los miembros de la Comisión de Libertades Públicas su voto en contra y su posterior renuncia al informe. Su obsesión por trasladar al Parlamento Europeo la sistemática oposición que se aplica a nivel nacional dice mucho sobre el talante democrático del anterior ponente. Con este tipo de actitudes poco avanzaríamos en la democracia y esta Cámara se caracteriza por el consenso y no por las actitudes cerriles.

1-171

Sarah Ludford (ALDE). – Mr President, I believe that this is a good report and I subscribe almost entirely to the remarks of my chairman and political colleague, Mr Deprez. But I disagree with him and others on the proper scope of the anti-terrorist laws.

I do not believe it is helpful to criminalise glorification of, or apologia for, terrorism. I think the term ‘justification’ is also problematic. As many of us were earlier discussing with Dick Marty on the subject of terrorist blacklists and asset freezing, the law needs to be both just and effective if it is to remain credible and sustainable and have public support. There is a profound risk that extending the criminal law as proposed, beyond actions and intentions and into the realm of opinion, commentary, and even fantasy, carries the danger of creating thought-crimes.

This would have a potentially chilling effect on free speech. If I say I understand that the Kurds in Turkey have felt anger and disaffection at the suppression of their culture, language and identity and denial of their political aspirations, am I justifying PKK bombs?

There is hardly a person in the House – unfortunately, there are maybe a few – who would not glorify Nelson Mandela. But the ANC committed terrorist acts in fighting the utterly repressive apartheid state. There are people, now statesmen, who have been honoured guests in this Chamber, who have a past as freedom fighters.

So am I just a woolly liberal, concerned only with free speech? No, because the law has to be effective. We already properly criminalise incitement to commit terrorism. And that gives wide scope to target behaviour and speech that has, as its purpose, the instigation of a terrorist offence.

Last week, the UK’s second highest court, the Court of Appeal, quashed the convictions of five men for possession of jihadist material precisely because there was no evidence of intention to encourage terrorism. The original convictions in this case created resentment among those – mainly young Muslims – who wanted to discuss, debate and criticise the foreign policies of Europe and the United States. That does not help combat radicalism. But these cases have also, by their collapse, left the law in a state of confusion and disarray, and that is good for terrorists.

Let us stick to getting convictions on the basis of incitement. Let us not stray into glorification and apologia.

1-172

Jan Marinus Wiersma (PSE). – Mijnheer de Voorzitter, ik heb waardering voor het verslag zoals dat nu op tafel ligt en waardering ook voor de woorden van de commissaris en voor wat hij wil doen. Ook in mijn eigen land, Nederland, is er veel aandacht voor de radicalisering en ook voor de tragische consequenties daarvan. We zijn zelf ook in Nederland geconfronteerd geweest met een verschrikkelijke moord op een Nederlandse tv-producent, gepleegd door jongeren die uit het geradicaliseerde circuit kwamen. Het gaat om een kleine groep, maar wat zij doen kan grote gevolgen hebben. Het is heel erg van belang dat samengewerkt wordt en dat alle inspanningen worden geleverd om groepen en jongeren die mogelijk tot terroristische aanslagen zouden kunnen overgaan, op te sporen en te isoleren.

Maar zoals anderen het ook al gezegd hebben hier, is preventie van radicalisering ook van vitaal belang. Het gaat er ook om de groep die mogelijk tot geweld zou kunnen overgaan, zo klein mogelijk te houden. Radicalisering uit zich ook niet altijd in geweld. Het is sowieso een slecht fenomeen als jongeren zich totaal geïsoleerd voelen van de maatschappij en dat ze daar niks meer mee te maken willen hebben. In onze ervaring komt het er ook op aan dat het beleid inzake de aanpak van radicalisering gericht wordt op lokale overheden. Natuurlijk is het van belang te kijken naar wat je in gevangenissen kunt doen en meer in het algemeen op gebied van onderwijs te kijken naar wat je kunt doen om te voorkomen dat het internet misbruikt wordt. Maar het zijn toch vooral de lokale overheden die in de gemeenschappen zelf actief kunnen zijn om de oorzaken van radicalisering aan te pakken en jongeren op te sporen die daarvoor ook gevoelig zijn. Ik denk dat de

Europese Unie, en met name ook de commissaris, een belangrijke rol kan spelen om die ervaring die in allerlei steden wordt opgedaan bij elkaar te brengen. Wij waren afgelopen week met onze fractie op een werkbezoek in Rotterdam, een stad waar heel veel gedaan wordt om radicalisering aan te pakken en te voorkomen en om de groepen te bereiken die daarvoor gevoelig zijn.

Het is ook van belang om het bredere aspect van de dialoog met de moslimgemeenschappen in onze landen erbij te betrekken. Het gaat voor een deel om jongeren die uit die gemeenschappen voortkomen en als we die grote groep isoleren zullen we die kleine groep helemaal nooit bereiken. Dus is het van belang om de dialoog aan te gaan met als uitgangspunt dat de overgrote meerderheid van de moslimgemeenschappen die in onze samenleving wonen, niks te maken willen hebben met wat een perverse interpretatie van hun geloof is, en veel investeren in die brede dialoog van mijn fractie, ook dit jaar, het jaar van de culturele dialoog.

1-173

Olle Schmidt (ALDE). – Tack herr talman! Herr kommissionär! Det är nödvändigt att EU tydligt visar att kampen mot terrorismen är en solidaritetshandling, både symboliskt och praktiskt. Mer resurser behövs för att Europol tillsammans med våra nationella säkerhetstjänster ska kunna samarbeta och uppnå resultat. Det visar inte minst den senaste tidens oroligheter efter den återupplivade konflikten med Muhammedkarikatyrerna.

Som det har sagts här måste kampen mot terrorismen alltid bekämpas med lagliga och proportionella medel. CIA-flygningarna i Europa, användandet av tortyr som skenavrättningar och skendränkning, som CIA nu erkänner har skett, och inrättandet av särskilda hemliga fängelser måste med kraft fördömas. Här borde, herr Frattini, EU ha agerat mycket kraftfullare än vad som skett.

Det är bra att betänkandet tar ett bredare grepp och tar upp de faktorer som bidrar till ett ökat stöd och förnyad rekrytering för grupper som tillbakavisar våra samhällsmodeller till förmån för våld och sekterism.

Det faktum att gärningsmännen för de senaste årens fruktansvärda illdåd föddes, eller var uppväxta, i Europa var en brutal tankeställare för att vi också måste se på våra egna samhällen med mer kritiska ögon. Vi behöver dialog och en ärlig diskussion om vår integrations- och viseringspolitik. Här kan, och får vi inte, ducka för svåra frågor. Men en sak är självklar för mig. Det är våra värderingar som ska vara grunden för vår gemensamma lagstiftning. Den aktuella debatten om Sharialagen i Storbritannien visar att ädla syften kan stjälpa mer än hjälpa.

Vi måste också se till att den gemensamma lagstiftningen inte stör eller tränger undan viktiga grundlagar, bland annat vad gäller yttrandefriheten. I betänkandet talas det om att införliva en ny definition i rambeslutet, rättfärdigande av terrorism. Jag tror att det här är olyckligt. Inte för att det inte kan finnas anledning att se till att alla medlemsstater har goda lagar mot anstiftan, utan därför att det är svårt, för att inte säga omöjligt, att hitta en definition som skulle kunna tillämpas likartat och som inte skulle leda till svåra tolkningsproblem. På ena sidan står den viktiga uppgiften att hitta former för att bekämpa terrorism och rädda liv. På den andra sidan står yttrandefrihetsprincipen och ambitionen att hålla en hög nivå av rättssäkerhet i Europa. Det handlar om att finna en rimlig balans.

1-174

Hubert Pirker (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wenn Fanatiker unschuldiges Leben einmal ausgelöscht und die demokratische Gesellschaft mit Bomben attackiert haben, dann ist es zu spät. Daher ist es notwendig, alle Maßnahmen zu treffen, insbesondere – wie hier auch von Kommissar Frattini unterstützt – im Bereich der Prävention. Der Dialog als Schlüssel zur Toleranz muss in den Vordergrund gestellt werden. Aber wir brauchen auch eine verstärkte polizeiliche Kooperation, Datenaustausch: alles, was auch über die Europäische Union hinausgeht, muss gestärkt werden.

Besonders begrüße ich, dass der Herr Kommissar auf den Schwerpunkt hingewiesen hat, dass auch Hilfe für Opfer geleistet werden muss. Es geht nicht nur um Toleranz, sondern auch um konkrete Hilfe. Ich möchte hier unterstreichen, dass es eine Beobachtung von Hasspredigern geben muss, das ist eine Notwendigkeit. Es muss aber auch entsprechende Konsequenzen geben. Eine Verherrlichung von Terrorismus darf niemals akzeptiert werden. Daher brauchen wir eine Strategie der Nulltoleranz gegenüber Verbrechen gegen unsere Gesellschaft.

Ich bedaure sehr, dass bei einem Thema, das wir immer sehr ernsthaft diskutiert haben, einmal mehr nationale politische Auseinandersetzungen in diesen Bericht so stark hereingespielt haben.

1-175

Manfred Weber (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich wurde von Kollegen der ALDE-Fraktion darauf angesprochen, wie sich die EVP-ED-Fraktion denn verhalten werde. Ich möchte hier noch einmal zum Ausdruck bringen, dass 95 % von dem, was in dem Bericht zusammengefasst wird, von der EVP-ED-Fraktion mitgetragen wird. Ich möchte auch unterstreichen, dass ich es schade finde, dass sowohl der ALDE-Vertreter als auch die PSE-Vertreterin, spanische Kollegen, hier die EVP angegriffen haben. Es ist schade, dass innenpolitische Fragen dazu führen, dass wir in diesem Parlament keine Gemeinsamkeit finden.

Wer morgen will, dass wir einen großen Beschluss des gesamten Hauses hinbekommen, der soll bitte für die EVP-Anträge stimmen. Wir verändern die Substanz des Antrags nicht, aber wir nehmen das innenpolitische Thema heraus. Jeder, der die ausgestreckte Hand der EVP will, kann das morgen zeigen.

1-176

Alexander Alvaro (ALDE). – Herr Präsident! Ich finde es charmant, dass man noch einmal reden darf, in einer anderen Debatte ist das anders gehandhabt worden. Nichtsdestotrotz, selbst wenn der Kollege Pirker und ich nicht in allen Punkten übereinstimmen — wir streiten uns oft, gerne und leidenschaftlich — so hat er völlig Recht, wenn er sagt, dass solche Debatten nicht für nationale Zwecke missbraucht werden dürfen. Das stört nicht nur, es bringt oft auch falsche Kompromisse zu Stande.

Ich bin mir sicher, dass die spanischen Kollegen hier im Haus das anders beantworten werden. Ich weiß nur aus eigener Erfahrung, dass man so etwas sehr oft in die nationale Debatte hineinzieht. Ich bin es auch langsam Leid, dass wir — es ist nicht das erste Mal — ein Pingpongball zwischen der PPE-DE und der PSE sind, wenn es um solche Sachen geht. Ich bin froh, dass die Liberalen immer noch als Vermittler auftreten konnten, und das auch noch funktionstüchtig.

Der Kollege aus Nordirland ist leider nicht mehr da. Das ärgert mich insofern, als er etwas meiner Ansicht nach Unglaubliches gesagt hat, und zwar, dass Terroristen nicht über die gleichen grundsätzlichen Menschenrechte verfügen wie alle anderen. Genau das ist es aber, was uns von Terroristen unterscheidet, dass wir nämlich Menschenrechte allumfassend zugestehen. Dieser Eindruck darf hier niemals entstehen, dass dieses Haus es je anders sehen könnte.

1-177

Ignasi Guardans Cambó (ALDE). – Mr President, owing to the importance of this debate, I have a question for the PPE-DE Group. The issue was raised that if the PPE-DE Group was to support the report, it would withdraw, and ask the other groups to withdraw, any element relating to internal Spanish politics. I would ask the PPE-DE Group's representative which amendment tabled by that group is linked to Spanish politics. It would be very interesting to know, and then it could be made public which of the amendments of the PPE-DE Group concern internal politics. Is it the reference to the United Nations in Amendment 1 which they want to delete? Do they want to delete a reference to the United Nations? Is that Spanish internal politics? One has to be coherent. The only person who is trying to introduce internal politics is Mr Mayor Oreja, who did not even have the courtesy to attend this part-session.

1-178

Sarah Ludford (ALDE). – Mr President, I would be extremely grateful if anyone who is supporting the amendments to criminalise glorification could be so kind as to try and answer the points that I raised, which are, first of all, that I fear a chilling effect on free speech and, secondly, that I do not know how they can be made operational.

What is the connection between glorifying an act of terrorism and another terrorist act being committed? It seems to me that there are legal problems, as was found in the UK Court of Appeal last week, because there is no direct connection between glorification and a new terrorist act, which there obviously is when there is incitement, or encouragement at least. If you just 'glorify' a terrorist act, then what is the straight-line connection between that and another act being committed?

If you cannot establish that connection, you risk being undercut in the courts and then end up in a much worse position than before you started. I would be very grateful if anyone who actually supports the criminalisation of glorification or apologia could perhaps educate me, because this is something I do not quite understand.

1-179

Franco Frattini, Vicepresidente della Commissione. – Signor Presidente, onorevoli deputati, credo anch'io che questo dibattito di stasera abbia avuto una rilevanza politica notevole. E credo anch'io che si tratti di trovare insieme una soluzione politica largamente condivisa che formi oggetto di un rapporto che l'unanimità, se non la grande maggioranza dei gruppi, possano accettare.

Io credo che i terroristi oggi cerchino senza dubbio di realizzare una nuova forma di dittatura globale. Abbiamo vissuto nello scorso secolo le grandi dittature, ma questa è una dittatura che si basa sull'offesa al primo dei diritti fondamentali, cioè al diritto alla vita. Ed è chiaro che con la violenza e con l'odio questa strategia purtroppo è diventata una strategia globale.

Ecco perché la nostra reazione deve essere – vorrei dire – non soltanto di cooperazione di polizia, di servizi di informazione, ma deve essere una reazione politica in termini di prevenzione e di rimozione delle cause che conducono al terrorismo. Io credo che prevenzione voglia dire, e molti lo hanno sottolineato, sradicare l'odio, eliminare le ragioni dell'odio senza mai giustificare la violenza, perché il rischio gravissimo in cui non possiamo cadere è il giustificazionismo della violenza. Sradicare l'odio senza giustificare la violenza.

Qualcuno ha parlato di conflitto tra civiltà. Io credo che questa teoria lasci molto a desiderare. Io non sono personalmente convinto che sia in atto uno scontro tra civiltà. Io sono convinto che vi sia un conflitto interno al mondo islamico, cioè un conflitto tra una minoranza che abusa del messaggio religioso e una larga maggioranza di musulmani, direi assolutamente

pacifici, che vogliono vivere in spirito di pace e di tolleranza. Se dobbiamo dare una risposta politica, onorevoli parlamentari, credo che l'unica possibilità sia rafforzare l'Islam riformista e pacifico contro quella minoranza che non è né riformista né pacifica.

Queste sono azioni tutte politiche, non sono azioni di polizia o di sicurezza. Ho parlato dei diritti delle vittime e credo che questo sia un tema da rafforzare. Io credo che i diritti delle vittime debbano essere più considerati rispetto a quanto si sia fatto in passato, per dare loro un aiuto concreto, che non è – credetemi, io ne sono convinto – soltanto un aiuto economico, ma è molto spesso un aiuto a loro o ai superstiti, ai parenti quando ci sono stati degli attentati e degli omicidi. Aiutarli a reinserirsi nella società dopo il trauma terribile che hanno subito. Anche questo è un diritto della vittima: non essere lasciato solo quando sopravvive ad un attentato e perde un parente o una persona cara.

Qualcuno ha detto che dobbiamo capire le cause del terrorismo. Io sono d'accordo, lo avevo già accennato, ma credo che non si debbano legittimare gruppi, organizzazioni o metodi terroristici cercando di capirli. Una cosa è capire, una cosa è legittimare: sono due aspetti fondamentalmente diversi.

E c'è un ultimo tema che vorrei richiamare. Credo che l'Unione europea avrebbe un grande ruolo politico nel mondo se riuscisse ad ottenere un risultato che finora non c'è stato. Il risultato è quello di spingere le Nazioni Unite verso, finalmente, l'adozione della Convenzione internazionale sulla definizione di terrorismo. Noi questa definizione non ce l'abbiamo ancora e questo ci crea notevoli problemi fuori dall'Europa. L'Europa ha una sua definizione di terrorismo, ma come voi sapete vi sono paesi membri dell'Assemblea generale dell'ONU che ancora non condividono né la sostanza né la procedura di una Convenzione ONU sul terrorismo.

Credo che qui l'Europa, se davvero unita intorno a questo tema, potrebbe fare un po' quello che abbiamo fatto sulla moratoria della pena di morte: far muovere le Nazioni Unite su una grande posizione europea consolidata e, in questo modo, dare quella legittimazione globale alla risposta al terrorismo. Se il terrorismo è globale, la nostra risposta deve essere assolutamente ferma ma altrettanto globale.

1-180

Gérard Deprez, rapporteur. – Monsieur le Président, au terme de ce débat, je voudrais faire trois réflexions.

La première, c'est que, si on écoute le commissaire et si on écoute la plupart des intervenants, on est quand même frappé par le fait qu'il y a – en ce qui concerne l'analyse du phénomène, la gravité de la menace, l'équilibre à instaurer entre les mesures de prévention et les mesures de répression – un énorme accord entre nous tous dès le moment où l'on discute de choses opérationnelles à mettre en place: ce qu'il faut analyser, ce qu'il faut prévenir, ce qu'il faut réprimer.

Deuxièmement, malheureusement, j'ai le sentiment que, pour un certain nombre d'éléments de type plutôt symbolique, nous pourrions demain ne pas réunir le consensus qui est nécessaire et je le regretterais parce que, après avoir analysé la liste des amendements, il me semble qu'il y a plus de conflits symboliques que de conflits de fond. L'ennui, c'est que ces conflits symboliques, on pourrait les atténuer si chacun décidait de faire un geste, ce qui n'est pas toujours la caractéristique majeure des groupes politiques dans cette Assemblée.

Troisièmement, il y a quand même quelques réflexions que je voudrais faire à quelques personnes, notamment – et Alexander Alvaro voulait le faire également – à l'égard de notre ami irlandais, qui croit que le respect des droits de l'homme n'est pas nécessaire dans la lutte contre le terrorisme. Je trouve que ça, c'est un danger, je dirais gravissime contre les valeurs de nos sociétés. Il y a un chef d'État, je l'ai entendu un jour s'exprimer à la télévision, un chef d'État européen qui a dit qu'avec un couteau à la main, il irait buter les terroristes jusque dans les chiottes. Eh bien, ce régime-là, maintenant, c'est un régime dans lequel on empoisonne les opposants et on laisse tuer les journalistes et on ne sait pas si les élections sont libres ou si elles ne sont pas faussées. Jouer avec les droits de l'homme dans la lutte contre le terrorisme, c'est prendre le risque d'une dérive inacceptable des sociétés démocratiques.

D'autre part, nous avons été interpellés directement par Sarah Ludford à propos du problème de l'apologie du terrorisme. Je ne peux pas lui répondre sur le fond, je réponds simplement que je suis rapporteur au nom de la commission des libertés publiques, dans les conditions qu'elle connaît et que, lorsque j'ai fait mes réflexions tout à l'heure, je me basais sur le paragraphe 10 du rapport qui a été voté par la commission des libertés publiques, et qui dit très expressément, Sarah, que la commission, et donc le Parlement, "demande un débat ouvert sur une modification de la décision-cadre une telle, en vue d'étendre son champ d'application à la justification du terrorisme", etc.

Donc je n'ai pas fait un plaidoyer, j'ai simplement exprimé ce qui était sorti de la commission des libertés publiques, mais je vais tout de même lui donner une réponse à titre personnel. Quand je parle d'apologie du terrorisme, l'apologie, c'est de l'incitation et je trouve que l'incitation est pénalement punissable.

1-181

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 19 lutego 2008 r.

Oświadczenia pisemne (art. 142)

1-181-500

Lena Ek (ALDE), *skriftlig*. – Kampen mot terrorism får bara föras på ett sätt som hör hemma i ett öppet, demokratiskt och rättssäkert samhälle. Det är fundamentalt att hot mot det öppna samhället ska bekämpas med det öppna samhällets metoder.

Som balans till insatser och åtgärder måste vi värna om de mänskliga rättigheter och rättsstatsprincipen och inte falla undan för integritetsåtgärder.

Därför väljer jag att rösta nej till Gérard Deprezs rekommendation till rådet, om de faktorer som bidrar till ett ökat stöd för terrorism och en ökad rekrytering av terrorister.

1-182

Daciana Octavia Sârbu (PSE), *în scris*. – Colaborarea dintre instituțiile UE în privința luptei împotriva terorismului trebuie să fie perfectă în condițiile amplificării acestui fenomen.

Cred că terorismul a devenit principalul dușman al valorilor europene, al stabilității și al păcii mondiale. Să ne amintim de evenimentele din 11 septembrie 2001 sau cele de la Madrid de acum câțiva ani și avem configurația perfectă a unui tablou ce exprimă groaza, teama și suferința.

Instituțiile europene trebuiau încă de atunci să dezvolte o strategie de cunoaștere, reducere și desființare a acestui fenomen. Este necesar să demarăm un studiu cât mai profund în acest sens: să vedem care sunt cauzele acestuia, ce îi menține pe teroriști atât de înverșunați și capabili să-și dea viața pentru a deveni martiri, ai cui martiri sunt, cum se face recrutarea, cine o finanțează și cum se poate interveni în vreun fel în descurajarea acestui fenomen.

Așadar, pentru a afla toate aceste lucruri și pentru a le stăpâni, în interesul UE, instituțiile europene trebuie să se preocupe de elaborarea acestei strategii.

În acest fel, UE va da un semnal întregii lumi de unitate și de forță.

1-183

26 - Strategia UE na rzecz zapewnienia europejskim przedsiębiorstwom lepszego dostępu do rynków zewnętrznych (debata)

1-184

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Ignasia Guardans Cambó w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego w sprawie Strategii UE na rzecz zapewnienia europejskim przedsiębiorstwom lepszego dostępu do rynków zewnętrznych (2007/2185(INI)) (A6-0002/2008).

1-185

Ignasi Guardans Cambó, *Ponente*. – Señor Presidente, cuando se planteó la Estrategia de Lisboa y todo lo que ello significaba para el crecimiento y la competitividad en Europa, lamentablemente la dimensión del comercio exterior no recibió la atención que merecía como una parte sustancial de una estrategia de competitividad, crecimiento y empleo en el conjunto de la Unión Europea. Hoy, tiempo más tarde, la Comisión Europea ha corregido esta situación, ha rectificado y ha situado claramente el comercio exterior, el acceso a los mercados terceros, como uno de los pilares, uno más, en ese conjunto que tiene que llevar al crecimiento y al bienestar de Europa.

La exportación de bienes y servicios es parte básica de la competitividad de nuestras economías y, por tanto, de aquello que puede generar empleo y riqueza dentro de la Unión Europea. Las dificultades principales para ese acceso, para esa exportación, nacen sobre todo de barreras no arancelarias, no tanto ya de aranceles más o menos reconocidos. La Comisión llevó a cabo en su momento una amplia consulta, con lo que ya demostraba una intención —que compartimos— en el marco de su estrategia más amplia para una Europa global. De hecho, en este informe se retoman buena parte o algunas de las respuestas que recibió en esa consulta y que la Comisión en ese momento decidió no incorporar.

La globalización no es una amenaza exterior frente a la que haya que protegerse; es, o así lo ve este ponente, una inmensa oportunidad para llegar a donde antes no se llegaba y un mercado más amplio es un instrumento para la creación de riqueza, es decir, para la creación de empleo y de bienestar. Ciertamente, y lo digo especialmente mirando a una parte de esta Cámara, se trata de un acceso al mercado, el que se pide con este informe y que debe ser reforzado, ese «*market access*», esa estrategia que puede y debe respetar las circunstancias de cada país. El liderazgo europeo en ese comercio sabe respetar, y debe seguir haciéndolo, las legítimas preocupaciones de las economías emergentes.

Pero una de las economías más abiertas del mundo como es la europea no puede dejarse llevar por determinados dogmatismos. La exportación de bienes y servicios no puede tener barreras no justificadas, tampoco las pueden tener los concursos públicos y en estos temas la Comisión puede y debe hacer más. Puede y debe mejorar sus instrumentos en Bruselas, en el ámbito de la Unión Europea, con una mejor coordinación con los órganos de fomento del comercio por parte de los Estados miembros y de las regiones, y con las propias empresas. Hay que dar en éste ámbito, señor Comisario, su pleno sentido a la palabra subsidiariedad. Tiene ahí la Comisión un papel que jugar que nadie puede jugar en su lugar, que a nadie desplaza, pero que a todos enriquece, coordinando lo que otros ya hacen, quizás sin la eficacia que la Comisión puede aportar.

El informe plantea en este sentido una serie de puntos concretos, en algunos casos muy concretos, que la Comisión puede mejorar en el marco de su estrategia de acceso a los mercados. No los voy a leer aquí, pero están muy claros y son muy precisos y podrán ser evaluados también con la misma precisión. Pedimos, además, muy específicamente, que la Comisión defina acciones *ad hoc* para defender y mejorar la presencia de los productos de las pequeñas y medianas empresas en los mercados de terceros países, porque son las que más dificultades pueden tener cuando se encuentran desprotegidas.

La Comisión puede también, y debe, coordinar mejor los recursos sobre el terreno sin herir susceptibilidades, sin echar a nadie. Cada Estado, cada organismo de apoyo a la exportación, cada representación comercial de un Estado miembro, sin molestar a nadie, las delegaciones de la Unión Europea pueden reforzar su papel en esos terceros Estados. La incomunicación entre algunos de los actores del comercio exterior, que conoce cualquiera que haya visitado el terreno, no tiene justificación alguna. Todo ello sin descartar, siempre que así sea posible, un verdadero enfoque multilateral de cara a mejorar la estandarización, la normalización, la exigencia de mejorar los mecanismos en el marco de la Organización Mundial del Comercio; todo ello será útil.

Por tanto, creo que todos nos podemos felicitar por la aprobación de este informe, previsiblemente por amplia mayoría. Quiero agradecer específicamente a la secretaria de la Comisión de Comercio Internacional, que ha colaborado en su redacción, y a los ponentes alternativos de los distintos grupos parlamentarios que han aportado sus enmiendas, han enriquecido este texto.

Empezamos a partir de aquí un impulso político. Este no es un papel para ser aprobado y enmarcarlo en la pared. Esto es el inicio, como dice su propio nombre, de una estrategia y una estrategia exige todo un conjunto de medidas que deberán ser implementadas y sobre las que en su momento pediremos a la Comisión que vuelva a esta Cámara y nos explique cómo las ha llevado a término.

1-186

Peter Mandelson, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr Guardans Cambó, and the Committee on International Trade very much indeed for this very constructive report. It confirms that we share a common vision, both on the importance of a proactive market access strategy for European businesses and workers, and on the basic principles that should underlie this strategy.

The priorities that are set out here – SMEs, barriers to services and investment, public procurement and IPR – are very much my priorities. That is the same message that the European Council sent last June, and again in response to our progress report last month. We have built a strong new consensus on the importance of this work.

At the heart of the global Europe strategy that we launched in 2006 was the commitment both to keeping our own markets in Europe open, and also to refocusing our resources on creating new opportunities for European workers and companies in the markets of our main trading partners. We can do that above all through a successful WTO trade deal, but we can also do it through a new generation of free-trade agreements. It also means taking a more hard-headed approach to modern trade barriers, and especially non-tariff barriers which operate not at the border, but behind the border. Europe's workers and companies can compete almost anywhere if they are given a fair opportunity and a level playing field on which to compete. Our job is to support them and provide them with a platform to do that, which means focusing on the barriers, conditions and discriminatory regulatory practices that operate against them and deny them that fair opportunity to compete and to trade.

The challenge in 2007 has been to put this policy into practice. In particular, we have focused on strengthening our resources on the ground in our most important markets by creating market access teams that bring together a business, a Member State and Commission staff and experts. These are the people who really know the markets and who have a feel for the local politics and a clear sense of both what is necessary and what is possible. This has produced good results. In the last six months we have scored important successes in South America, Central Asia, South Asia, Japan and Russia. We have also stepped up our cooperation with the United States on market access issues, which has been instrumental in some of these successes.

We have also introduced an on-line complaint register for EU companies and launched real-time and monthly reporting on market access work. I therefore mildly disagree with the suggestion in the report that the Commission has not done enough

to bring out the full potential of this partnership during the launch phase. That does not mean either that I consider the collaboration to be perfect or that I feel in the least bit complacent about what we could do differently, and even better, than we are at the moment.

I agree that this new strategy is a dynamic process which requires constant vigilance and constant commitment. Frankly, it also needs some more high-profile advocates of what we are doing and how we are setting about pursuing our objectives, both in this House and also among the Member States – people who believe in economic openness, but who are also not afraid to speak up for reciprocal market opening, especially amongst those emerging economies whose own growth is being driven by their access to our markets. That is right, that is fair and that is the principle of international trade that we believe in – that whilst we remain open to others they too should progressively open their markets to us if the principle of international trade is going to be well and properly served.

I agree with the rapporteur when he calls on all stakeholders to participate actively in this partnership. We are continuing to improve our coordination work on the ground with Member States and industry, but we need these experts to step up as well if we are to achieve our potential.

On the question of resources, I am grateful for the additional staff that the budgetary authorities have allocated to DG Trade. We will continue to push for more resources for the most important markets in Asia and, for example, in Brazil. In the mean time we have strengthened our staffing on market access activities in Brussels.

Finally, I also take note of your request to receive an annual report from the Commission. Along with the regular reporting, I would be pleased to discuss the annual activity report with Parliament.

So, my thanks again to the rapporteur and to Parliament for its engagement in this very important work. It is vital that we maintain our energy and engagement in 2008 and beyond. This priority means a lot to me and to my services; it means a lot to our businesses in Europe and for the employment they are able to create for our workers, flowing from increased market access and from the strengthening of world trade that is at the heart of our trade policy strategy for a global Europe.

(Applause)

1-187

Silvia-Adriana Țicău, *Raportoare pentru aviz Comisia pentru industrie, cercetare și energie*. – Domnule Președinte, domnule comisar, strategia Uniunii Europene pentru accesul la piață a fost inițiată în 1996. Comisia a dezvoltat un serviciu gratuit ce pune la dispoziție exportatorilor europeni un registru electronic, public, actualizat, privind condițiile de acces pe piețele din aproximativ 100 de țări.

În 2007, în zona euro, comerțul a înregistrat un surplus de 28,3 miliarde de euro, comparativ cu un deficit de 9,3 miliarde de euro în 2006. EU-27 a înregistrat în 2007 un deficit de 185,7 miliarde de euro, comparativ cu un deficit de 192,1 miliarde euro în 2006. Iată, deci, că la nivel comunitar, trebuie luate măsuri pentru ca statele membre din afara zonei euro să devină mai competitive.

Considerăm că accesul la piață va fi facilitat prin promovarea valorilor și principiilor Uniunii Europene către terțe țări prin promovarea piețelor deschise, prin apropierea standardelor sociale și în domeniul mediului înconjurător și prin asigurarea protecției drepturilor intelectuale.

Investițiile în cercetare, campaniile promoționale care să facă publice serviciile și informațiile disponibile, îmbunătățirea sistemului informatic comunitar privind accesul la piață, interconectarea bazelor de date specifice și formarea de specialiști care să sprijine întreprinderile europene trebuie să facă parte din parteneriatul Comisiei cu statele membre și cu întreprinderile europene.

1-188

Corien Wortmann-Kool, *namens de PPE-DE-Fractie*. – Voorzitter, de nieuwe markttoegangstrategie van de Europese Commissie moet heel concreet helpen om belemmeringen in derde landen weg te nemen. Het is dan ook terecht, zoals de commissaris zegt, een aanvulling op de WTO en op vrijhandelsovereenkomsten, een belangrijke aanvulling. Ik ben heel blij met het positieve verslag van het Europees Parlement, met dank aan onze rapporteur, Ignasi Guardans Cambó, die ook zulke duidelijke accenten heeft weten te leggen: betere samenwerking met het Europese bedrijfsleven en ook meer bijstand voor MKB-bedrijven; de helpdesk bij de Europese Commissie, maar ook ter plaatse, in de derde landen. Ik vind het Europese Instituut in China voor Europese MKB-bedrijven een uitstekend initiatief van de Europese Commissie.

Het gaat om reciprociteit. Wij stellen onze markt open voor derde landen en dan moet ook in die derde landen de markt open voor onze Europese bedrijven, en dan met name in de opkomende economieën, China, India, Brazilië, Rusland. Daaraan moeten we dan ook prioriteit geven in deze markttoegangsstrategie, met markttoegangsteams die Europese bedrijven ter plekke assisteren. Daar moet dan ook voldoende personele inzet voor zijn, ook op die Europese ambassades, u zei het zelf ook al. Het Europees bedrijfsleven is de grootste exporteur ter wereld en we moeten continu opboksen tegen

protectionistische maatregelen, ook in die derde landen. Stel uw prioriteiten voor de gebieden die belangrijk zijn: diensten, overheidsopdrachten, investeringen, intellectueel eigendom en douaneprocedures.

Ik ben blij dat u aankondigt dat u ons jaarlijks verslag gaat doen en het is goed dan ook jaarlijks over de prioriteiten te discussiëren. U toont ambitie hier en dat is ons een lief ding waard. Ik zou graag willen dat u ook ambitie toonde als het gaat om de aanpassing van de handelbeschermingsinstrumenten, eenzelfde ambitie als u in deze strategie hebt betoond.

1-189

Carlos Carnero González, *en nombre del Grupo PSE*. – Señor Presidente, querría empezar mi intervención felicitando al ponente por el trabajo realizado, que es un trabajo de propuesta y de análisis muy importante.

En esta Casa no votamos las exposiciones de motivos, pero, si se llegara a hacer con este informe, yo votaría a favor porque, efectivamente, justifica muy bien lo que son las principales propuestas dispositivas. Por ello creo que puedo anunciar el apoyo del Grupo socialista, junto con el ruego de que el ponente tenga en cuenta algunas de las principales enmiendas que hemos presentado, las que más caracterizan a nuestro Grupo desde la izquierda.

En efecto, Europa es el primer exportador de mercancías, el primer proveedor de servicios en el mundo. Y en la globalización, tenemos el legítimo derecho a propugnar que nuestros productos y nuestros servicios tengan la mayor presencia en los mercados; en este caso, en los mercados de los países emergentes. ¿Por qué no? Es lógico y normal, y así lo querrían nuestras ciudadanías. Para eso, las propuestas que se hacen en el informe, que se hacen en la Comunicación de la Comisión, son correctas, empezando por luchar contra las barreras no arancelarias, que el ponente llama muy bien «una hidra»; una hidra que está detrás, pero que, efectivamente, impide no sólo el acceso de los productos y los servicios europeos a los mercados, sino el propio desarrollo equilibrado de esos países y de esos mercados.

Creo, por lo tanto, que este informe va en la buena dirección, porque se trata de conseguir cumplir nuestra agenda de Lisboa, fortaleciendo nuestro modelo social, y también de conseguir que ese modelo vaya introduciéndose en los países emergentes con los que queremos comerciar. Esto, sin duda alguna, me parece beneficioso para los trabajadores europeos y para los trabajadores de esos países.

Nosotros insistimos en el tema de las condiciones laborales, insistimos en el asunto de la seguridad, insistimos en la protección del medio ambiente y, en general, de los derechos humanos. Ésas son nuestras enmiendas clave.

Vuelvo a pedir al ponente que las tenga en cuenta y, desde luego, eso ¿cómo se plasma? Con una cooperación —no sé si se llama «reforzada», porque se confunde un poco con disposiciones institucionales del nuevo Tratado— mucho más fuerte entre la Unión, los Estados miembros y las empresas, empezando por el apoyo a las pequeñas y medianas empresas, así que felicitaciones y buenas noches.

1-190

Cristiana Muscardini, *a nome del gruppo UEN*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sappiamo come questo argomento sia delicato e con quanta attenzione sia seguito nei nostri rispettivi paesi.

Il gruppo UEN si considera molto soddisfatto della proposta presentata dall'on. Guardans Cambó e del lavoro di completamento della stessa in commissione per il commercio internazionale. Tengo a congratularmi con il relatore, apprezzando l'analisi e l'angolazione europea e quindi l'accento sulle difficoltà spesso generate da ostacoli ingiustificati, con le quali deve confrontarsi l'industria europea sui mercati internazionali.

Migliorare tale competitività vuol dire dare una mano importante per la buona riuscita della strategia di Lisbona. Se siamo capaci di offrire migliori spazi nei mercati internazionali all'industria europea metteremo le imprese in condizioni di crescere, di investire anche in *savoir-faire* e tecnologia e di creare maggiore occupazione. E' questo che ci viene chiesto da molti settori economici dei nostri paesi.

L'accesso per l'industria europea sui mercati stranieri trova ostacoli di varia natura. Le barriere si compongono di un insieme di misure di vario tipo che vanno da regolamentazioni farraginose e da scoraggiare l'investimento o l'ingresso sul mercato a pratiche commerciali sleali, a scarsa attenzione ai diritti di proprietà intellettuale e a contraffazione diffusa a discapito dei prodotti europei e, più in generale, violazioni serie e sistematiche delle regole OMC e di altre norme che disciplinano il commercio internazionale.

La comunicazione della Commissione va nella giusta direzione e il Parlamento vuole appoggiare le iniziative indicate, volte a migliorare l'accesso sui mercati stranieri. Tra queste l'instaurazione di un partenariato strategico rafforzato tra la Commissione, che manterrebbe il suo ruolo di coordinatrice, gli Stati membri e le imprese dell'Unione europea, al fine di sostenere gli operatori commerciali e soprattutto le piccole e medie imprese che vogliono avere contatti o esportare nei paesi terzi.

Bisogna rafforzare la presenza nelle delegazioni della Commissione situate in alcuni paesi chiave. Queste mosse devono essere inserite in una strategia più ampia, portata avanti congiuntamente con i principali partner commerciali, quali Stati Uniti, Giappone e Canada, che hanno a livello internazionale le nostre stesse preoccupazioni e possono farsi promotori con l'Unione di un accordo multilaterale sulla materia, promuovendo meccanismi OMC che consentano risposte rapide in caso di nuovi ostacoli non tariffari.

L'azione a livello multilaterale, la più efficace per il numero dei paesi coinvolti e anche la più difficile, ha bisogno quindi di essere accompagnata da accordi nei quali bisogna far emergere e risolvere da parte nostra le incongruenze legate alla presenza di ostacoli ingiustificati nei paesi terzi.

1-191

Carl Schlyter, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! När man läser kommissionens meddelande, och i synnerhet parlamentets betänkande, kan man tro att stackars lilla EU är diskriminerat av onda utländska makter. Detta syns speciellt i punkt 4 i betänkandet som säger att vi uppmanar kommissionen att se till att våra handelsintressen försvaras mot tredjeländers lagvidriga eller orättvisa handelsförfaranden. Och vidare: ”EU bör agera snabbt och med fasthet när tredjeländer otillbörligt begränsar tillträde till sina marknader för EU-företag”.

Vi bör vara försiktiga med den typen av språk mot före detta kolonier. De kommer ihåg när Europa senast agerade med fasthet för att försvara sina intressen. Det språket kan skada oss mer än eventuella begränsningar av handeln.

Visst har kommissionen en poäng i att det finns tekniska handelshinder och orättvisa regler. Naturligtvis ska vi lugnt och resonerande diskutera detta med våra partners och lösa eventuella problem. Bjud då inte bara in företag utan även frivilligorganisationer, även från tredjeländer. Då kanske vi kan förstå orsaken bakom reglerna och förstå om de är rimliga eller inte.

Jag är orolig för tiopunktslistan. Restriktiva exportförfaranden för råvaror, tak för utländskt ägande i tjänstesektorn, hinder för utländska direktinvesteringar, statliga upphandlingsförfaranden och användningen av statligt stöd måste kunna betraktas som motiverade handelshinder som härrör ur en legitim lagstiftning och som är administrativa åtgärder från offentliga myndigheter. De kan inte tas bort utan offentliga samråd och överläggningar utan att stabiliteten i de länderna hotas.

Länder måste ha rätt att skydda hälsa och miljö och kunna ha en upphandling som bibehåller möjligheten för sina lokala företag att inte fullständigt slås ut av internationell konkurrens och skapa massarbetslöshet. Vi kan inte heller ställa orimliga krav på länder som knappt har resurser att skydda mänskliga rättigheter att de ska skydda våra immateriella rättigheter. Vi ska hellre fria än fälla.

Vi ska sätta åt de regler som syftar till att gynna utländskt verkande företag i deras länder och som agerar mot andra utländska aktörer. Det är där vi kan ta bort regler. Regler som är direkt eller indirekt avsedda att skydda befolkningen eller lokalt verkande företag måste vi kunna se mellan fingrarna med ibland. Vi har själva skyddat vår industri tills den var stark nog att konkurrera internationellt. Andra måste också kunna ha den möjligheten.

1-192

Christofer Fjellner (PPE-DE). – Att skapa marknadstillträde handlar om att avskaffa tullar och icke-tariffära handelshinder runt om i världen. Det är en enormt viktig prioritering för unionens handelspolitik. Det skapar inte bara affärsmöjligheter för europeiska företag utan även tillgång till bättre och billigare produkter i andra delar av världen. Det skapar välstånd runt om i världen.

Detta är även en fråga där jag upplever att vi är ovanligt eniga i Europaparlamentet. Det är glädjande i en tid då protektionismen är på global frammarsch. Därför tycker jag också att kommissionens meddelande och Ignasi Guardans Cambós betänkande är mer välkomna än någonsin. De är verkligen väldigt bra.

I denna diskussion skulle jag vilja peka på en annan fråga som vi inte får glömma bort - den andra sidan av öppenheten. Jag tycker att de hänger ihop. Europeiska företag behöver även öppenhet in i Europa för att kunna bli globalt konkurrenskraftiga och utnyttja det marknadstillträde som vi kan skapa i andra länder. I vår globaliserade värld med allt fler företag med globala försörjningskedjor kan egna tullar vara lika skadliga för våra framgångsrika företag som just de tullar vi bekämpar i andra länder.

Jag har ett konkret förslag till kommissionsledamoten, ett förslag som kanske kan hjälpa till en aning med att lösa denna fråga. När företag har problem med handeln inom EU anmäler de dem till Solvit som är ett jättebra verktyg för att öka rörligheten på den inre marknaden. Har företaget problem med att exportera till ett land utanför EU, så anmäler man det till databasen för marknadstillträde. Även det är väldigt viktigt. Båda dessa system ligger sedan till grund för förhandlingar om hur handeln kan underlättas. Förhoppningsvis kan man utveckla antingen databasen för marknadstillträde eller Solvit till att även ta hand om problem som importerande EU-företag kan råka ut för.

Om vi gör det kan vi fortsätta att driva på både oss själva och resten av världen i mer frihandelsvänlig riktning. Då kan vi visa att Europa leder arbetet med att öppna marknader, både borta och hemma.

1-193

Leopold Józef Rutowicz (UEN). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie pana Guardansa omawia wszystkie obszary związane z umocnieniem partnerstwa na rzecz łatwiejszego dostępu do rynków krajów trzecich dla europejskich eksporterów.

Ten dostęp jest często ograniczany praktykami protekcyjnymi, nieuczciwą konkurencją, tworzeniem barier biurokratycznych. Szczególnie utrudniony eksport mają małe i średnie przedsiębiorstwa tworzące najwięcej miejsc pracy w Europie. Mają one ograniczone możliwości wynikające z braku środków potrzebnych na badania, na nowe technologie, na zaistnienie na tych rynkach i dostosowanie produktów i usług do odbiorców.

Sprawozdanie słusznie podkreśla konieczność udzielania im znacznej pomocy dla nich przez administrację europejską i krajową oraz służby dyplomatyczne. Unia Europejska powinna zwiększać działania logistyczne i udzielać właściwe wsparcie ułatwiające tym przedsiębiorcom działalność na rynkach trzecich.

1-194

Γεώργιος Παπαστάμκος (PPE-DE). – Μας απασχολεί ιδιαίτερος, όπως και εσάς, κύριε Επίτροπε, η έλλειψη αμοιβαιότητας ως προς τις συνθήκες πρόσβασης στην αγορά και η άνιση μεταχείριση που επιφυλάσσουν πολλοί εταίροι στα ευρωπαϊκά προϊόντα.

Στον τομέα της κλωστοϋφαντουργίας και της ένδυσης, π.χ., η Ευρωπαϊκή Ένωση εφαρμόζει μέσο δασμό 9%, από τους χαμηλότερους παγκοσμίως. Αντιθέτως, πολλοί ανταγωνιστές επιβάλλουν δασμούς έως και άνω του 30% παραλλήλως με πληθώρα μη δασμολογικών φραγμών.

Πρέπει λοιπόν και οι αναδυόμενες οικονομίες να αποδεχθούν ως ένα βαθμό την αρχή της αμοιβαιότητας στις παραχωρήσεις αναλόγως προς το επίπεδο της ανάπτυξης και της τομεακής ανταγωνιστικότητάς τους. Άκρως ελλειμματική παραμένει η προστασία των δικαιωμάτων πνευματικής ιδιοκτησίας σε παγκόσμιο επίπεδο καθώς και των γεωγραφικών ενδείξεων, γεγονός που εξουδετερώνει το ανταγωνιστικό πλεονέκτημα των υψηλής προστιθέμενης αξίας ευρωπαϊκών προϊόντων, τόσο των βιομηχανικών όσο και των γεωργικών.

Η εναρμόνιση των διεθνών ρυθμιστικών προτύπων και κανόνων η οποία διευκολύνει την πρόσβαση στις ξένες αγορές δεν θα πρέπει να καταστήσει ελαστικότερο το ευρωπαϊκό ρυθμιστικό πλαίσιο περιβαλλοντικής και κοινωνικής προστασίας, προστασίας της δημόσιας υγείας και του καταναλωτή.

Αντιθέτως, ζητούμενο είναι η σύγκλιση αλλά με όρους ανοδικής κλιμάκωσης. Ιδιαίτερας επίσης σημασίας είναι η υπαγωγή των εισαγωγών σε αντίστοιχες προδιαγραφές και απαιτήσεις καθώς και η αναζήτηση μέσων αποτελεσματικής αντιμετώπισης του οικολογικού και κοινωνικού ντάμπινγκ.

Τέλος, θα ήθελα να υπογραμμίσω ότι στο επίκεντρο της νέας στρατηγικής για την πρόσβαση στην αγορά θα πρέπει να βρεθούν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις.

Συγχαίρω τον εισηγητή καθώς και την σκιάδη εισηγήτρια αλλά και εσάς, κύριε Επίτροπε, και καλωσορίζουμε την πρωτοβουλία της Επιτροπής σχετικά με τη νέα στρατηγική πρόσβασης στην αγορά.

1-195

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Pane komisaři, jsem rovněž přesvědčena, že delegace Evropské unie a nové týmy pro přístup na trhy působící ve třetích zemích potřebují podstatně silnější mandát a že by Komise měla přehodnotit své priority v rozmístění lidských zdrojů v delegacích Evropské unie a početně je posílit, zejména ty v Číně, Indii, Rusku či Brazílii. Ale i členské státy by se měly podstatněji podílet na lidských a finančních zdrojích těchto delegací, a to úměrně podle svých obchodních zájmů. Dále by Komise a i členské státy měly lépe spolupracovat s evropskými obchodními komorami, obchodními sdruženími a agenturami členských států ve třetích zemích, protože to je důležité pro výměnu informací mezi delegacemi, zastupitelskými úřady a evropskými podnikovými asociacemi. To by pomohlo zejména malým podnikům. Ovšem hlavním cílem naší strategie musí být reciprocita obchodních vztahů, a to zejména příkladně v Číně, a také důslednější vymáhání mezinárodního obchodního práva a ne nálepkovat je někdy – toto vymáhání – protekcionismem.

1-196

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, I was interested that the Commissioner was the only one who mentioned the World Trade talks. Perhaps this is an opportunity to get some information referring to the new opportunities in the markets of our main trading partners that a successful WTO deal would give us. But you also said, Commissioner, that perhaps a new generation of free-trade agreements might do it. Are you conceding defeat at the WTO? Perhaps you could give us some up-to-date information on that, because I think that is a crucial part of this debate.

Could I ask you, also, to clarify some concerns in relation to the current situation on the agriculture part of the WTO? There are concerns about further concessions being made by the EU on import tariffs on sensitive products, and some large tariff-rate quota increases as being part of the agenda, because there is also the issue of what progress you are making at the WTO on access for non-agricultural goods and services. I think we need an update, if you can give us that, as part of this debate.

1-197

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – Panie Przewodniczący! Zabierając głos w tej debacie chcemy zwrócić uwagę na trzy kwestie. Po pierwsze, konieczna jest jednoznaczna i stanowcza postawa Unii Europejskiej w każdej sprawie, w której naruszone są interesy eksportowe jakiegokolwiek kraju członkowskiego, wynikające ze stosowania niesprawiedliwych praktyk przez kraje trzecie. W tej sytuacji na uznanie zasługuje np. stanowisko Unii Europejskiej w sprawie blokady polskiego mięsa i produktów roślinnych na rynek rosyjski. Niestety, zostało zaprezentowane wobec Rosji po ponad roku stosowania przez ten kraj restrykcji wobec polskiego eksportu, w sytuacji kiedy Polska wetem zablokowała przygotowania umowy Unia Europejska - Rosja.

Po drugie, otwieranie rynku unijnego na towary i usługi pochodzące z krajów trzecich powinno być dokonywane na zasadach wzajemności, przy czym Unia powinna pilnować, aby eksporterzy z krajów trzecich uwzględniali w kosztach wytwarzania nakłady na przestrzeganie norm ekologicznych i bezpieczeństwa socjalnego pracowników w swoich krajach. Bez uwzględniania tych kosztów towary europejskie będą przegrywały konkurencję na światowych rynkach.

Po trzecie, należy bardzo ostrożnie otwierać rynek unijny na dostęp produktów rolniczych pochodzących z krajów trzecich. Pełna otwartość oznacza bowiem likwidację wielu dziedzin europejskiego rolnictwa, co oznacza zakwestionowanie bezpieczeństwa żywnościowego Europy.

1-198

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Otwartość gospodarki, otwartość rynku to cechy współczesnej gospodarki rynkowej, ekonomii XXI wieku, to nowa jakość w światowej gospodarce. Nie wszystkie podmioty gospodarcze są w stanie sprostać konkurencji, szczególnie konkurencji nie zawsze czystej, konkurencji zdominowanej przez wielkich i silnych.

Jeśli import mogą realizować firmy tak duże, jak i małe, to w przypadku eksportu większe szanse rozwoju tego eksportu mają firmy duże. Bowiem wejście na nowe rynki wymaga dużych nakładów na promocję i budowę całego systemu logistycznego. Dlatego wydaje się zasadne, aby małe i średnie firmy organizowały wspólne przedsięwzięcia na rzecz rozwoju eksportu, a szczególnie jego promocji.

Należy dopuścić pewną pomoc, wsparcie państw dla firm w zakresie promocji eksportu, głównie w obszarze *know-how*. Wreszcie na szczeblu WTO należy tworzyć udogodnienia dla rozwoju wymiany handlowej przez małe i średnie firmy. Szczęólnego znaczenia nabywa dostępność do informacji podmiotów uczestniczących w globalnym rynku. W obszarze wymiany handlowej powinno się tworzyć nową jakość, przede wszystkim tworzyć równość szans w dostępie do rynku.

1-199

Peter Mandelson, Member of the Commission. – Mr President, I wish to thank you and the honourable Members for what has been a very constructive and useful debate on this excellent report. I am particularly grateful to the Member who intervened to urge a reassessment of the staffing allocations of Commission delegations in key economies. I thought this was an excellent proposal, and one that I will have no hesitation at all in communicating to my colleagues. I could rehearse for you the details of the small number of delegation staff working, for example, on trade matters in China compared to the considerably larger numbers of staff working on what is a very small amount of development aid and cooperation in that country, set alongside the billions that are at stake for Europe in trade. But I will not; I will simply pocket the suggestion and pass it on.

It is certainly not the case that I am advocating free-trade agreements at the expense of the world trade talks. Anyone who is familiar with the global Europe trade strategy that we presented in November 2006 will realise that my advocacy of deep, comprehensive free-trade agreements that really contribute to increasing the sum total of world trade, and not simply divert it, has been a feature of our approach alongside our commitment to the WTO talks – the Doha Round. I can assure the honourable Member that I am continuing to work for their success rather than their failure. Rumours about further unacceptable or inappropriate concessions on agriculture are unfounded. Indeed, the only rumours that I have picked up about such unwarranted concessions actually came from the Irish Foreign Minister in the General Affairs Council today. These rumours seem to be circulating within a relatively small community of interest.

The fact is that on agriculture – and other areas of the Doha talks – we will move as far as it is prudent for us to go in order to contribute to the success of the world trade talks, but ultimately this must be within the limits of the mandate we have been given on the basis of the 2003 CAP reform.

It is true that we have two new negotiating texts that have been presented by negotiating group chairs in recent weeks. On agriculture, we have a text in which not everything is to our liking, but there is nothing that we cannot handle in that agriculture text or that will push us beyond our mandate.

In the case of non-agricultural market access – industrial goods – the situation, in my view, is not so satisfactory. There, the new text presented by the chairman has created a greater fluidity in the negotiations, rather than more concrete foundations. I regret that, but again it is something that we have to work with and negotiate our way through.

These debates would not be so enjoyable if it were not for Mr Schlyter's contributions. Whenever he intervenes I always feel reinforced in my personal commitment and conviction concerning free trade. His interventions always reassure me that we are indeed on the right track. It is not a question of the poor little European Union struggling against the mighty titans amongst the emerging economies, nor is it about a sort of fit of aggressive bullying that has taken over the Commission in the area of trade, in which we seek without consultation or consideration to impose our interests on others.

The fact is that those of us who believe in international trade are seeking balance and we are seeking reciprocity, but we are also seeking mutual advantage. When we seek openings in the economies of others, we are not doing that in order simply to satisfy ourselves, or to serve our own interests and our own needs. We are also contributing to the welfare and growth of the economies whose greater opening we are trying to bring about.

Of course, the liberalisation of economies is something that has to be achieved progressively. It is an incremental process, rather than a big bang or a sudden shock. The fact is that emerging economies benefit from greater opening. This means useful competition to stimulate innovation and to spur productivity in those economies, it means lowering the costs of inputs to local industry, it means lower-priced goods for consumers in those emerging economies, and it means bringing capital, technologies, creativity and modern management skills to those emerging economies.

The fact is that this process of opening and integration to the global economy secures the growth and strengthening of those emerging economies to enable their businesses to grow, to create much-needed employment for their workers in these economies, and to generate products and services for export so that they can create and secure a growing share of international trade. In other words, opening begets opening; trade begets trade. Our prosperity and our opportunities beget opportunities for those who live and work in those emerging economies. It is, in other words, a virtuous process that we are talking about, and that is what the market access strategy which our rapporteur has presented such an excellent report on is all about.

In concluding, I would say that when it comes to local procurement it is indeed important to support and encourage the capacity of emerging economies and developing countries to supply their local procurement markets. However, if this means higher costs for public procurement in those economies, if it means inefficiencies, if it means a lack of transparency, and indeed in some cases corruption in the operation of public procurement, who shoulders the costs of that? The answer is the very local people, the very local workers and the very local taxpayers in emerging economies and developing countries who can ill afford to shoulder those costs.

That is why it is important to bring openness and transparency to public procurement policies and behaviour in emerging economies. It is not simply to please and to satisfy the 'poor little' European Union.

1-200

Ignasi Guardans Cambó, *rapporteur*. – Mr President, there is not much more to say. First of all, let me thank again all those who have enriched this debate, not just today but ever since the debate started, through their contributions, amendments and even the informal conversations we have had, which has resulted in a final text which is not the work of one rapporteur but of everyone involved.

We mostly shared the diagnosis, and I was very surprised at the tone of some of the comments from the Green corner of this House. It would be interesting to have the colleague in question go and see the results and consequences of free trade *in situ* and also to go and explain to a medium-sized enterprise, say near Barcelona where I live, that this was a 'colonial approach'. I could quote so many companies who are fighting to export, with a great part of their activities depending on exports. He might like to tell the employees of those factories that they are just acting as European colonisers in trying to enlarge the export market share of the product they are manufacturing, when if China introduces barriers which prevent them from exporting what they are manufacturing it is their jobs which are at stake.

This is not just about big words on big European companies being colonial, it is about something much more real. Although everyone has the right to portray things as they wish, I must say that the idea of this being a 'colonialist' report really surprised me and might be even be viewed as comic by a lot of exporters in my country.

It is clear, though, that we do, in general, agree on the diagnosis, and as the Commission has said it is something that was started by the Council, was followed up by the Commission and is today being supported by Parliament, which of course

puts a lot of responsibility on your shoulders, Commissioner, because we do have a common approach. Again, let me underline that this is a dynamic process and a fresh strategy, and some elements are indeed new and need to be followed up. May I quote a point in the report which was underlined by our colleague and which you liked so much: ‘We call on the Commission to reprioritise the deployment and eventually to increase the human resources available for European Union delegations, so that more staff are available to start up and ensure the successful functioning of market access teams’. The same is true, *inter alia*, of what the report says on SMEs. There are a lot of new things in this report, and we wish you all the best in implementing them.

1-201

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 19 lutego 2008 r.

Oświadczenia pisemne (art. 142)

1-202

Tokia Saïfi (PPE-DE), par écrit. – La compétitivité de l'industrie européenne doit être placée au cœur de l'agenda communautaire car elle est seule permettra de créer des emplois qualifiés, de garantir la croissance économique de l'Europe, d'assurer la survie du système social européen et de faire en sorte que l'UE puisse demeurer une grande puissance commerciale au XXIe siècle.

Aussi pour que cette compétitivité soit assurée, nous devons progresser vers des conditions d'accès aux marchés équitables et réciproques. En effet le marché européen est l'un des plus ouvert et compétitif au monde, grâce notamment au droit de la concurrence qui garantit une compétition ouverte et équitable dans l'UE.

Néanmoins sur le volet extérieur, l'UE se confronte à de nombreux obstacles commerciaux. En effet, les marchés des principaux partenaires commerciaux de l'Europe ne présentent pas le même degré d'ouverture et de transparence que le marché communautaire. Aussi il est plus que nécessaire de rétablir des conditions réciproques d'accès au marché au niveau des pays tiers et plus particulièrement des pays émergents et de lutter contre les pratiques commerciales déloyales. Il nous faut agir rapidement et avec fermeté pour que nos PME puissent notamment avoir accès sans entrave aux marchés et plus particulièrement aux marchés publics.

1-203

27 - Reforma instrumentów ochrony handlu (debata)

1-204

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie Komisji dotyczące reformy instrumentów ochrony handlu.

1-205

Peter Mandelson, Member of the Commission. – Mr President, it is my good fortune to be able to respond happily to two subjects in Parliament this evening. I am very pleased that I made it all the way back from Kiev in order to do so.

So let me start by thanking Parliament for the invitation and the opportunity to make this statement on trade defence. I would like to thank Parliament for its close interest in this dossier, evidenced by our discussions both in plenary and in the Committee on International Trade.

In 2006, the Commission and the Council agreed on the need for a review of Europe's trade defence instruments. The intention of this review was to ensure that Europe's vital tools were defending its workers and businesses against unfair trade and were continuing to work as effectively as possible, especially taking into account the dramatic changes in the global economy, where European businesses operate global supply chains, and where the mix of economic interests amongst European businesses is inevitably becoming more and more complex and difficult to judge and to call.

Following our review and public consultation, and with the backing of the College, I worked with my officials on a set of proposals for adjustments to the EU's trade defence rules that would offer real improvements in accessibility, transparency and speed and clarity for businesses. They would include, for example, greater access to documents, greater assistance for small businesses using the trade defence system and faster provisional measures.

We would also propose to clarify, through the drafting of guidelines, the application of EU rules in two important areas. First, the considerations for determining what degree of production outside of Europe disqualifies a company from being treated as European for the purposes of our investigations and trade defence assessments.

Second, regarding the considerations that should be used in the Community interest test, which allows us to determine that trade defence action is indeed in the wider economic interest of the European Union – something which, as I say, is

becoming increasingly complex and difficult to analyse, where situations are not quite as straightforward and not quite as black and white as they perhaps might appear on the surface, or indeed as was the case in the classic operation of trade defence machinery in the past.

The intention in both these areas is largely to codify established practice, which would create clarity and predictability for businesses and decision-making in contentious cases, which we have had experience of in recent years and which, I suggest, are going to increase, not decrease, in number in the coming years.

Whatever your position on the merits or demerits of anti-dumping, those, I think, are useful things to improve upon and to clarify and to issue guidelines upon, in order to give greater certainty and predictability to those who are appealing for the use of these instruments.

A set of proposals along these lines would be balanced. It would reflect a middle ground of the debate among all the interested parties and the Member States. There is no point and no advantage in trying to push the centre of gravity, in the design and operation of our trade defence instruments, to one side or the other in the range of opinions in the European Union that inhabit the subject of trade defence. It is necessary to devise and to identify a route that takes you, broadly speaking, down the middle.

Although our attempts have often been portrayed by people as an attempt to go to one side or the other, these impressions can only have been formed by people who cannot have seen our preliminary conclusions and proposals, because there is nothing in such a package that weakens our ability to tackle unfair trade, and nothing which fundamentally alters the basis of the operation of our trade defence instruments.

However, it is clear from consultation that this issue is politically sensitive and continues to attract vigorous debate and, I have to say, some disagreement.

A package that balances the different concerns in the debate will not currently, in my view, attract the necessary support, and it is better to build on consensus than seek to reconcile presently irreconcilable viewpoints on what clarification and what reform should take place.

The political environment in which this subject has been discussed is not easy. Some argue that, at a time when we are pressing partners like China to trade fairly, we must not risk even the perception that the EU will lower its guard on trade defence. No such motivation, no such intention is present, but, nonetheless, some have argued that even risking the perception would be unwise at this moment.

Furthermore, the rules negotiations in the Doha Round, in particular the chairs' text, have also put the international TDI environment into considerable flux, because of the text's surprising and, frankly, unacceptable content. I do not think there has been a chairs' text in the history of chairs' texts in the Doha Round that has attracted less support from right across the membership of the WTO than the current chairs' text on rules.

But, above all, our objective has been to strengthen unity on the operation of trade defence instruments in order to make them more workable, and it is not my job as Commissioner to weaken that unity.

The reality is that, as of today, this unity that I would like to see is not sufficiently in evidence amongst our Member States. That does not mean one side of this debate is right and that the other is wrong, just that both sides need to continue working towards a greater consensus and, frankly, a greater sense of solidarity in the operation of these instruments.

That is what I propose to encourage. We will continue to consult on the ideas that we have floated and to build agreement by drawing on our experience.

I would finish by making this observation. The pressures that global economic change is exerting on our trade defence system are here to stay. They are not going to go away; they are actually going to grow. The pressures are going to become greater. Our ability to operate the traditional consensus and solidarity is going to become harder, not easier, which makes it all the more important that the role of the Commission grows in navigating our way through the different and competing interests and views that businesses and Member States have on this subject.

I believe that future cases will demonstrate the need for clarity and will demonstrate the need for the sort of guidelines that we have originally drafted. The questions with which we started this review will still be present in six months, in a year and in two years, and I firmly believe that, in due course, they are going to have to be addressed.

Our challenge is together to find economically and politically credible answers, and the Commission will continue to work with that in mind.

1-206

Christofer Fjellner, för PPE-DE-gruppen. – Tack Peter Mandelson. När ni stod här senast talade ni om behovet av en reform av de handelspolitiska skyddsinstrumenten. Ni talade med engagemang om hur globaliseringen och de globala försörjningskedjorna har ändrat förutsättningarna för de handelspolitiska skyddsinstrumenten och att de därför behövs uppdateras för att förbli effektiva och ta hänsyn till gemenskapens intresse. Allt det ni då sa är fortfarande sant. Vi behöver en reform av instrumenten.

Sedan dess har det dock visat sig väldigt svårt att genomföra en reform. Konflikterna mellan europeiska företag och mellan medlemsstater är stora. Men det minskar inte behovet av en reform, tvärtom. Att allting är så infekterat och att man i fall efter fall ser samma konfliktlinjer enligt samma förutsägbara spår visar enligt min mening att vi behöver förändring. Vi behöver ny samling kring instrumentet och ett konsensus som enar.

Nu är reformen uppskjuten och förefaller ganska avlägsen. Det beklagar säkert fler än jag. Men att tvista om vems fel det var, om det är medlemsstaternas fel eller om det är kommissionens fel och vilka medlemsstater som har satt käppar i hjulet tjänar inget till. *The blame game* tjänar ingen på.

För trots att förslaget för tillfället är stoppat får idéerna inte begravas. Vi får inte glömma frågan. Vi måste fortsätta diskutera och ta fasta på det vi faktiskt är överens om. Jag tror att det finns en hel del. Det gäller transparens och öppenhet. Det gäller troligtvis även tydliga regler för hur vi tillämpar gemenskapsintresset. Kanske till och med hur vi moderniserar definitionen av gemenskapsindustri.

Men det förutsätter att vi håller debatten vid liv och fortsätter debattera och kompromissa. Jag hoppas att vi kommer att göra det här i Europaparlamentet. Jag hoppas även att medlemsstaterna och kommissionen håller debatten vid liv.

1-207

Jan Marinus Wiersma, namens de PSE-Fractie. – Voorzitter, ik wil beginnen met de commissaris te danken voor zijn toelichting en ook zijn eerlijkheid bij het uitleggen van de dilemma's waarmee hij geconfronteerd wordt als hij met zijn collega's en met de lidstaten praat over de hervorming van het handelsdefensiemechanisme van de Europese Unie. Dat is één. En ik ben blij dat u ook eerlijk zegt waarom u niet op dit moment met voorstellen kunt komen, omdat het gewoon heel erg moeilijk is om binnen de Europese Unie overeenstemming te vinden over wat nu de beste weg vooruit is.

Wat de commissaris ook benadrukt is dat het van belang is een brug te vinden tussen die landen die vooral met handel hun geld verdienen en die landen die het vooral van productie moeten hebben. Ik kom zelf uit een handelsland, Nederland, maar ik begrijp heel goed de zorgen die landen als Frankrijk of Duitsland, die een grote productiebasis hebben, hebben over de ontwikkeling van de wereldhandel en de bescherming. Voor hen is er ook de noodzaak om hun eigen industrie te beschermen. Het is dus van groot belang die brug te vinden en het is ook belangrijk dat de commissaris zich daar vooral wil voor inspannen.

Ik vind wel dat de discussie gevoerd moet worden. We moeten ook durven praten over de noodzaak van hervorming van die handelbeschermingsinstrumenten omdat we te maken hebben met snelle veranderingen in de internationale economie. Waar zou je dan over moeten discussiëren? Ik zeg met name discussiëren, want de antwoorden heb ik ook nog niet allemaal. Er moet gediscussieerd worden over transparantie in het systeem, over de grotere flexibiliteit die nodig is, over een betere definitie van wat een Europees bedrijf is, over sociale en milieuaspecten in verband met het vaststellen van het belang van de Europese Gemeenschap. Dat zijn een aantal punten waarover we als Parlement moeten discussiëren en proberen tot conclusies te komen die we vervolgens dan weer kunnen wisselen met de commissaris.

Ik denk dat het te vroeg is, ook vanuit mijn eigen fractie, om nu al met heel concrete voorstellen te komen over hoe het zou moeten. Ik ben bereid de discussie aan te gaan over de noodzaak van hervorming en dan na te denken over de vraag hoe een aantal richtingen kunnen worden aangegeven waarlangs we verder zouden willen werken. Dat vergt ook in mijn fractie nog een enorme discussie, net zoals dat in de Raad en de Commissie het geval is. Laten we dat proberen. Ik ben het met de commissaris eens. Of het nu binnen zes maanden of binnen twaalf maanden of binnen twee jaar geformuleerd wordt, laten we in ieder geval met het debat beginnen. Want we kunnen gewoon niet negeren dat er in de wereld een aantal veranderingen zijn, ook in de wereldeconomie, waaraan ons handelbeschermingssysteem moet worden aangepast. Dat lijkt me een belangrijke start van een discussie en ik ben blij dat de commissaris zo eerlijk is geweest over de problemen waarmee hij zelf wordt geconfronteerd.

1-208

Carl Schlyter, för Verts/ALE-gruppen. – Jag tackar kommissionsledamoten. Debatter med er är alltid underhållande! Jag stärker också alltid i min uppfattning att rättvis handel är bättre än fri handel och naturligtvis även att solidarisk handel med en svagare part är viktigare än en formellt rättvis och reciprok handel.

Men nu över till TDI, Trade and Development Index.

Förresten, vi kanske ska studera varandras bokhyllor och kanske förstå bakgrunden över en kopp rooiboste någon gång? Om inte annat så får du följa med till soptippen där jag blev politiskt aktiv och träffa mina gatubarn i Brasilien.

Åter till TDI. Vad är ett europeiskt företag? Det är svårt att definiera nu och därför kan det bli svårt att använda det också. Vilket intresse är ett äkta *community interest*. Konsumenterna? Frivilligorganisationerna? Små företag? Stora företag? Det är inte alls lätt att definiera, vilket innebär att det är svårt att använda instrumentet idag, utom i vissa uppenbara fall.

Det finns en dimension av det hela som helt saknas och som jag tycker vore väldigt intressant om ni kunde komma tillbaka till när ni kommer med nya förslag. Skulle inte ekologisk och social dumping kunna jämföras med direkt dumping? Vari ligger skillnaden om ett företag slipper miljöregler och sociala bestämmelser värda en miljard euro, eller får en miljard euro i statsbidrag? Det vore intressant om ni kunde ta upp en diskussion med WTO och se om vi kan komma vidare i den frågan.

1-209

Helmuth Markov, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ganz deutlich gesagt: Ich freue mich, dass die von Ihnen vorgeschlagene Reform der Handelsschutzinstrumente gescheitert ist. Sie, Herr Kommissar, haben versucht, die TDI-Reform voranzutreiben, indem Sie dieses Vorhaben in die *Global Europe Strategy* aufgenommen haben. Selbst wenn man davon ausgeht, dass eine solche benötigt wird, ist doch klar, dass es darum gehen sollte, diese Instrumente dort, wo sie Sinn machen, zu stärken, anstatt sie praktisch abzuschaffen. Aber Letzteres war Intention Ihrer Mitteilung vom November 2007. Sie haben damit auch die große Mehrheit der Interessenvertreter, die das bestehende System befürworten, übergangen, der nur eine kleine Minderheit gegenübersteht, die es schleichend aushöhlen will. Die Beendigung des Neuordnungsvorhabens schon auf der Ebene der Kommission zeigt, dass die große Mehrheit der Mitgliedstaaten und auch viele Ihrer eigenen Kollegen die Vorschläge für nicht akzeptabel hielten und dass diese zu sehr an den Interessen einer kleinen, aber sehr lautstarken Lobby ausgerichtet waren.

Wem hätte diese Reform genützt? Weder den europäischen Arbeitnehmern, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, weil Großunternehmen die von Ihnen hochgelobten komparativen Vorteile in Schwellenländern ausnutzen, noch den Arbeitnehmern dort, die unakzeptablen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, und ganz zu schweigen – das sage ich Ihnen als Unternehmer – von den Unternehmen, die in der Europäischen Union nach entsprechenden Regeln produzieren und ihre Profite nicht durch mangelhafte Anwendung von Umwelt- und Sozialstandards in einigen Drittländern in die Höhe treiben wollen.

Mit Fairness und Gerechtigkeit in den globalen Handelsbeziehungen und zwischen den Unternehmen hatten die Vorschläge nichts zu tun. Vorteile hätten allein die großen Importgesellschaften daraus geschlagen, die es natürlich ärgert, wenn versucht wird, ihre missbräuchlichen Praktiken einzudämmen. Es sind zum einen die Großhandels- und Vertriebsketten, die sich hinter den Verbraucherinteressen verstecken und gerne vergessen machen, dass Verbraucher auch Arbeitnehmer, Bürger und Steuerzahler sind, und es sind auch diejenigen in der EU, die vor allem an ihre Erlöse aus Kapitalanlagen denken, ohne Rücksicht darauf, dass die Union vor allem mittels gegenseitiger Solidarität und Unterstützung weiterentwickelt werden muss.

Das System der handelspolitischen Schutzinstrumente ist nicht perfekt, aber es ist bislang das weltweit am besten funktionierende. Das habe im Übrigen nicht ich mir ausgedacht, sondern Sie – die Kommission – haben im Jahre 2006 eine Studie in Auftrag gegeben, in der das steht. Wir sollten zunächst abwarten, welche Änderungen sich im Rahmen der Welthandelsorganisation ergeben, bevor wir in diesem Bereich herumreformieren. Eine solche Reform muss berücksichtigen, wie unsere Handelspartner vorgehen, statt unilateral auf jegliche rechtliche Möglichkeit zum Schutz vor Dumping zu verzichten. Rechtliche Möglichkeiten übrigens, die auf einem international vereinbarten Regelwerk beruhen.

Hinzufügen muss ich leider, dass ich mit dem Vorgehen der Kommission bei der Anwendung der Handelsschutzinstrumente während des Jahres 2007 nicht einverstanden bin. Viele Mitgliedstaaten und andere Akteure haben dagegen protestiert, dass die Kommission die von ihr vorgeschlagenen Änderungen einfach schon mal eben angewandt hat, bevor Rat und Parlament überhaupt die Chance hatten, sich dazu zu äußern. Die GD Handel hat in den vergangenen Monaten schlicht und ergreifend einige bisher geltende Grundsätze der institutionellen Zusammenarbeit für sich außer Kraft gesetzt. Das Ergebnis ist, dass überhaupt keine neuen Fälle eröffnet worden sind. Ich kann nur hoffen und bitte Sie auch, dass diese Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament künftig nicht so fortgeführt wird. Ebenso bitte ich Sie, Ihre entscheidenden Vorhaben im Rahmen des Rahmenwerks zu den Handelsschutzinstrumenten in unserem Ausschuss für internationalen Handel vorzustellen und auch ernsthaft mit den Abgeordneten zu diskutieren.

1-210

Daniel Caspary (PPE-DE). – Herr Präsident, geschätzter Herr Kommissar! Das heutige Thema hat in den vergangenen Tagen und Wochen so manchen überfordert. Im Ratsausschuss hat so mancher fast einen Herzinfarkt bekommen, als er den ersten Reformentwurf gelesen hat.

Die Kommission hat die Initiative gestoppt, weil Sie, Herr Kommissar, anscheinend damit überfordert waren, einen mehrheitsfähigen Reformvorschlag vorzulegen. Unsere Parlamentsverwaltung war überfordert und hat die heutige Debatte mit dem unsinnigen Titel *Commission statement - Reform of trade protection instruments* in die Tagesordnung aufgenommen, und auf der Rednerliste steht *Reform of consumer protection instruments* — auch nicht viel besser. Die Öffentlichkeit hat sich, wenn ich die Tribüne anschau, überfordert in ein Restaurant oder nach Hause zurückgezogen. Vielleicht schaut uns ja wenigstens jemand übers Internet zu, und hoffentlich behalten wir hier im Saal den Überblick.

Ich bedauere es sehr, dass es der Kommission nicht gelungen ist, einen Vorschlag für eine Reform vorzulegen, der die Mehrheit im Rat und Parlament hätte finden können. Sicherlich ist im Moment nicht der richtige Zeitpunkt für eine solche Reform, aber dass die Reform so kläglich scheitert, hätte niemand von uns erwartet.

Was ist nun wichtig? Erstens: Wird die Kommission das Parlament frühzeitig über eine Wiederaufnahme der Reform informieren und uns eng einbinden? Ich verweise ausdrücklich auf die Mitentscheidungsrechte nach dem Vertrag von Lissabon.

Zweitens: Wird es nun eine Reform durch die Hintertür ohne Beschluss des Rates und des Parlaments geben? Oder werden Sie, Herr Kommissar, wirklich, wie gerade eben gesagt, versuchen, wieder Vertrauen aufzubauen? Die Handelsschutzinstrumente sind entsprechend den derzeit gültigen Regeln und der bisherigen Praxis anzuwenden.

Drittens: Warum nehmen Sie in der entsprechenden Abteilung genau jetzt personelle Veränderungen vor? Wir werden das Verhalten der Kommission und der GD Handel in den nächsten Wochen sehr aufmerksam verfolgen.

1-211

Erika Mann (PSE). – Herr Präsident! Herr Kommissar, Sie haben mit Sicherheit keine leichte Aufgabe. Sie haben eines der schwierigsten Ressorts überhaupt zu verwalten. Der Bereich Handel/Außenwirtschaft sieht sich vollständig neuen Herausforderungen gegenübergestellt. Seit vielen Jahren reden wir über Globalisierung, aber ich glaube, wir fangen überhaupt erst an zu begreifen, worum es geht.

Sie haben, als Sie in Ihrer berühmten Churchill-Rede, die Sie in Berlin gehalten haben, davon gesprochen, dass Europa neuen Herausforderungen unterworfen ist und dass sich die Herausforderungen seit dem Ende des Krieges geändert haben, weil unsere Koordinaten nicht mehr Berlin oder Paris wären, sondern unsere Koordinaten sind Bombay, Schanghai und die anderen großen Weltstädte dieser aufstrebenden Entwicklungsländer. Da teilen wir Ihre Meinung. Sie haben völlig Recht. Wir bewerten das ähnlich wie Sie. Wir sehen die Herausforderungen, denen sich die Europäische Union stellen muss, in einem neuen internationalen und globalen Kontext. China ist real. China ist nicht nur ein Mythos oder ein Bild, sondern China ist für uns alle eine Realität geworden und steht als Symbol für die Veränderung. Die Frage ist: Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus? Sie ziehen die Schlussfolgerung, dass wir die Instrumente ändern müssen. Sie ziehen die Schlussfolgerung, dass wir uns den Herausforderungen stellen müssen, indem wir die Handelsschutzinstrumente oder andere Bereiche anpassen.

In meiner Fraktion haben wir die endgültige Antwort nicht gefunden, aber wir haben auf jeden Fall sehr viel mehr Zweifel. Wie Sie hören, wird dieser Zweifel in diesem Haus auch geteilt. Wir haben Zweifel, weil die Schutzinstrumente bewährt sind. Die Schutzinstrumente haben eine gewisse Flexibilität. Die Schutzinstrumente können unterschiedlich interpretiert werden. Die Schutzinstrumente können die Interessen der unterschiedlichen Industrien berücksichtigen. Die Schutzinstrumente können das Gemeinschaftsinteresse unterschiedlich interpretieren. Der Test kann unterschiedlich angewandt werden. Ja, es ist nicht immer perfekt.

Es hat im Übrigen wenig Fehler in Ihrem Haus gegeben. Ich habe selbst zwei verfolgen können, wo die Bewertung falsch war. Aber ich denke, das wird auch mit neuen Instrumenten der Fall sein. Das heißt: Wo soll der Kurs hingehen? Sie sagen, Sie möchten den Kurs weiterführen, Sie möchten die Beratungen weiterführen. Sie haben die Truhe noch nicht zugemacht. Also, wo soll der Kurs hingehen? Wie sollen die Beratungen weitergeführt werden? Wie möchten Sie die Beratungen mit diesem Haus und mit dem zuständigen Ausschuss führen? Drei Fragen, die sich anschließen an das, was meine Kollegen gefragt haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darauf eingehen, weil ich jeden Tag E-Mails erhalte. Ist die Umstellung in Ihrem Haus ein Indikator, dass Sie die Umstellung in Richtung Ihrer angedeuteten Mitteilung weiterführen? Ist die technische Umgestaltung, die Sie offensichtlich in Ihrem Haus durchführen, ein Indikator dafür? Kann auch die Nichtanwendung der Handelsschutzinstrumente im Jahr 2007 als Indikator interpretiert werden? Oder ist das ein Zufall und verweist auf andere Vorgänge?

1-212

Tokia Saïfi (PPE-DE). – Monsieur le Président, la Commission a décidé de reporter le projet de réforme des instruments de défense commerciale et je salue, Monsieur le Commissaire européen, cette sage décision, qui va contribuer à préserver l'efficacité de la lutte contre la concurrence déloyale. Ces instruments sont en effet indispensables au système commercial international, car ils assurent pour les entreprises, et plus particulièrement pour les PME, premières victimes du dumping, des conditions de concurrence justes et durables, gage d'une économie saine.

Aussi, je reprendrais les propos tenus par M. Verheugen lors d'une conférence sur le textile, en fin de semaine dernière à Milan, qui disait: "Les instruments de défense commerciale sont utiles à la compétitivité de nos industries et ne sont en aucun cas des instruments de protectionnisme." Je crois, en effet, que tout est dit. Ces instruments ne constituent pas une protection déguisée de l'industrie communautaire contre le libre jeu de la concurrence internationale, mais permettent au contraire d'améliorer sa compétitivité en rétablissant, lorsque cela s'avère nécessaire, les conditions d'une concurrence normale.

Aussi, ce n'est pas en affaiblissant la mise en œuvre de ces instruments que la politique commerciale de l'Union européenne se serait davantage adaptée au contexte économique mondial en mutation. Au contraire, les intérêts des industriels auraient été dilués et les mesures qui auraient été prises auraient pu indirectement encourager les délocalisations et la fuite de nos centres de recherche et d'innovation.

L'Europe doit jouer un rôle protecteur dans la mondialisation. Pour être compétitifs, ne baissons pas la garde face à nos partenaires et faisons respecter les règles du commerce international équitable.

1-213

Kader Arif (PSE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, Monsieur le Commissaire, vous venez de faire la démonstration, par vos propos, que votre proposition était pour le moins controversée. À l'origine, pourtant, il n'y avait pas débat. La Commission avait lancé une étude indépendante et une consultation publique dégageant toutes deux un consensus large sur l'efficacité et l'équilibre du système actuel. Les seules améliorations souhaitées par l'ensemble des acteurs allaient dans le sens de plus de transparence, de rapidité et d'un meilleur accès aux PME.

Pourtant, occultant cette réalité, la Commission a amorcé une réforme, qui marquera l'histoire de ses instruments par l'opposition générale qu'elle a suscitée. Tant les syndicats que les entreprises, ainsi que la majorité des membres du Conseil, se sont élevés contre un projet menaçant la capacité de l'Union à se défendre contre les pratiques commerciales déloyales.

La Commission a retiré son projet et je m'en félicite. En effet, l'approche qu'elle privilégiait était dangereuse et a semé la division. Est-il utile de souligner que son rôle est de garantir la solidarité entre les États membres et de respecter les intérêts en présence et non pas de diviser, en jouant consommateurs contre travailleurs, ou importateurs contre producteurs. Monsieur le Commissaire, dois-je vous rappeler que tout projet de réforme nécessite deux choses: tenir compte des recommandations et des résultats de ses propres enquêtes et informer par avance les parlementaires de l'orientation précise du projet, en particulier dans ses aspects les plus controversés.

1-214

Elisa Ferreira (PSE). – Senhor Comissário, Senhor Presidente, num minuto posso apenas saudar o Comissário Mandelson pela decisão de não avançar com a revisão dos instrumentos de defesa comercial.

Imagine-se que num sistema de rios tumultuosos há um sistema de barragens. As comportas são geridas por regras comuns. Será aceitável que se decida alterar uma das barragens sem que mais ninguém o faça, apenas porque alguns acreditam que a água nesse Inverno não vai chegar às suas casas? Alterar unilateralmente as regras dos instrumentos de defesa comercial seria fragilizar a barragem para evitar gerir as comportas. Não é disto que a Europa necessita, e a Comissão esteve bem ao perceber as claríssimas mensagens que lhe foram dadas neste Parlamento por parte também dos sindicatos, da indústria europeia e da maioria dos Estados-Membros.

A liberdade do comércio não pode conviver com a violação das regras que o pautam. Pelo contrário, estas regras têm de se modernizar e têm de passar a incorporar valores universais, como a defesa do trabalho decente, da protecção do ambiente e do clima ou da saúde pública. É neste sentido, e não noutra, que a Europa tem de usar o seu prestígio político e a sua força comercial nos acordos bilaterais e perante os principais produtores mundiais. Só com reciprocidade e regras modernas e universais é que o comércio poderá contribuir para melhorar as condições de vida dos cidadãos fora da Europa, do mundo em geral, mas também as condições de vida e sobrevivência dos trabalhadores europeus e dos empresários que ainda se querem manter a produzir, a viver e a exportar a partir da Europa.

É isso que se espera do Comissário que representa a Europa no cenário mundial. Parabéns, Senhor Comissário.

1-215

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, Commissioner Mandelson expressed delight that he was here for two debates, and I am quite delighted too, because I would request some clarification on his very useful response in relation to the WTO, and I thank him for the detail contained therein.

He suggests that the rumours about advancing too far on agriculture come from a very small community of interests; I would suggest they (I presume we are speaking of Irish farmers and agri-business) are usually well informed, and I suppose that what I want to get clear before midnight is that they are wrong – I hope they are wrong – and that what you

are telling us tonight is fact. I would also note your comment in relation to the non-agriculture side of the WTO. You also expressed regret about the text that is there.

My original question is, given your comments about WTO and free trade agreements, are you less confident now than at any other time that you will conclude a deal at the WTO? It is a bit direct, but an answer would be helpful.

1-216

Zbigniew Zaleski (PPE-DE). – Mr President, we face a dilemma between the free trade we believe in and the fair trade that is violated. If the fairness is not fulfilled, we have to protect, at least temporarily, those who act in a just way.

I would like to present the position of the Polish Government, which is, at the moment, against the reform, saying that, in the Caspary report, it was mentioned that what we had was enough. Why is it so? There is an assumption that some countries have companies based in China, for instance. And protection would mean that they were favoured more than other companies in the countries of Europe, so this is not fair. I think that free trade in textiles taught us a lesson in 2005, and I think that now we should approach the new reform in a very wise way. I hope the Commissioner will make every effort to run it in a good way.

1-217

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Wielkość wymiany handlowej stanowi o poziomie rozwoju gospodarczego. Cechą gospodarek rozwiniętych jest wysoki eksport, ale zazwyczaj droga ma dwa kierunki ruchu i w drugą stronę powinien płynąć import. Jeśli ten ruch dominuje w jedną stronę, to powstaje nierównowaga, brak partnerstwa, pogłębiają się różnice w poziomie rozwoju. Stąd trzeba tworzyć pewnego rodzaju zasady, które będą określały odpowiednie standardy i normy jakościowe, kreujące stabilność i partnerstwo w wymianie handlowej.

Obserwujemy zbyt często, że mówimy o solidarności wzajemnej, o równości, a w rzeczywistości pilnuje się własnych interesów, nie dbając o interesy wspólne. Zbyt często przedkłada się rozwój eksportu, możliwość inwestycji w danych krajach, nie bacząc, czy przestrzega się tam zasady demokracji, praw człowieka, nie mówiąc o wymogach środowiskowych czy poziomie płac i ochrony socjalnej. Instrumenty ochrony rynku muszą uwzględniać elementy sprawiedliwości i równości szans.

1-218

Corien Wortmann-Kool (PPE-DE). – Voorzitter, commissaris Mandelson, bedankt voor de openhartige wijze waarop u ons verteld hebt waarom het u niet gelukt is. Als ik sommige collega's hoor die blij zijn dat het u niet gelukt is de handelbeschermingsinstrumenten te herzien, dan komt dat volgens mij omdat zij bang zijn dat u ze wil afschaffen. Maar dat is niet wat ik u heb horen zeggen. Maar is het niet veel eerlijker te zeggen dat u misschien té ambitieus bent geweest, dat u te ver hebt willen gaan in de herziening? Ik doel dan met name op de herziening van de balans tussen de industrielanden en de handelsbelangen.

Doordat dat niet gelukt is, zal het nu ook niet lukken om een aantal noodzakelijke en breed gedragen veranderingen door te voeren op het gebied van de toegankelijkheid voor het MKB. Ook de noodzakelijke veranderingen in verband met de transparantie, de snelheid, de toegankelijkheid van documenten, die breed gedragen worden, zullen er nu helaas de komende twee jaar ook niet komen. Zou er niet een manier te vinden zijn om ervoor te zorgen dat die veranderingen er wel komen en dat we over de meer vergaande voorstellen nog eens goed discussiëren?

1-219

Kader Arif (PSE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, si vous envisagez un nouveau projet de réforme proche de sa mouture actuelle, comment imaginez-vous pouvoir défendre à l'OMC une politique qui sanctionne le dumping quand il est pratiqué par des entreprises étrangères, mais l'accepte quand ce sont des entreprises européennes qui en bénéficient? Le problème n'est pas de savoir qui produit les marchandises qui arrivent en Europe, mais si elles sont exportées dans des conditions loyales. On ne pourrait accepter qu'une entreprise dite européenne, qui pratique le dumping, devienne inattaquable uniquement parce qu'elle est européenne selon votre nouvelle définition.

Par ailleurs, vu que ce débat devra se tenir au niveau multilatéral, pourquoi ne pas être plus visionnaire et inclure le dumping social et environnemental dans le champ des instruments de défense commerciaux? Ce serait bien la place de l'Europe, et tout à son honneur, d'être à l'avant-garde dans ce combat!

1-220

Elisa Ferreira (PSE). – Senhor Comissário, gostaria de, em complemento à pergunta que fiz anteriormente ou ao comentário que fiz anteriormente, lhe dizer que, no caso europeu, os processos que foram levantados em relação ao têxtil e ao calçado permitiram, nomeadamente no meu país, uma transição para a mudança que evitou algum desemprego, mas não foi, de maneira nenhuma, um movimento de tipo proteccionista e, neste momento, as empresas transitaram, situaram as suas fábricas fora da Europa e estão a criar emprego fora e dentro da Europa. Portanto, foi um movimento interessante.

No entanto, apesar disso, acontece que se regista que, durante o ano de 2007, não houve quaisquer novos processos iniciados pela Comissão.

Portanto, aquilo que eu pergunto é: será que a Comissão ao não iniciar processos (não são portugueses, mas são de outros países), ao não iniciar nenhum processo de investigação, nem anti-dumping, nem anti-subsídios, será que a Comissão fez isso à espera de decidir o processo de revisão que estava em curso ou será que está a fechar na gaveta os processos que já deveria ter começado a investigar? E é esta a pergunta que eu gostava de lhe fazer.

1-221

Peter Mandelson, *Member of the Commission*. – Mr President, I am afraid I did not catch the interpretation of all of the last question that was put to me. I got just the last fragment, which seemed to suggest that we had suspended the operation of the trade defence instruments and that we were no longer initiating or pursuing cases.

I do not quite understand the premise of the question, because any examination of DG Trade's website will be able to yield the information that the Member wants about cases that are currently being initiated and investigated and on which proposals will be brought forward in the ordinary way.

I do not complain about being accused of being unduly ambitious – that is the benchmark for what I do and how I set about my job. If a Commissioner lacks ambition, then he or she is going to be judged, I think, by pretty low standards. I am, however, not sufficiently ambitious to embrace straight away my friend Mr Schlyter's proposal of moving from my inability to propose consensual reforms of trade defence instruments against the low cost of production dumping to a new concept of organic or ecological dumping. I think we will continue to concentrate on the former before we shift our focus to the latter, but I hope he does not take that as a sign of any lack of ambition on my part, only great realism.

Mr Caspary seemed to suggest that he was disappointed that proposals were not being brought forward. Well, I can understand his disappointment, but I am really not sure that even this Parliament would have shown any greater ability to arrive at a simple consensual view about what reform should take place than the Member States have been able to achieve.

Mr Arif has suggested that my motivation is to play off consumers against workers and to play off importers against producers. I am not playing anyone off against anyone – it is just that, in the real world, people do have different interests, and they have different viewpoints and different needs. We do not yet live, I am afraid, in an ideal socialist society, where no one has a different view, no one has a different need and no one has a different interest. I am afraid that we have to operate in the real world and we have to navigate our way through these interests and needs and arrive at a fair and equitable and acceptable outcome in our attempts to steer these policies forward.

I thought that Ms Mann's understanding of the dilemmas that we face in this policy area was very realistic. It is not that I was seeking greater flexibility per se. What I was seeking to do, in approaching this review, was to arrive at a set of trade instruments that were not fundamentally different or changed from those that we have at the moment, but that operated within a framework that was clearly understood, that were clearly predictable and clearly reasonable and balanced in their impact on the range of different businesses, which are trading in increasingly different circumstances in the global economy in the 21st century. And I make no apology for doing that.

I would just say in conclusion, really in response to Mr Markov: yes it is probably an accurate summing-up that the system of trade defence that we have is not the best, but it is the one we have got. I think that is a fair description of our system.

The questions that I had to put and that remain to be answered were not whether our system is the best – it probably is not, but it is, nonetheless, the one we have got and it is in reasonable working order. I had to ask, will it remain workable, in the way that it is now, in the future? Will it become increasingly controversial and contested amongst European businesses in the future? Will it fit the changing production models and supply chains of increasing numbers of European businesses that are becoming far more internationalised and that will continue to do so more than ever before? Those are the questions that I put. They have not yet been satisfactorily answered, but answers, I think, will remain to be found and we need to continue seeking them.

1-222

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 142)

1-222-500

David Martin (PSE), *in writing*. – It is ten years since the trade defence instruments were revised. They need modernising to ensure that they remain relevant to the global commercial environment in which EU business operates.

Open markets benefit everyone and should be our goal, but it is true that trade defence action remains necessary to protect us from unfair trade. However, in deciding what is unfair trade we must also take into account a wider Community interest than the present rules allow and we must avoid damage to European countries that set up global supply chains. We must also make sure that the interests of millions of consumers are weighed carefully against the sometimes narrow interests of a few producers.

I hope the Commission will soon find the political environment suitable for it to bring back proposals for reforming our trade defence instruments.

1-223

28 - Porządek dzienny następnego posiedzenia: Patrz protokół

1-224

29 - Zamknięcie posiedzenia

1-225

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.10)